

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung der herausgebenden Stelle dar. Sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

STEPHAN THOMAS

Sozialdemokratie und Kommunismus

Die folgenden Ausführungen stammen aus der Feder des Leiters der Ostabteilung beim Parteivorstand der SPD. Durch Dokumentation und Analyse legt er dar, wie im Verlauf der vergangenen Jahrzehnte der Gegensatz Sozialdemokratie und Kommunismus ausgetragen wurde.

Motto:

„Der Kommunismus ist heute die gefährlichste Negation der Demokratie . . . Der Kommunismus hat längst aufgehört, das Hauptprinzip der Neugestaltung der sozialen Kräfte in Deutschland, in Europa oder in irgendeinem anderen Teil der Welt zu sein . . .

Der Hauptfeind des Kommunismus ist die Sozialdemokratie, gegen die die Nachfolgerin der Komintern alle Kräfte mobilisiert. Von dem Ausgang dieses Kampfes hängt die Möglichkeit der Welteroberung durch den Kommunismus ab“.

Dr. Kurt Schumacher am 6. 10. 1947

„. . . Die Sozialisten kämpfen für die Gleichberechtigung aller Menschen und für ihre geistige, politische und wirtschaftliche Freiheit, die in der bestehenden Gesellschaft nicht verwirklicht werden kann . . .

. . . Die Kommunisten berufen sich zu Unrecht auf sozialistische Traditionen. In Wirklichkeit haben sie diese Tradition bis zur Unkenntlichkeit verzerrt.“

Aus dem Aktionsprogramm der SPD vom 29. 9. 1952

Einleitung

Das 20. Jahrhundert wird im Ablauf des Kampfes der großen politischen Ideen von einem Gegensatz beherrscht, der in der Überschrift dieser Arbeit umrissen ist: „Sozialdemokratie und Kommunismus“.

Es ist ein unversöhnlicher, prinzipieller Gegensatz wie Freiheit und Unterdrückung, Demokratie und Diktatur, Recht und Unrecht, Sozialismus und Ausbeutung, Frieden und Krieg.

Es ist ein Gegensatz, der Jahrzehnte hindurch unerbittliche ideologisch-politische Kämpfe auslöste und der seit der bolschewistischen Oktoberrevolution 1917 durch den kommunistischen Terror auch mit den Mitteln der physischen Vernichtung geführt wird.

In dieser Arbeit wird versucht, durch Dokumentation und Analyse darzulegen, wie im Verlauf der vergangenen Jahrzehnte der Gegensatz Sozialdemokratie und Kommunismus ausgetragen wurde.

Es kam darauf an, in der dokumentarischen Aussage der führenden Persönlichkeiten und in der Darlegung des geschichtlichen Ablaufs diesen Kampf darzustellen und die Elemente herauszuarbeiten, die das Weltbild unserer Zeit entscheidend beeinflussen und formen.

Ein strategisches Hauptziel des Kommunismus ist die Zersetzung, Unterdrückung und Vernichtung der Sozialdemokratie. In der Sozialdemokratie sahen Lenin und Stalin das stärkste Hindernis auf dem Wege zur kommunistischen Diktatur. Darum erklärte Stalin:

„Es ist unmöglich, dem Kapitalismus ein Ende zu bereiten ohne dem Sozialdemokratismus in der Arbeiterbewegung ein Ende bereitet zu haben. Deshalb ist die Ära des Sterbens des Kapitalismus zugleich die Ära des Sterbens des Sozialdemokratismus in der Arbeiterbewegung.“¹⁾

Drei Jahre nach der Errichtung der kommunistischen Diktatur in Rußland begründete Lenin die brutale Unterdrückung der russischen Sozialdemokraten, der Menschewiki, mit folgenden Argumenten:

„Wenn man in seinen Reihen Reformisten, Menschewiki hat, kann man nicht siegen in der proletarischen Revolution; kann man sie nicht verteidigen . . .

Auch unsere Erfahrung hat es bestätigt, denn während der drei Jahre der proletarischen Macht in Rußland hat es mehrmals schwierige Lagen

INHALT DIESER BEILAGE:

Stephan Thomas:

„Sozialdemokratie und Kommunismus“

Johannes Gaitanides:

„Volkskapitalismus — Romantik oder Realität? (S. 773)

gegeben, wo die Sowjetregierung bestimmt gestürzt worden wäre, wenn die Menschewiki, Reformisten, kleinbürgerlichen Demokraten innerhalb unserer Partei oder auch nur in mehr oder minder beträchtlicher Anzahl innerhalb einer zentralen Sowjetinstitution, wie es das Zentrale Exekutivkomitee ist, verblieben wären.“²⁾

Seit Bestehen der kommunistischen Bewegung, die um die Jahrhundertwende im rückständigen Rußland von Lenin ins Leben gerufen wurde, war ihre Tätigkeit in erster Linie auf die Zersetzung und Bekämpfung der Ideen und Methoden des demokratischen Sozialismus gerichtet. Lenin hob dies selbst hervor in der Broschüre „Der Linksradi-

1) Stalin: Werke Band 10, S. 216.

2) „Kommunistische Internationale“ Nr. 15, Dezember 1920.

kalismus, die Kinderkrankheit des Kommunismus“, die im Jahre 1920 erschien. Er schrieb dort:

„Im Kampfe mit welchen Feinden innerhalb der Arbeiterbewegung ist der Bolschewismus gewachsen, erstarkt und gestählt worden? Erstens und hauptsächlich im Kampfe gegen den Opportunismus, der 1914 sich endgültig zum Sozialchauvinismus auswuchs und endgültig auf die Seite der Bourgeoisie gegen das Proletariat überging. Das war natürlicherweise der Hauptfeind des Bolschewismus innerhalb der Arbeiterbewe-

gung. Er blieb auch jetzt der Hauptfeind im internationalen Maßstab. Diesem Feinde hat der Bolschewismus die größte Beachtung geschenkt und tut es auch jetzt noch.“³⁾

An dieser Grundeinstellung des Kommunismus gegenüber der Sozialdemokratie hat sich nichts geändert. Überall, wo die Kommunisten zur Macht gelangt sind, haben sie die sozialdemokratischen Organisationen durch Terror unterdrückt und ihnen jede legale Betätigung unmöglich gemacht.

I. Auseinandersetzungen über Organisationsprinzipien und Herrschaftssystem

Tatsächlich bestehen zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus unüberbrückbare prinzipielle Gegensätze sowohl in der Zielsetzung wie in den Methoden. Die Unversöhnlichkeit dieser Gegensätze zeigte sich bereits, als Lenin in den Jahren 1902 und 1903 in Rußland in der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands seine Organisationsprinzipien durchzusetzen versuchte. Seine Forderung nach Anwendung des diktatorischen Prinzips im Aufbau der Partei und seine Vorstellungen, die diktatorisch geführte Partei solle ihrerseits alle Organisationen und Komitees der Arbeiter kommandieren und die Arbeiterschaft leiten wie der Generalstab eine Armee, führten auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands, der in Brüssel und London im Jahre 1903 stattfand, zur Spaltung in Bolschewiki (Mehrheitler) und Menschewiki (Minderheitler).

1. Demokratische Organisation oder autoritärer Generalstab

Die Menschewiki, die Verfechter der Prinzipien des demokratischen Sozialismus in Rußland, erkannten sofort mit aller Klarheit, daß es hier nicht um ein taktisch-organisatorisches Problem unter den illegalen Bedingungen im zaristischen Rußland ging, sondern um ein Grundprinzip der freiheitlichen sozialistischen Arbeiterbewegung, um die Demokratie innerhalb der Arbeiterbewegung und damit um die Demokratie als Grundvoraussetzung für jeden sozialen Fortschritt überhaupt. Neben den führenden Menschewiki in Rußland nahmen auch die Sozialdemokraten in den westlichen Ländern gegen Lenins Stellung.

Selbst Trotzki, der wiederholt mit den Bolschewiki paktierte – und später 1917 an der Errichtung der kommunistischen Diktatur wesentlichen Anteil hatte – nahm damals gegen die Auffassungen Lenins Stellung und schrieb über dessen Organisationsprinzipien:

„Die Organisation der Partei wird die Partei verdrängen, das Zentralkomitee wird an die Stelle der Organisation treten und schließlich wird das Zentralkomitee dem Diktator das Feld räumen müssen.“⁴⁾

Es war die Tragik Trotzki, daß er wider bessere Erkenntnis später diesem Diktaturprinzip huldigte und diente, bis er selbst dessen Opfer wurde.

Auch Rosa Luxemburg wandte sich schon damals gegen Lenin. In ihrem Artikel „Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie“ schrieb sie im Jahre 1904 über Lenins Auffassung u. a.:

„Es genügt zu bemerken, daß zum Beispiel das Zentralkomitee nach dieser Auffassung die Befugnis hat, alle Teilkomitees der Partei zu organisieren, also auch die persönliche Zusammensetzung jeder einzelnen russischen Lokalorganisation von Genf und Lüttich bis Tomsk und Irkutsk zu bestimmen, ihr ein selbstgefertigtes Lokalstatut zu geben, sie durch einen Machtspruch ganz aufzulösen und von neuem zu erschaffen, und schließlich auf diese Weise indirekt auch die Zusammensetzung der höchsten Parteiinstanz, des Parteitags, zu beeinflussen. Dannach erscheint das Zentralkomitee als der eigentliche aktive Kern der Partei, alle übrigen Organisationen lediglich als seine ausführenden Werkzeuge ...“

Der von Lenin befürwortete Ultrazentralismus scheint uns aber in seinem ganzen Wesen nicht vom positiven schöpferischen, sondern vom sterilen Nachtwädtergeist getragen zu sein. Sein Gedankengang ist hauptsächlich auf die Kontrolle der Parteitätigkeit und nicht auf die

Entfaltung, auf die Schürriegelung und nicht auf die Zusammenziehung der Bewegung zugeschnitten ...

Paragrafen regieren nur die Existenz von kleinen Sekten oder Privatgesellschaften, geschichtliche Strömungen haben sich noch immer über die spitzfindigsten Paragrafen hinauszusetzen gewußt.

Die Aufrichtung der Zentralisation auf diesen zwei Grundsätzen – auf der blinden Unterordnung aller Parteiorganisationen mit ihrer Tätigkeit bis ins kleinste Detail unter eine Zentralgewalt, die allein für alle denkt, schafft und entscheidet, sowie auf der schroffen Abgrenzung des organisierten Kernes der Partei von dem ihn umgebenden revolutionären Milieu – wie sie von Lenin verfochten wird –, erscheint uns deshalb als eine mechanische Übertragung der Organisationsprinzipien der blanquistischen Bewegung von Verschwörerzirkeln auf die sozialdemokratische Bewegung der Arbeitermassen ...

Die sozialdemokratische Bewegung ist die erste in der Geschichte der Klassengesellschaften, die in all ihren Momenten, im ganzen Verlauf, auf die Organisation, auf die selbständige direkte Aktion der Massen berechnet ist. In dieser Beziehung schafft die Sozialdemokratie einen ganz anderen Organisationstypus als die früheren sozialistischen Bewegungen, zum Beispiel die des jakobinisch-blanquistischen Typus.“⁵⁾

2. Um die Freiheit der Kritik

Aus den Reihen der Menschewiki nahm u. a. der „Auslandsbund der russischen Sozialdemokraten“ gegen Lenins Diktaturprinzip in Organisationsfragen Stellung und forderte Demokratie und Freiheit der Kritik in der Organisation als notwendige Vorbedingung für die Entfaltung einer Massenbewegung. Ihr Standpunkt wurde in ihrem Organ „Rabotscheje Djelo“ in folgender Weise dargelegt:

„Im Interesse der weiteren ideologischen Entwicklung der Sozialdemokratie erkennen wir die Freiheit der Kritik an der sozialdemokratischen Theorie in der Parteiliteratur als unbedingt notwendig an, so weit die Kritik dem klassenmäßigen und revolutionären Charakter dieser Theorie nicht widerspricht.“

Im Interesse einer erfolgreichen Entwicklung und Vereinigung der Sozialdemokratie muß das breite demokratische Prinzip ihrer Parteiorganisation betont, entwickelt und verteidigt werden, was besonders notwendig ist angesichts der in den Reihen unserer Partei zutage getretenen antidemokratischen Tendenzen ...

In der modernen sozialistischen Bewegung gibt es keinen Aufeinanderprall der Klasseninteressen, sie steht restlos in allen ihren Abarten, die offensten Bernsteinianer mit inbegriffen, auf dem Boden der Klasseninteressen des Proletariats, seines Klassenkampfes für die politische und wirtschaftliche Befreiung.“⁶⁾

Lenins Schriften aus dieser Zeit, die Schrift „Was tun?“ aus dem Jahre 1902, die Broschüre „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück“ vom Jahre 1903 und eine Reihe weiterer Veröffentlichungen richteten sich hauptsächlich gegen die von sozialdemokratischer Seite in Organisationsfragen vertretenen Auffassungen.

3) Lenin: „Der Linksradikalismus, die Kinderkrankheit des Kommunismus“, 1920.

5) Rosa Luxemburg: „Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie“, „Neue Zeit“, 1904, 22. Jahrgang.

6) „Rabotscheje Djelo“, 1902; Organ des „Auslandsbundes der russischen Sozialdemokraten“.

4) Trotzki: „Unsere politischen Aufgaben“, 1904.

Lenin erhob nicht allein die Forderung nach einer straff zentralistisch aufgebauten Organisation von „Berufsrevolutionären“ mit einem diktatorischen Zentralkomitee an der Spitze; er verlangte in Verbindung damit gleichzeitig die Anerkennung seiner Auslegung des Marxismus sowie seiner Thesen über Strategie und Taktik als allein gültige und verbindliche theoretische Grundlage der Partei. Alle anderen Auffassungen über Wesensinhalt und praktische Nutzenanwendung der Lehren von Marx und Engels, wie sie in den sozialdemokratischen Parteien von verschiedenen Gruppierungen vertreten wurden, bezeichnete Lenin als „opportunistisch“ und „reformistisch“. Seine Organisationsprinzipien ließen innerhalb der Partei keinen legalen Raum für andere Auffassungen und Gruppierungen oder für eine Diskussion der Zentralkomitee-Entscheidungen.

3. Demokratie oder Diktatur

Praktisch begann nach der Spaltung auf dem Parteitag 1903 die Schaffung einer selbständigen Organisation der Bolschewiki; zunächst noch als Teil der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands. Mit dem Entstehen dieser ersten kommunistischen Organisation traten die Auseinandersetzungen zwischen dem Leninismus — der Theorie und Praxis des Kommunismus — und dem demokratischen Sozialismus in Rußland und auch im internationalen Maßstabe in ein neues Stadium. Involler Schärfe entbrannte sie jedoch erst als diese kommunistische Organisation aus dem Sektenstadium heraustrat, 1917 in Rußland mit Gewalt die Macht an sich riß und auf Teile der Arbeiterschaft in anderen Ländern einen größeren Einfluß erlangte und dort Aktionen in ihrem Sinne auslöste.

In Rußland trat 1917 das ein, was die Sozialdemokratie vorausgesagt hatte: Lenin übertrug das diktatorische Prinzip, das er innerhalb der Arbeiterbewegung verfochten hatte, gleichzeitig auf den Staat und das gesamte gesellschaftliche Leben. Diese Diktatur richtete sich vor allem gegen die Menschewiki und Sozialrevolutionäre, hinter denen die Mehrheit der russischen Bevölkerung stand. Bei den Wahlen zur Konstituierenden Versammlung der russischen Republik — den ersten und bisher einzigen relativ freien Wahlen in der Geschichte Rußlands —, die nach fanden, entfielen von den ausgezählten 36 Millionen Stimmen nur 9 Millionen auf die Kommunistische Partei, dagegen 23 Millionen auf sozialistische Parteien wie Menschewiki und Sozialrevolutionäre und 4 Millionen auf nichtsozialistische Parteien. Weil die Kommunisten in der Minderheit geblieben waren, obwohl sie die anderen Parteien schon vor der Wahl terrorisiert und unterdrückt hatten, ließ Lenin die Konstituante durch seine bewaffneten Organe auseinanderjagen und die Abgeordneten später verhaften.

4. Kautskys Kritik an der Sowjetunion

Über die damalige Situation in Rußland schrieb Karl Kautsky in seiner Broschüre „Kommunismus und Sozialdemokratie“, die 1932 erschien u. a. folgendes:

„Die russische Märzrevolution von 1917 brach unter Umständen aus, wie sie, wenn auch nicht gleich für den Sozialismus, so doch für die sozialistischen Parteien nicht günstiger sein konnten . . .

Die Sozialisten beherrschten den Staat. Sie konnten relativ — im Verhältnis zur Rückständigkeit des Staates und der arbeitenden Klassen — ungeheuer viel für diese Klassen damals erreichen, sie rasch gewaltig heben und zur Beherrschung des Produktionsprozesses reif machen unter zwei Bedingungen: einmal, daß die im März 1917 gewonnenen demokratischen Freiheiten erhalten blieben, so daß die Aufklärung und Organisation der Massen, ihre Selbstbetätigung in Politik und Wirtschaft ungehindert vor sich gehen konnte. Dann zweitens, daß die sozialistischen Parteien sich auf ein gemeinsames Aktionsprogramm einigten und sich koalierten, um es loyal durchzuführen.

In diesem Sinne handelten auch die Sozialrevolutionäre und Menschewiki. Nicht die Bolschewiki. Lenin kam im April 1917 nach Petrograd aus der Schweiz von vornherein mit der Absicht, den anderen sozialistischen Parteien den Krieg anzusagen und sie zu zertrümmern . . .

Nach dem völligen Zerfall der zaristischen Armee und Bürokratie im Weltkrieg war die stramm zentralisierte und diktatorisch regierte bolschewistische Partei diejenige Organisation, die sich schließlich in der allgemeinen Desorganisation des Staates durchsetzte. Sie tat es um eine neue Armee und Bürokratie aufzubauen, eine neue Autokratie zu errichten unter Ausschließung aller Freiheit des Handels und Denkens in Staat und Gesellschaft.

Die Diktatur Lenins über die Partei dehnte sich jetzt aus zu einer Diktatur über die Gesamtbevölkerung des Staates. Damit aber wurde der Gegensatz des Bolschewismus zu den übrigen sozialistischen Parteien maßlos gesteigert.

Als die Erwählung der Konstituante den anderen Sozialisten, nicht den Bolschewiki, die Mehrheit brachte, entschloß sich Lenin ohne weiteres, die Versammlung auseinanderzujagen. . . Auf den Trümmern der demokratischen Staatsverfassung . . . errichtete er jetzt seine Staatsmacht. Auf diesen Trümmern baute er einen neuen militaristisch-bürokratisch-polizeilichen Staatsapparat der Autokratie auf. Damit verfügte er den anderen Sozialisten gegenüber über alle Mittel der Repression, die der Zarismus angewandt hatte, und er gesellte noch jene Mittel der Unterdrückung hinzu, die der Kapitalist als Besitzer der Produktionsmittel gegen ungebärdige Lohnsklaven anwendet. Über diese Produktionsmittel in ihrer Gesamtheit verfügte Lenin jetzt, da er die Staatsmacht dazu benutzte, seinen Staatskapitalismus aufzurichten, den man besser Staatssklaverei nennen sollte.

Alles, was die Bolschewiki an wirklichem Fortschritt durchzuführen suchten, gehörte auch zu dem Programm der anderen sozialistischen Parteien und wäre von ihnen durchgeführt worden, da die Bevölkerung ihnen die Macht dazu verlieh. Die Konfiskation des großen Grundbesitzes war auch von Sozialrevolutionären und Menschewiki geplant — sie wurde von der menschewistischen Regierung in Georgien durchgeführt. Den Kampf gegen den Analphabetismus, die Ehereform, Einrichtungen der Arbeiterwohlfahrt, Kinderheime, öffentliches Heilwesen, Betriebsräte, Arbeitslosenversicherung und Arbeiterschutz, von denen in Sowjetrußland soviel Wesens gemacht wird, sind vielfach in weit vollkommenerer Weise in kapitalistischen Staaten bei starker Arbeiterdemokratie erreicht worden. Die Sozialisierung der Großbetriebe, so weit sie schon ökonomisch vorteilhaft war, hätte die Mehrheit der Konstituante auch durchgeführt.

Alle diese Einrichtungen, auf die die Bolschewiki so stolz sind und die unwissenden Touristen so sehr imponieren, wären von der Mehrheit der Konstituante nicht nur durchgeführt, sondern besser durchgeführt worden, als von der Diktatur, schon aus dem Grunde, weil der Wohlstand des Landes größer gewesen wäre.

Ohne Sprengung der Konstituante blieb Rußland der Bürgerkrieg mit seinen Schrecken, Rohheiten und Verwüstungen erspart. Wieviel reicher wäre das Land geblieben, wieviel mehr Wohlstand hätte die soziale Umgestaltung den arbeitenden Klassen gebracht! Und alle die ungeheuren Kosten des militärischen, bürokratischen, polizeilichen Apparates hätte man sparen können, so weit er Repressivzwecken diente. Man hätte sie produktiven Zwecken zuführen können und auch dadurch den allgemeinen Wohlstand gefördert.

Diese ganze herrliche Entwicklung wurde an dem Tage verschüttet, an dem Lenin ihm ergebene Militärbanden dazu aufbot, der Konstituante ein Ende zu machen.“⁷⁾

5. Rosa Luxemburg gegen Lenins Diktaturprinzip

Selbst Rosa Luxemburg, die in den letzten Jahren vor ihrem Tode, während des 1. Weltkrieges, wegen Fragen der Taktik in Opposition zur Sozialdemokratischen Partei Deutschlands getreten war und zu den Mitbegründern des Spartakusbundes und der späteren KPD gehörte, nahm 1918, als sie noch im Gefängnis war, leidenschaftlich gegen die Diktatur Lenins in Rußland Stellung. In dieser Schrift „Die russische Revolution“ forderte Rosa Luxemburg von Lenin die Einstellung des

7) Kautsky, „Kommunismus und Sozialdemokratie“, 1932.

Terrors und die Sicherung freier Wahlen zu einer neuen Konstituante. In diesem Zusammenhang schrieb sie:

„Gewiß, jede demokratische Institution hat ihre Schranken und Mängel, was sie wohl mit sämtlichen menschlichen Institutionen teilt. Nur ist das Heilmittel, das Trotzki und Lenin gefunden, die Beseitigung der Demokratie überhaupt, noch schlimmer als das Übel, dem es steuern soll: es verschüttet nämlich den lebendigen Quell selbst aus dem heraus alle angeborenen Unzulänglichkeiten der sozialen Institutionen allein korrigiert werden können, das aktive, ungehemmte, energische politische Leben der breitesten Volksmassen.“

Die stillschweigende Voraussetzung der Diktatur-Theorie im Lenin-Trotzkistischen Sinne ist, daß die sozialistische Umwälzung eine Sache sei, für die ein fertiges Rezept in der Tasche der Revolutionspartei liege, das dann nur verwirklicht zu werden brauche. Dem ist leider — oder je nach dem: zum Glück — nicht so.

Das Negative, den Abbau, kann man dekretieren, den Aufbau, das Positive, nicht. Nur Erfahrung ist imstande, zu korrigieren und neue Wege zu eröffnen. Nur ungehemmt schäumendes Leben verfällt auf tausend neue Formen, Improvisationen, erhellt schöpferische Kraft, korrigiert selbst alle Fehlgriffe. Das öffentliche Leben der Staaten mit beschränkter Freiheit ist eben deshalb so dürftig, so armselig, so schematisch, so unfruchtbar, weil es sich durch Ausschaltung der Demokratie die lebendigen Quellen allen geistigen Reichtums und Fortschritts absperrt.

Lenin und Trotzki haben anstelle der aus allgemeinen Volkswahlen hervorgegangenen Vertretungskörperschaften die Sowjets als die einzige wahre Vertretung der arbeitenden Massen hingestellt. Aber mit dem Erdrücken des politischen Lebens im ganzen Lande muß auch das Leben in den Sowjets immer mehr erlahmen. Ohne allgemeine Wahlen, ungehemmte Presse- und Versammlungsfreiheit, freien Meinungskampf, erstirbt das Leben in jeder öffentlichen Institution, wird zum Scheinleben, in der die Bürokratie allein das tätige Element bleibt. Diesem Gesetz entzieht sich niemand. Das öffentliche Leben schläft allmählich ein, einige Dutzend Parteiführer . . . die regieren und regieren . . . und eine Elite der Arbeiterschaft wird von Zeit zu Zeit zu Versammlungen aufgebeten, um den Reden der Führer Beifall zu klatschen, vorgelegten Resolutionen einstimmig zuzustimmen, im Grunde also eine Claquewirtschaft, eine Diktatur allerdings aber nicht die Diktatur des Proletariats, sondern die Diktatur einer Handvoll Politiker.

Freiheit nur für die Anhänger der Regierung, nur für Mitglieder einer Partei — mögen sie noch so zahlreich sein —, ist keine Freiheit. Freiheit ist immer die Freiheit des Andersdenkenden.“⁸⁾

Diese Stellungnahme Rosa Luxemburgs stimmte völlig mit dem Standpunkt der Menschewiki und der demokratischen Sozialisten in allen Ländern überein.

6. Sozialdemokratie und die Diktatur des Proletariats

Der Begriff der „Diktatur des Proletariats“ war lange Zeit in der Sozialdemokratie Gegenstand theoretischer Erörterungen gewesen, darunter hatte man jedoch stets eine Mehrheitsherrschaft verstanden. Marx und Engels hatten die „Diktatur des Proletariats“ als eine Herrschaft der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung geschildert, deren Organe und Repräsentanten aus freien Wahlen hervorgehen sollten. Eine Mehrheitsherrschaft mußte sie nach den Vorstellungen von Marx und Engels sein, weil diese Theoretiker annahmen, daß die gesellschaftliche Entwicklung sehr rasch zu einer Proletarisierung fast der gesamten Bevölkerung — mit Ausnahme einer kleinen Schicht von Monopolkapitalisten — führen würde. Das ging aus den Darlegungen, die sie über die „Diktatur des Proletariats“ gemacht hatten, eindeutig hervor. Darauf verwies mit Nachdruck Hermann Müller im Oktober 1920 auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Kassel, als er in einer Stellungnahme gegen den Kommunismus ausführte:

„Auf Marx und Engels berufen sich jene, wenn sie gegenüber den sozialdemokratischen Erziehungsarbeiten der Partei die Diktatur des Prole-

tariats fordern. Aber Marx hat in seiner Schrift „Der Bürgerkrieg in Frankreich“ über die Diktatur des Proletariats sich in klassischer Klarheit ausgesprochen.“

Engels sagte im Vorwort zu diesem Buch: „Die Pariser Kommune war die Diktatur des Proletariats; sie war aber gleichzeitig nicht die Aufhebung der Demokratie, sondern sie beruhte auf ihrer weitestgehenden Anwendung auf der Grundlage des allgemeinen Stimmrechts. Die Regierungsgewalt sollte dem allgemeinen Stimmrecht unterworfen werden.“

Marx schrieb:

„Die Kommune bildete sich aus dem durch allgemeines Stimmrecht in den verschiedenen Bezirken von Paris gewählten Stadträten. Das allgemeine Stimmrecht sollte dem in Kommunen konstituierten Volke dienen, wie das individuelle Stimmrecht jedem anderen Arbeitgeber dazu dient, Arbeiter usw. auszusuchen.“

Immer wieder spricht hier Marx vom allgemeinen Stimmrecht des gesamten Volkes, nicht vom Stimmrecht einer besonderen Klasse. Die Diktatur des Proletariats war ihm ein Zustand, der bei der überwiegenden Mehrheit des Proletariats aus der Demokratie notwendig hervorgehen mußte.

Im gleichen Sinne hat Friedrichs Engels in einem Artikel 1891 über den sozialdemokratischen Programmwurf erklärt:

„Die demokratische Republik ist die spezifische Form der Diktatur des Proletariats.“

Auf Marx und Engels können sich also diejenigen nicht berufen, die für die Diktatur im Gegensatz zur Demokratie eintreten.“⁹⁾

Was Hermann Müller hier ausgeführt hatte, entsprach tatsächlich den Darlegungen von Marx und Engels. Lenin dagegen hatte in seiner Schrift „Staat und Revolution“, die er im Jahre 1917 schrieb, wesentliche Ausführungen der beiden Theoretiker des wissenschaftlichen Sozialismus über den Charakter der proletarischen Diktatur verschwiegen und den Versuch unternommen, die kommunistische Diktatur — die in Wirklichkeit eine Diktatur über das Proletariat ist — als die Verwirklichung der „Diktatur des Proletariats“ im marxistischen Sinne hinzustellen. Er ließ es dabei nicht bewenden, sondern stellte noch die These auf, die „Diktatur des Proletariats“ könne durch die Diktatur einer einzelnen Person verwirklicht werden. Im April 1918 sagte Lenin in seiner Rede „Über die nächstliegenden Aufgaben der Sowjetmacht“ folgendes:

„Daß die Diktatur von einzelnen Personen in der Geschichte der Revolutionsbewegung sehr oft der Sprecher, der Träger und der Führer der Diktatur der revolutionären Klassen war, dafür spricht die unwidersprochene Erfahrung der Geschichte.“

Darum gibt es entschieden keinen prinzipiellen Gegensatz zwischen dem Sowjetdemokratismus und der Anwendung der diktatorischen Macht von einzelnen Personen.“¹⁰⁾

So zeigte sich in der Frage der Herrschaftsform und der Organisation des gesellschaftlichen Lebens, wie sie als Voraussetzung für einen Übergang zu einer sozialistischen Ordnung betrachtet wurden, ebenfalls ein unüberbrückbarer Gegensatz zwischen den Auffassungen der Kommunisten und der Sozialdemokraten. Letztere beriefen sich vor allem bei der Ablehnung des Leninschen Diktaturprinzips auf die Ausführungen von Marx und Engels über die Pariser Kommune. Engels hatte 1891, in seiner Einleitung zur Schrift von Marx „Der Bürgerkrieg in Frankreich“, geschrieben:

„Der deutsche Philister ist neuerdings wieder in heilsamen Schrecken geraten bei dem Wort: Diktatur des Proletariats. Nun gut, ihr Herren, wollt ihr wissen, wie diese Diktatur aussieht? Seht euch die Pariser Kommune an. Das war die Diktatur des Proletariats.“

„Die Kommune mußte gleich von vornherein anerkennen, daß die Arbeiterklasse, einmal zur Herrschaft gekommen, nicht fortwirtschaften könne mit der alten Staatsmaschine; daß diese Arbeiterklasse, um nicht

9) Protokoll SPD-Parteitag in Kassel, Oktober 1920.

10) Lenin: Rede „Über die nächstliegenden Aufgaben der Sowjetmacht“, April 1918.

8) Rosa Luxemburg, „Die russische Revolution“.

ihrer eigenen, erst eben eroberten Herrschaft wieder verlustig zu gehen, einerseits die alte, bisher gegen sie selbst ausgenutzte Unterdrückungsmaschinerie beseitigen, andererseits aber sich sichern müsse gegen ihre eigenen Abgeordneten und Beamten, indem sie diese, ohne alle Ausnahme, für jederzeit absetzbar erklärte.

Gegen diese in allen bisherigen Staaten unumgängliche Verwandlung des Staats und der Staatsorgane aus Dienern der Gesellschaft in Herren der Gesellschaft wandte die Kommune zwei unfehlbare Mittel an. Erstens besetzte sie alle Stellen, verwaltende, richtende, lehrende, durch Wahl nach allgemeinem Stimmrecht der Beteiligten, und zwar auf jederzeitigen Widerruf durch dieselben Beteiligten. Und zweitens zahlte sie für alle Dienste, hohe wie niedrige, nur den Lohn, den andere Arbeiter empfangen. Das höchste Gehalt, das sie überhaupt zahlte, waren 6000 fr.

II. Der Kampf der Kommunisten gegen die parlamentarische Demokratie

Die Gegensätze in den Auffassungen der Kommunisten und Sozialdemokraten über die Begriffe „Diktatur des Proletariats“ und „Demokratie“ führten nicht nur im Zusammenhang mit den Ereignissen in Rußland zu heftigen Auseinandersetzungen. Diese Fragen spielten auch eine Hauptrolle bei der Festlegung der Taktik in Staaten mit parlamentarischer Demokratie. Während die Sozialdemokraten die Weimarer Republik mit ihrem allgemeinen, geheimen und gleichen Wahlrecht und ihren parlamentarischen Institutionen bejahte und ihre Sicherung gegenüber allen antidemokratischen Kräften als eine der dringendsten Aufgaben ansah, weil sie die demokratische Staatsform als Grundlage und Voraussetzung für jeden weiteren gesellschaftlichen Fortschritt betrachtete, bekämpften die Kommunisten erbittert die Weimarer Demokratie, in der Absicht, auch in Deutschland eine Diktatur nach Leninschem Muster zu errichten.

1. Abwehr kommunistischer Aufstände

Diese Gegensätzlichkeit bestimmte in erster Linie das Verhältnis zwischen der Sozialdemokratie und der KPD in der Zeit von 1918 bis 1933. Die kommunistischen Versuche, die Wahlen zu einer verfassungsgebenden Nationalversammlung im Jahre 1919 zu verhindern, wurden von der sozialdemokratischen Regierung der Volksbeauftragten zunichte gemacht. Im Jahre 1920 trat die Sozialdemokratie ebenso entschieden gegen die Kommunisten auf, als diese den Generalstreik gegen den Putschisten Kapp zur Errichtung einer Rätediktatur ausnutzen wollten. Zurückgewiesen wurde auch von der Sozialdemokratie der Putschversuch der Kommunisten im März 1921 in Mitteldeutschland. Im Bericht des Parteivorstandes der SPD auf dem Parteitag in Görlitz im Jahre 1921 hieß es darüber:

„In verbrecherischem Wagemut und sklavischem Gehorsam gegen die aus Moskau empfangenen Befehle war diese Gruppe aber doch noch einmal einflußreich genug, um Deutschland im März 1921, ebenso wie im Vorjahr KAPP und Genossen, in schwere innerpolitische Wirren zu stürzen.“

Nachdem der im Januar unternommene Versuch mißlang, die Arbeiterschaft durch den sogenannten „Offenen Brief“ in Widerspruch zu den Gewerkschaften und unserer Partei zu bringen, die beide den demagogischen Schwindel einer Einheitsfront, von der KPD bis zum Allgemeinen Gewerkschaftsbund auf der Grundlage eines einseitigen von der KPD festgesetzten Aktionsplanes abgelehnt hatten, inszenierte man den bewaffneten Aufstand, der dank der wiedergekehrten Überlegung der Arbeiterschaft in der Hauptsache auf die Hochburg des Kommunismus — Mitteldeutschland — beschränkt blieb.

In echt russischer Methode und völliger Verkennung der Empfindungen der deutschen Arbeiterschaft wurde die Bewegung durch eine Reihe von Dynamitanschlägen in Dresden, Leipzig, Freiburg, Rodewitsch, Auerbach i. V. und an anderen Orten gegen Gerichtsgebäude, Rathäuser und Eisenbahnbrücken eingeleitet, denen lediglich unschuldige Menschen zum Opfer fielen. Offen forderte die „Rote Fahne“ den bewaffneten Aufstand und die Zentrale der KPD rief zum Generalstreik auf.

Damit war der Stellenjägerei und dem Strebertum ein sicherer Riegel vorgeschoben, auch ohne die gebundenen Mandate bei Delegierten zu Vertretungskörpern, die noch zum Überfluß zugefügt wurden.“

„Gerade die unterdrückende Macht der bisherigen zentralisierten Regierung, Armee, politische Polizei, Bürokratie, die Napoleon 1798 geschaffen und die seitdem jede neue Regierung als willkommenes Werkzeug übernommen und gegen ihre Gegner ausgenutzt hatte, gerade diese Macht sollte überall fallen, wie sie in Paris bereits gefallen war.“¹¹⁾

In dieser Schrift entwickelte Marx die gleichen Ansichten wie Engels über die Kommune und hob dabei besonders hervor:

„Andererseits aber konnte nichts dem Geist der Kommune fremder sein, als das allgemeine Stimmrecht durch hierarchische Investitur zu ersetzen.“¹²⁾

Niemals ist frivoler mit Menschenleben und Menschenglück gespielt worden als in jenen Tagen und von der Leitung einer angeblichen Arbeiterpartei. Bezeichnend ist auch, daß die Mehrzahl der Dynamitattentate gerade in Sachsen erfolgte, dem Lande, wo eine rein sozialistische Regierung am Ruder war. Wilde Streiks, Raub und Plünderungen, Terror und Sachbeschädigungen begleiten die ganze Bewegung. Am Ostersonntag wird die Druckerei unseres Halleschen Parteiblattes durch Handgranaten demoliert. In Velbert wird die Rätereublik ausgerufen und ebenso wie in anderen Städten die Reichsbankstelle geplündert. Im Ruhrgebiet erlassen Partei und Gewerkschaften eingehende Mahnungen, sich nicht wieder von unverantwortlichen Personen zu Putschen hinreißen zu lassen. Trotzdem flammt im Gelsenkirchener Revier der Aufstand auf, um nach einigen Tagen zusammenzubrechen. Auch in Hamburg forderte diese Aktion Menschenopfer zur höheren Ehre der kommunistischen Zentrale. Diese verlangte unausgesetzt die Steigerung der Aktion und bezichtigte die Sozialdemokratische Partei des Verrats an der Arbeiterschaft, weil sie im Namen des Proletariats erklärte, daß es sich hier nicht um revolutionäre Taten der Arbeiterschaft oder um eine wirtschaftliche Bewegung, sondern um eine Aktion verbrecherischer Wirtköpfe handele, die nichts mit dem Befreiungskampf der Arbeiterklasse zu tun habe, sondern in Wahrheit nur der Reaktion Wasser auf die Mühlen liefere.“¹³⁾

Nach der erneuten Putschversuchen der Kommunisten im Jahre 1923 sagte Crispian auf dem Berliner Parteitag der SPD u. a.:

„Wer die bolschewistische Bewegung auch in Deutschland so kennengelernt hat, wie wir Sozialisten, die sie als ihre Hauptfeinde betrachtet, wer sie in ihrem Auftreten im Reichstag beobachtet hat, der sieht, daß sich die Führung der Bolschewisten enthüllt als ein Sammelsurium wildgewordener Kleinbürger und Intellektueller, unaufgeklärter, rückständiger Arbeiter und von Elementen, die käuflich sind.“

Spaltungen, Vergiftungen und Stänkereien in der Arbeiterbewegung bringen sie fertig und nichts anderes. Der Bolschewismus endet im Faschismus. Das sehen wir in Ungarn, Bayern, in Italien und auch in Rußland, wo im Grunde nichts anderes als der Faschismus wütet.“¹⁴⁾

Auf dem gleichen Parteitag erklärte Wels, der Vorsitzende der SPD:

„Der wüteste Kampf der Kommunisten aber gilt uns . . .“

Der Kommunismus und sein Mutterland können uns kein Vorbild sein.

. . . so sehnen sich die russischen Machthaber heute noch nach der Asche von Karl Marx, um mit ihr in Rußland einen abergläubischen Hokusfokus zu treiben, den lebendigen aber würden sie, wäre er heute in Rußland, da unterbringen, wo die Besten der Sozialdemokratie untergebracht sind, im Gefängnis . . . der Kommunismus von heute ist durchaus reaktionär.“¹⁵⁾

11) Engels, Einleitung zur Schrift von Marx „Der Bürgerkrieg in Frankreich“; 1891.

12) Marx, „Der Bürgerkrieg in Frankreich“; 1891.

13) Protokoll, SPD-Parteitag, Görlitz 1921.

14) Protokoll, SPD-Parteitag, Berlin 1924.

15) Protokoll, SPD-Parteitag, Berlin 1924.

In jenen Jahren griffen Lenin und später Stalin wiederholt ein, um in Deutschland die Kommunisten zum schärfsten Kampf gegen die Sozialdemokratie anzufeuern. Lenin schrieb im „Brief an die deutschen Kommunisten“ am 14. August 1921:

„Eine wirklich revolutionäre Partei hatten die deutschen Arbeiter im Augenblick der Krise noch nicht, infolge der zu spät vorgenommenen Spaltung, infolge des Druckes der verfluchten Tradition der ‚Einheit‘ mit der korrupten (die Scheidemann, Legien, David und Konsorten) und charakterlosen (die Kautsky, Hilferding und Konsorten) Bande der Lakaien des Kapitals.“¹⁶⁾

Stalin schrieb im September 1924 in einer Betrachtung über die Ereignisse des Vorjahres in Deutschland:

„Welche Gefahr für die Revolution die Überreste des Sozialdemokratismus in den kommunistischen Parteien darstellen können, zeigte sich mit aller Deutlichkeit bei der traurigen Erfahrung mit der sächsischen Arbeiterregierung, als sich die opportunistischen Führer bemühten, die Idee der Einheitsfront, als Mittel der revolutionären Mobilisierung und Organisierung der Massen, in eine Methode sozialdemokratischer-parlamentarischer Kombinationen zu verwandeln.“

Es ist notwendig, daß die Partei sich nicht als Anhängsel des parlamentarischen Wahlapparates betrachtet, wie es im Grunde genommen die Sozialdemokratie tut, . . .“¹⁷⁾

Die kommunistischen Angriffe auf den demokratischen Staat, die noch verhängnisvoller wurden, als die KPD ihren später erlangten Masseneinfluß weiter vor allem zu Attacken gegen die Sozialdemokratie benutzte, während bereits der Faschismus im Vormarsch war und die Weimarer Republik schon tödlich bedrohte, zeigte es sich erneut, daß es für die Sozialdemokratie gegenüber den Kommunisten ebenso wie gegenüber den faschistischen Feinden der Demokratie nur ein unbeirrtes Festhalten an ihren, dem Kommunismus völlig entgegengesetzten freiheitlichen Prinzipien geben konnte. Auf dem SPD-Parteitag in Leipzig im Jahre 1931 sagte Wels, als er sich mit der „sozialistischen“ Tarnung des Kommunismus und des Faschismus beschäftigte:

„Bolschewismus und Faschismus sind Brüder. Sie basieren auf der Diktatur, mögen sie sich noch so sozialistisch und radikal gebärden. Ohne Freiheit des politischen Willens, ohne Freiheit der Meinung, der Presse und der Organisation sind sie und müssen sie bleiben Zerrbilder des Sozialismus. Sie geben der Arbeiterschaft nicht die Möglichkeit, ihre Zukunft selbst zu bestimmen. Der Sozialismus aber kann nur aus dem freien Willen der arbeitenden Masse werden. Er läßt sich nicht einführen. Er muß das Werk der Massen selbst sein, und die tiefste aller Lehren, die wir aus den russischen Verhältnissen ziehen, ist die: ohne Demokratie ist der Sozialismus unmöglich.“

Bei all der Not in Rußland wäre es vielleicht nicht unmöglich, daß dennoch eine leistungsfähige Wirtschaft entstände, aber sozialistisch wäre sie nicht. Denn Sozialismus heißt Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Solange nicht die Gesellschaft über die Produktionsmittel verfügt, sondern nur eine Parteigruppe, solange kann von Sozialismus nicht die Rede sein. Aufgeklärter Absolutismus ist nicht die Regierungsform der sich bildenden neuen Gesellschaft. Die Herrschaft der Gesellschaft über die Produktionsmittel braucht die Freiheit, die Demokratie.“¹⁸⁾

2. Solidarität mit der russischen Sozialdemokratie

Neben der Abwehr der kommunistischen Angriffe auf die Demokratie sah die deutsche Sozialdemokratie ihre Solidarität mit den vom Bolschewismus unterdrückten Sozialdemokraten Rußlands als ein selbstverständliches Gebot an. Auf den Parteitag der SPD sprachen Vertreter der verfolgten russischen Sozialdemokraten. Auf dem SPD-Parteitag in Görlitz im Jahre 1921 berichtete der menschewistische Führer Tschaidse als Vertreter der Sozialdemokratischen Partei in Georgien:

„Es ist Euch bekannt, daß nach dem Revolutionsumsturz in Rußland Georgien sich von Rußland loslöste und sich als unabhängige demokratische Republik etablierte. Der unerschütterliche Wille der georgischen Arbeiter und Bauern war es, der die Errungenschaften der russischen Revolution rettete, und diese Aufgabe wurde auf die Schultern der georgischen Sozialdemokratie gelegt. Mehr als drei Jahre bestand unsere unabhängige Republik. Während dieser so kurzen, aber überaus bedeutsamen Spanne Zeit stand die georgische Arbeiterklasse ungeteilt und frei von innerem Zwist treu zu ihrer erprobten Partei, und dank dieses glücklichen Umstandes gelang es uns, auf sozialistischem Gebiet alle Reformen durchzuführen, die unser Minimumprogramm enthalten hatte.“

Während wir unseren demokratischen Staat aufbauten, umbraute uns an der Grenze unseres Landes die wahnsinnige bolschewistische Anarchie des Bürgerkrieges, bedrohte uns der Überfall der zaristischen Interventionsgeneräle. Immer mehr rückte die Gefahr des bolschewistischen Überfalls heran. Immer und immer wieder erschien uns unser Land als eine ruhige kleine Insel inmitten eines endlosen tobenden Meeres. Aber wir verzweifelten nicht und taten unsere Arbeit.“

Nun, Genossen, was wir gesät und gepflanzt — heute ist alles verwüetet. Genau sieben Monate sind es, als die roten bolschewistischen Truppen unter Führung alter zaristischer Generäle in unser Land eindrangen, ohne Kriegserklärung, ohne Warnung, ohne jedweden Anlaß von unserer Seite. Unsere Städte wurden ausgeplündert, unsere Arbeiterschaft ist einem wahren Zuchthausregime unterworfen. Tausende unserer Parteigenossen schmachten heute in den Gefängnissen . . . Die Blüte unserer Arbeiterschaft, die besten Männer und Frauen unserer proletarischen Bewegung füllen heute die verpesteten Gefängnisse der Moskauer Terroristen.“¹⁹⁾

Vom Widerstand der russischen Sozialdemokraten gegen die bolschewistische Diktatur berichteten auf dem SPD-Parteitag in Heidelberg 1925 die Menschewisten Garwy und Achmeteli. Als Vertreter der Sozialdemokratie Rußlands sagte Garwy:

„Auf einem Parteitag der deutschen Sozialdemokratie ist es überflüssig, auf Einzelheiten des bolschewistischen Schreckensregimentes in Sowjetrußland einzugehen. Es genügt, darauf einzugehen, daß der Begründer der sozialistischen Arbeiterbewegung in Rußland, Genosse Axelrod, seinen 75. Geburtstag im Exil feiern mußte. Die pompösen Fälschungsdelegationen können die sozialistischen Arbeiter Deutschlands nicht verwirren. Daß es in Rußland keine Diktatur des Proletariats, keinen Sozialismus gibt, daß die bolschewistische Diktatur allmählich in einen kapitalistischen Bonapartismus entartet, ist wohl bekannt. Weniger bekannt ist, daß die entrechteten, unterdrückten, ausgebeuteten russischen Arbeiter trotz unerhörtem Terror, trotz Verfolgung und Aussperrungen erwachen und den Kampf gegen terroristische Diktatur wiederaufzunehmen suchen. Diesen Kampf der russischen Arbeiter für menschliche Arbeitsbedingungen, für politische Freiheit, für Demokratie, für Sozialismus zu unterstützen, ist die Pflicht der gesamten Internationale.“

Hunderte und Tausende von russischen Sozialisten, die in alten zaristischen Kerkern und in Sibirien schmachten oder in tiefster Verborgenheit gegen die allmächtige Diktatur ringen, sie kämpfen auch für Sie, für die Internationale, für den Weltfrieden, für den Sozialismus. Gewiß, die demokratische Überwindung der bolschewistischen Diktatur ist die Sache des russischen Proletariats, der russischen Demokratie selbst. Aber ohne Unterstützung der gesamten sozialistischen Internationale kann der heroische Kampf der russischen Arbeiter, der russischen Sozialisten nicht zum Siege führen.“²⁰⁾

Als Vertreter der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Georgiens machte Achmeteli auf dem sozialistischen Parteitag in Heidelberg u. a. folgende Ausführungen:

„Meine Partei und mein Volk müssen ein wahres Henkerregime ertragen. Trotz alledem arbeiten und kämpfen wir. Wir zählen heute

16) Lenin: „Brief an die deutschen Kommunisten“, August 1921.

17) Stalin, Werke Bd. 6, S. 293.

18) Protokoll, SPD-Parteitag, Leipzig 1931.

19) Protokoll, SPD-Parteitag, Görlitz 1921.

20) Protokoll, SPD-Parteitag, Heidelberg 1925.

18 000 Mitglieder. Als unser Land unabhängig und die politische Gewalt ganz in den Händen meiner Partei lagen, zählten wir 80 000 Mitglieder. Unsere großen Parteiblätter sind natürlich verschwunden, — die Kommunisten dulden keine unabhängige Presse. Wir geben illegal im Lande selbst ein sozialdemokratisches Blatt heraus, und unsere Arbeiterschaft hängt mit Leib und Seele am freien sozialistischen Wort, das unter unsäglichen Schwierigkeiten und Opfern geheim hergestellt wird.

Die Opfer des Aufstandes vom vorigen Jahre haben unsere Bewegung nicht lahmegelegt. Der Aufstand war ein elementarer und allgemeiner Ausbruch des Volkszorns gegen die Peiniger, gegen die russischen Okkupationsbehörden. Der Aufstand wurde niedergeschlagen, aber der Zorn des Volkes ist geblieben, nur hat er sich vertieft.“²¹⁾

An ein Beispiel der Solidarität deutscher Sozialdemokraten mit den Menschewiki in Rußland erinnerte der menschewistische Führer Dan auf dem SPD-Parteitag in Leipzig im Jahre 1931, als er ausführte:

„Ich verdanke gerade einem sozialdemokratischen Parteitag, der vor neun Jahren in Leipzig tagte, meine Freiheit, ja vielleicht auch mein Leben, so sonderbar das klingen mag. Es war im Januar 1922, als ich mit vielen sozialdemokratischen Genossen von den Bolschewisten in Moskau eingekerkert worden war, wobei man uns erklärte, daß wir nun auf Jahre hinaus ins Gefängnis und in die Verbannung wandern müßten. Damals protestierten wir gegen dieses Urteil durch einen Hungerstreik. Gerade in die Zeit dieses Hungerstreiks fiel der Parteitag der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Nur durch den heftigen Protest dieses Parteitages und sein Eingreifen zu unseren Gunsten wurde ich mit meinen Genossen aus dem Gefängnis befreit, und es wurde uns gestattet, statt nach Sibirien nach Deutschland abzureisen.“²²⁾

Große Zustimmung fanden auch die Ausführungen, die Dan als Vertreter der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands auf dem Parteitag der SPD in Berlin 1924 über den sozialdemokratischen Widerstandskampf in Rußland und dessen Bedeutung für die freiheitliche Arbeiterbewegung in allen Ländern machte:

„Wenn wir trotz des bolschewistischen Terrors und unter ungemeinen Opfern für unsere Organisation in Rußland, wobei Tausende im Kerker und in der Verbannung schmachten, uns behaupten konnten, wenn unser Einfluß sogar tief in die Reihen der Kommunistischen Partei hineindringt, so verdanken wir das den Prinzipien des Klassenkampfes, der die Unterlage unserer gesamten Tätigkeit bildet.

Aber auch die deutsche Partei hat ein Interesse, mit Aufmerksamkeit das Schicksal der russischen Sozialdemokratie zu verfolgen, obgleich wir jetzt im Vergleich mit der Millionenpartei Deutschlands eine verschwindend kleine Partei sind. Sie sowohl als alle europäischen Parteien haben an dem Krebschaden zu leiden, den der Kommunismus in den Arbeiterreihen bildet. Dieser Schaden in Europa und in Deutschland kann nicht überwunden werden, wenn er nicht an seiner Quelle in Moskau getroffen wird, überwunden nicht durch die rohe Gewalt der Konterrevolution, sondern durch das Wiedererstehen der klassenbewußten sozialdemokratischen Arbeiterbewegung. Indem unsere Genossen in Rußland darauf hinarbeiten, sind sie sich bewußt, nicht nur ihrer eigenen Sache zu dienen, sondern dem internationalen Proletariat aller Länder — auf dem schwersten, gefährlichsten, aber auch dem wichtigsten Posten.“²³⁾

3. Für das Selbstbestimmungsrecht in Osteuropa

Die deutsche Sozialdemokratie erhob in diesen Jahren gegenüber dem kommunistischen Imperialismus die Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht der Völker. Im Jahre 1925 sagte Crispian über die aggressive imperialistische Politik der Sowjetdiktatur und über den Standpunkt der Sozialdemokratie zum Recht der osteuropäischen Völker auf Selbstbestimmung auf dem SPD-Parteitag in Heidelberg u. a. folgendes:

„Die Kriegsgefahr im Osten wird aber nicht nur heraufbeschworen durch die Politik der Kapitalisten, sondern auch durch die Politik der

Kommunistischen Internationale, die ja gleichbedeutend ist mit der der Sowjetregierung Rußlands. Diese Internationale, die die bolschewistische Politik in allen Ländern vertritt, lebt immer noch in der Illusion, wir brauchen nur einen neuen Weltkrieg, um diesen Krieg in die Weltrevolution hinüberzuführen und um dann mit Hilfe der Roten Armee die ganze Welt im Sinne der Bolschewisten zu befreien. Wir sehen ferner, daß im Osten eine große Zahl neuer Staaten entstanden ist. Die Entstehung dieser Staaten bedeutet einen Sieg der Demokratie, der allerdings eingeschränkt wird durch die Interessenvertretung der kapitalistischen Mächte. Wir haben dort einen Zustand ständiger Unruhe; denn alle diese Randstaaten wie Estland, Litauen, Finnland, Georgien sind von beiden Seiten bedroht. Kapitalistische Mächte möchten diese Randstaaten als Sturmbock gegen Rußland benutzen, und Sowjetrußland möchte die Randstaaten erobern, wie es Georgien erobert hat, nämlich durch militärische Gewalt und sie dann durch Terror niederhalten.

Es ist Pflicht der Sozialdemokratie, für die Selbständigkeit dieser Staaten einzutreten und die russischen Sozialisten in ihrem Kampf um die innere Demokratisierung Sowjetrußlands zu unterstützen. Erst wenn in Rußland nicht mehr eine bolschewistische Minderheit über Krieg und Frieden entscheiden kann wie früher in Deutschland Wilhelm II., erst wenn die Völker der Sowjetunion über Krieg und Frieden entscheiden können, werden wir auch die Kriegsgefahren, die von dort drohen, bannen können. Wir verlangen ferner das Selbstbestimmungsrecht für Armenien, für Georgien, für die Ukraine. Wir wollen überall den arbeitenden Massen die Möglichkeit geben, sich zu entfalten und zu entwickeln. Wir unterstützen unsere russischen Parteigenossen in ihrem Kampf um die politische Demokratie, in Rußland, um die gewerkschaftliche Freiheit, in ihrem Kampf gegen jede Art des Terrors und auch gegen die aggressive Politik der Bolschewikiregierung gegen andere Länder. Gegen den bekannten Plan der Bolschewisten in irgendeinem anderen der kleineren Randstaaten einen Putsch zu machen, um der Roten Armee Rußlands die Möglichkeit des Einrückens und der Unterdrückung zu geben, müssen wir uns auflehnen. Es ist die Pflicht der Sozialisten aller Länder, den Kampf für die Demokratisierung und Befriedung auch dieser Staaten zu führen.“²⁴⁾

Die Solidarität der deutschen Sozialdemokratie mit den Sozialdemokraten, den Arbeitern und Bauern Rußlands brachte der Parteivorsitzende Wels auf dem SPD-Parteitag im Jahre 1922 in einer Rede über die Taktik der Kommunisten zum Ausdruck, in der er u. a. sagte:

„Ich will heute nicht auf den Prozeß gegen die Sozialrevolutionäre eingehen. Er ist und bleibt ein Schandmal für die russischen Gewalthaber. Denn er setzt an die Stelle der Todesstrafe sogar die körperliche und seelische Folter. Wer von uns kann die Qualen ermessen, die die Verurteilten und ihre Angehörigen tagtäglich erdulden, wenn die Sonne im Osten erscheint, durch die Frage, die sich ihnen immer wieder neu aufdrängt: wirst du, wird dein Angehöriger im Gefängnis die Sonne am Abend untergehen sehen?

Ich denke daran, wie die Bolschewiki die Regierung Kerenski bekämpften, wie sie zum gewaltsamen Umsturz schritten, als die Majorität der Bevölkerung sich gegen sie erklärt hatte. Friede, Freiheit und Brot war die Parole der Bolschewiki beim Sturz der Regierung Kerenskis. Die Freiheit und der Friede sind Rußland bis heute nicht geworden. Die Freiheit hat in Rußland ihre Zeugen in den Gefängnissen und in den Verbannungsplätzen Rußlands. Die Freiheit zeigt sich in der Knebelung der Presse, im Streikverbot und in der Hungerstrafe für diejenigen Arbeiter, die von ihrem Koalitionsrecht Gebrauch machen wollen. Und Brot! Wer denkt nicht daran, daß in Rußland Millionen und aber Millionen in seinen fruchtbarsten Gegenden vom Hungertode bedroht sind?

Wer sollte uns daran hindern, anklagend unsere Stimme zu erheben, wenn in Südrußland Menschen mit ihrer letzten Kraft auf den Kirchhof wollen, um dort nur auf geweihter Erde sterben zu können. Wer sollte uns daran hindern, anklagend unsere Stimme zu erheben, wenn die Mütter ihre eigenen Kinder töten und das Fleisch teilen, um den anderen Angehörigen der Familie das Leben zu fristen? Rußland geht vom Bolschewismus über den Kannibalismus zum Kapitalismus zurück. Das

21) Protokoll, SPD-Parteitag, Heidelberg 1925.

22) Protokoll, SPD-Parteitag, Leipzig 1931.

23) Protokoll, SPD-Parteitag, Berlin 1924.

24) Protokoll, SPD-Parteitag, Heidelberg 1925.

ist die furchtbarste Anklage, die wir vor der internationalen Arbeiterklasse erheben, die wir mit doppelter Wucht erheben dürfen, wenn wir sehen, daß die gleiche Regierung, die in der Welt Sammlungen für die hungernden Russen veranstalten läßt, Hunderte von Millionen und abermals Hunderte von Millionen Rubel ins Ausland für ihre außenpolitische Zwecke sendet, für die Zertrümmerung der Arbeiterorganisationen und der sozialistischen Parteien.“²⁵⁾

4. Prinzipielle Gegensätze in der Wirtschaftspolitik

In der Kritik der Sozialdemokratie an der Wirtschafts- und Sozialpolitik der kommunistischen Diktatur in Rußland, kam zum Ausdruck, daß auch auf diesem Gebiet prinzipielle Gegensätze zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus vorhanden waren, die ihre Wurzel ebenfalls in der Grundeinstellung zu den Problemen Diktatur oder Demokratie, Terrorismus oder persönliche Freiheit hatten. In der Rede zum Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands legte Hilferding auf dem Parteitag in Heidelberg 1925 den sozialdemokratischen Standpunkt zum Neubau der wirtschaftlichen Ordnung dar und verurteilte die kommunistischen Wirtschaftsmethoden. Hilferding führte u. a. aus:

„Es trat für uns die Erkenntnis in den Vordergrund, daß der Prozeß der Sozialisierung nur geleistet werden kann, wenn er zugleich ein Prozeß der wirtschaftlichen Demokratisierung ist. In schärfstem Gegensatz zu der Anschauung, daß etwa eine Staatsbürokratie die Wirtschaft leiten könnte kamen wir zu der Auffassung, daß die Leitung der Wirtschaft Sache der Produzenten selbst sein müsse, aber das Produzenteninteresse nicht allein als partikularisches Interesse entscheiden dürfe, sondern ein Gegengewicht in der Kontrolle der Konsumenten und der Gemeinschaft — der sozialistischen Gesellschaft im letzten Stadium, des Vertreters des Staates in der Übergangszeit — finden müsse.“

Mit dem Problem der Sozialisierung drängte sich uns also das Problem der Wirtschaftsdemokratie auf und setzte unsere Auffassung von Sozialismus sofort in schärfstem Gegensatz nicht nur zum Staatssozialismus, der in einzelnen Konzeptionen vorhanden war, sondern auch zu jenem Sozialismus der Despotie, wie ihn die Bolschewiki in Rußland zu verwirklichen trachten. Untrennbar vom Begriff des Sozialismus war für uns also der Begriff der Demokratie, der Freiheit. Damit war aber auch der schärfste Gegensatz gegeben zum Bolschewismus — schon in dem eigentlichsten Kernpunkt der Theorie, in der grundlegenden sozialistischen Auffassung.

Ich möchte Sie an die glänzenden Ausführungen erinnern, die Rosa Luxemburg in ihrer letzten Zeit in unmittelbarer Polemik mit dem Bolschewismus in einer nachgelassenen Schrift gemacht hat. Sie zeigt dort, daß Verwirklichung des Sozialismus nur möglich ist bei voller, freier Betätigung der Arbeiterklasse in der Gesellschaft, also nur im demokratischen Rahmen.“²⁶⁾

In einem grundsätzlichen Referat führte Tarnow auf dem SPD-Parteitag in Leipzig 1931 nach einer scharfen Kritik am sowjetischen Wirtschaftssystem folgendes aus:

„Das russische Volk ist seit 14 Jahren in einem Höllental des Elends herumgeführt worden, das schlimmer ist als das Elend in der kapitalistischen Wirtschaft. Die Bolschewiki haben zur Mißkreditierung der sozialistischen Idee in aller Welt so viel getan, daß wir Sozialisten wünschen müssen, es möchte ihnen auch einmal ein großer positiver Erfolg gelingen. Ich wünsche alles Gute für die russische Wirtschaft, aber wir sind gezwungen, die Nutzanwendung aus dem russischen Beispiel unter Berücksichtigung der ökonomischen und sozialen Struktur, die wir haben, zu ziehen, auch unter Berücksichtigung der Kulturhöhe unseres Volkes. Soviel ist sicher: die deutsche Arbeiterklasse würde sich in ein solches Elend nicht hineinführen lassen, sie würde nicht Jahrzehnte darin verbleiben, ohne sich gegen das Regime zu erheben. Es gäbe keine Gewalt der Diktatur, die eine Arbeiterklasse von der Aufklärung und von den Kulturbedürfnissen der deutschen davon abhalten könnte, sich gegen ein solches Regime mit Gewalt zu erheben.“²⁷⁾

Wie richtig diese Einschätzung war, hat 22 Jahre später der Juniaufstand 1953 im sowjetisch besetzten Mitteldeutschland bestätigt.

Auf dem erwähnten Parteitag der SPD im Jahre 1931 wurde der prinzipielle Gegensatz zwischen den sozialdemokratischen Auffassungen vom Sozialismus und den kommunistischen Vorstellungen von Crispian noch einmal in folgender Weise hervorgehoben:

„Ich verstehe nicht, wie ein Sozialdemokrat, der nicht oberflächlich und stimmungsgemäß, sondern in engster Zusammenarbeit mit den russischen Sozialdemokraten die Dinge in Rußland beobachtet, nicht hochgeht, wenn er daran denkt, auf wessen Kosten die wahnsinnigen bolschewistischen Experimente durchgeführt werden sollen.“

Wenn das Experiment von Sowjetrußland richtig ist, daß der Mensch Nebensache geworden ist, daß der Mensch nichts anderes ist als Objekt einer Machtpolitik, einer Clique von Führern, die sich auf nackte und brutale Gewalt stützen, dann hat der Sozialismus seinen Sinn verloren.

Entweder die Bolschewisten haben recht, wenn sie die Menschen zu Gunsten einer forcierten, künstlichen Steigerung einzelner Produktionsgebiete innerhalb der gesamten Produktion in Rußland vergewaltigen. Oder aber unsere These ist richtig, daß der Sozialismus nicht ohne die bewußte, freudige Mitarbeit der breiten Massen und ohne die Achtung der Menschen verwirklicht werden kann. Wer in dieser Kardinalfrage nicht unerschütterlich klar ist und fest bleibt, leistet der internationalen Arbeiterbewegung einen schlechten Dienst. Er beschönigt die Dinge, wenn er einer klaren Stellungnahme ausweicht, er verschleiert die großen prinzipiellen Gegensätze und trägt nicht dazu bei, daß verderbliche Erscheinungen so rasch wie möglich überwunden werden.

Auch die These: In Rußland sind andere Verhältnisse als im Westen Europas, und wir haben keinen Grund, uns in diese Dinge einzumischen, die in Rußland vor sich gehen, wird von dem russischen Proletariat als eine Herabsetzung seiner Menschenwürde empfunden. Sie sagen, ein Sozialdemokrat muß die bolschewistischen Methoden für alle Völker und für alle Kontinente verwerfen. Man kann sie auch nicht damit zu entschuldigen versuchen, daß man sagt: Na ja, in Rußland leben die Menschen in halbbarbarischem Zustand, und deshalb kann man dort nur mit barbarischen und unmenschlichen Mitteln operieren.“²⁸⁾

5. „Sozialchauvinisten“ und „Sozialfaschisten“

Das konsequente Festhalten der Sozialdemokratie an den demokratischen und freiheitlichen Grundsätzen wurde von Lenin und Stalin mit schwersten Diffamierungen beantwortet. Die Sozialdemokraten „avancierten“ nacheinander im kommunistischen Sprachgebrauch zu „Sozialchauvinisten“ und später zu „Sozialfaschisten“. Lenin schrieb im Jahre 1915:

„Unter Sozialchauvinismus verstehen wir die Anerkennung der Idee der Vaterlandsverteidigung im jetzigen imperialistischen Kriege, die Rechtfertigung des Bündnisses der Sozialisten mit der Bourgeoisie und den Regierungen der „eigenen“ Länder in diesem Kriege, den Verzicht auf die Propagierung und Unterstützung proletarisch-revolutionärer Aktionen gegen die „eigene“ Bourgeoisie usw.“

Das Wesentliche am Opportunismus ist der Gedanke der Zusammenarbeit der Klassen.

... die Stunde des vollständigen Bruchs mit dem Opportunismus, seiner Austreibung aus den Arbeiterparteien, ist unbedingt gekommen.“²⁹⁾

Neun Jahre später erklärte Stalin in einer Brochüre:

„Der Faschismus ist die Kampforganisation der Bourgeoisie, die sich auf die aktive Unterstützung der Sozialdemokratie stützt. Die Sozial-

25) Protokoll, SPD-Parteitag, 1922.

26) Protokoll, SPD-Parteitag, Heidelberg 1925.

27) Protokoll, SPD-Parteitag, Leipzig 1931.

28) Protokoll, SPD-Parteitag, Leipzig 1931.

29) Lenin: „Der Zusammenbruch der II. Internationale“ (Kommunist Nr. 1/2) 1915.

demokratie ist objektiv der gemäßigte Flügel des Faschismus. Es besteht kein Grund zu der Annahme, daß die Kampforganisation der Bourgeoisie ohne aktive Unterstützung der Sozialdemokratie ausschlaggebende Erfolge in den Kämpfen oder in der Regierung des Landes zu erzielen vermag . . . Ebenso wenig Grund besteht zu der Annahme, daß

die Sozialdemokratie ausschlaggebende Erfolge in den Kämpfen oder in der Regierung des Landes ohne aktive Unterstützung der Kampforganisation der Bourgeoisie zu erzielen vermag. Diese Organisationen schließen sich gegenseitig nicht aus, sondern ergänzen einander. Es sind das nicht Antipoden, sondern Zwillinge . . .“³⁰⁾

III. Komintern: Sozialdemokratie ist der Hauptfeind

Auf dem XI. Plenum des EKKI (Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale) im April 1931 führte Manuilski als Berichterstatter des EKKI-Sekretariats über die Sozialdemokratie u. a. folgendes aus:

„Viele sozialdemokratische Arbeiter waren der Meinung, daß sich die Kommunisten, wenn sie von der Faschisierung der Sozialdemokratie sprachen, von agitatorischen Motiven und nicht vom Wesen der Evolution dieser Partei leiten ließen. In Wirklichkeit ist die Faschisierung der Sozialdemokratie aus der Tatsache entstanden, daß die Sozialdemokratie wie ein in Ketten geschmiedeter Sträfling zusammen mit dem monopolkapitalistischen Kapitalismus den gesamten Weg seiner Entwicklung durchlief.

Die augenblickliche Phase der Faschisierung der Sozialdemokratie, die mit der Krise zusammenhängt, besteht darin, daß sich die Sozialdemokratie infolge des rascheren Verfaulens des Kapitalismus in eine Partei nicht eines stabilisierten, rationalisierten, sondern eines rasch verfaulenden Kapitalismus verwandelt. Und daraus entspringen alle Eigenschaften: die Politik der widerspruchlosen Unterstützung der Brüningregierung, die Politik der Intervention gegen die Sowjetunion usw. Wir unterstreichen besonders das letzte Moment — den Übergang der II. Internationale zur Taktik des Schädlingwesens und der Intervention gegen die Sowjetunion, das etwas Neues und Entscheidendes in der ganzen Nachkriegsentwicklung der Sozialdemokratie darstellt.

Vom ersten Tage des Entstehens des proletarischen Staates an war die internationale Sozialdemokratie der Lieferant der Ideologie für die Organisatoren der Sabotage, konterrevolutionärer Aufstände, des Schädlingwesens, der Spionage und der Diversionsakte. Man konnte nicht gemeine Legenden über den ‚roten Imperialismus‘, der die ganze Welt bedroht, in Umlauf bringen, den Bolschewismus zugleich mit dem Faschismus als ‚Quelle der Weltunruhen‘ und imperialistischen Krieges in den Kolonien darstellen, man konnte nicht das soziale und politische Regime in der Sowjetunion als eine Diktatur über die Arbeiter und Bauern hinstellen, ohne daß konterrevolutionäre Klassen und Gruppen (Kulakentum, Nepman-Bourgeoisie, alte Spezialisten) daraus entsprechende, praktische Schlußfolgerungen zogen. Durch diese gesamte Agitation gegen die Sowjetunion hat die Sozialdemokratie das Schädlingwesen und die Intervention vorbereitet.

Auf ihren öffentlichen Tagungen faßte die II. Internationale Beschlüsse zugunsten der Wiederaufnahme der Wirtschaftsbeziehungen mit der Sowjetunion; hinter den Kulissen aber versorgt sie, vermittelt der SPD, mit Geldmitteln die russischen Menschewiki, die mit dem ‚Torgprom‘ in Verbindung standen und faktisch auf Anweisung des französischen Generalstabs auf allen Gebieten der Volkswirtschaft Schädlingarbeit betrieben, um die Aufgaben der Intervention, die Schwächung der Wehrhaftigkeit der Sowjetunion zu erleichtern. Sie, die in der Zeit des Zarismus ‚Vaterlandsverteidiger‘ waren, wurden im Zeitalter des sozialistischen Aufbaus zu Defaitisten. Damit ist alles gesagt.

Was zeigte der Prozeß gegen die russischen Menschewiki, der kürzlich stattfand? Die Menschewiki und die II. Internationale waren keine platonischen Defaitisten. Defaitisten gegenüber der proletarischen Diktatur und dem im Aufbau begriffenen Sozialismus waren sie seit jeher. Das Neue besteht darin, daß sie zu aktiv wirkenden konterrevolutionären Defaitisten geworden sind, daß der Unterschied zwischen den zaristischen Intendanten, die in die Versorgungsorgane eindringen und dort Sabotageakte organisierten, und den Menschewiki verschwunden ist; das Neue besteht darin, daß die II. Internationale und ihre ‚russische‘ Sektion der menschewistischen Emigranten von der Propaganda des Defaitismus gegenüber der proletarischen Revolution zu Sabotageakten über-

gegangen sind, daß sie sich nicht mehr damit begnügen, die ‚Meinungen‘ für eine militärische Intervention vorzubereiten, sondern zu praktischer Durchführung dieser Intervention geschritten sind.

Und die Menschewiki, als Sektion der II. Internationale, handelten auch so, sie sabotierten die Beschaffung von Lebensmitteln, sie hemmten die Verteilung der Waren unter die werktätige Bevölkerung, sie stellten übertriebene Kreditforderungen und legten absichtlich verringerte Pläne für den Neuaufbau vor und sie untergruben die Stabilität der Sowjetwährung. All das geschah nicht nur mit Wissen, sondern sogar nach den Anweisungen der II. Internationale und ihres Kernstücks, der deutschen Sozialdemokratie, die durch Hilferding und Breitscheid die Abramowitsch und Dan in den Fragen der neuen Taktik gegenüber der Sowjetunion instruierten.

Nach dem Prozeß der russischen Menschewiki muß es für die Werktätigen der Sowjetunion, für die Arbeiter der kapitalistischen Länder klar sein, daß die sozialfaschistische Internationale eine Stoßbrigade des französischen Imperialismus bei der Verwirklichung seiner Interventionspläne ist.

Das politische Spiel mit Faschismus und Sozialfaschismus ermöglicht es der Bourgeoisie, die Unzufriedenheit der Massen auf den Kampf um solche Fragen auszuschalten, wie die Frage, für oder gegen das Parlament, für oder gegen die Verfassung, für Hitler oder für Wels. Die gleichen Manöver mit ihren zwei Überfallkommandos — dem Faschismus und dem Sozialismus — vollführt die Bourgeoisie auch in den Fragen der Außenpolitik.“³¹⁾

Allen Sektionen der Kommunistischen Internationale wurde in Moskau eingeprägt, die Sozialdemokratie sei „die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie“, und ihnen die Anweisung erteilt, gegen die Sozialdemokratie den Hauptstoß zu richten. So geschah es auch in Deutschland, was Pieck auf der Brüsseler Parteikonferenz der KPD im Oktober 1935 mit folgender „Selbstkritik“, die zu diesem Zeitpunkt keine praktische Bedeutung hatte, bestätigte:

„Eine Taktik, die zu einer bestimmten Zeit richtig war, wurde auch dann fortgesetzt, als die Bedingungen des Kampfes andere wurden. Wir richteten unseren Hauptangriff gegen die Sozialdemokratie noch in einer Zeit, in der wir den Hauptangriff gegen die faschistische Bewegung hätten richten müssen.“³²⁾

Die KPD und die anderen Sektionen der Kommunistischen Internationale hatten noch im April 1931 auf dem XI. Plenum des EKKI folgende Anweisungen für den Kampf gegen die Sozialdemokratie erhalten (Manuilski, Bericht vor dem XI. Plenum des EKKI, 1931):

„Ein Haupthindernis bei der Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse durch die kommunistischen Parteien, ein Haupthindernis in der Entwicklung der heutigen revolutionären Bewegung der Massen zu Entscheidungskämpfen des Proletariats und der Werktätigen gegen das kapitalistische System ist die Sozialdemokratie und der reformistische Gewerkschaftsapparat aller Länder.

Die zentrale Aufgabe der KPD ist die maximale Beschleunigung der Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse und der Zerstörung der Massenbasis der Sozialdemokratie.

Wenn wir konkret die Frage der Schwierigkeiten in den einzelnen Ländern stellen, so werden wir sagen müssen, daß in Deutschland z. B.

30) Stalin: „Zur internationalen Lage“, 1924.

31) Manuilski, XI. Plenum des EKKI, April 1931.

32) Pieck, „Der neue Weg zum gemeinsamen Kampf für den Sturz der Hitlerdiktatur“, Berlin 1947, S. 24/25.

das Haupthemmnis der revolutionären Krise in erster Linie die Tatsache ist, daß die Massenbasis der sozialdemokratischen und reformistischen Gewerkschaften noch nicht endgültig untergraben ist, daß die Avantgarde der Arbeiterklasse — die Kommunistische Partei — noch nicht stark genug ist.

Die Taktik ‚Klasse gegen Klasse‘ ist eine mit ihrer Spitze gegen die Sozialdemokratie gerichtete Taktik, dazu bestimmt, sie in den Augen der breiten Arbeitermassen, von denen sie häufig als das ‚kleinere Übel‘ angesehen wird, zu entlarven.

Der erfolgreiche Kampf gegen die Sozialdemokratie unter den Verhältnissen des Heranreifens des revolutionären Aufschwungs fordert von den Kommunisten der schwachen Parteien eine höchst aktive Arbeit innerhalb der Sozialdemokratie und die Bildung oppositioneller Gruppen innerhalb derselben, die darauf hinarbeiten haben, daß Gruppe um Gruppe von der Sozialdemokratie losgerissen und den Reihen der Kommunistischen Partei zugeführt wird.“³³⁾

„Einheitsfront“ — Strategie und Taktik

Als Hauptmethode zur Zersetzung der sozialdemokratischen Parteien und zur Einbeziehung der sozialdemokratischen Anhängerschaft in KP-Aktionen wurde von Lenin die Taktik der „Einheitsfront“ ausgearbeitet. Über die erste Phase der praktischen Anwendung dieser Zersetzungs-taktik wurde in Richtlinien des EKKI vom Dezember 1921 über die „Einheitsfront der Werktätigen“ folgendes ausgeführt:

„Während der 15 Jahre (1903 bis 1917) zwischen der Geburt des Bolschewismus und seinem Sieg über die Bourgeoisie ging der unerschütterliche Kampf gegen den Reformismus bzw. den gleichbedeutenden Menschewismus unablässig weiter. Gleichzeitig aber haben die Bolschewiken während dieser 15 Jahre oft Abmachungen mit den Menschewiken getroffen . . . Als Gegengewicht zum diplomatischen Spiel der Menschewik Führer brachten die russischen Bolschewiken die Parole „Einheit von unten“ auf, d. h., Einheit der werktätigen Massen im praktischen Kampf um die revolutionären Forderungen . . . Und infolge dieser Taktik, die je nach Zeit, Ort und Umstand wechselte, wurde eine große Anzahl der besten Menschewikenarbeiter für den Kommunismus gewonnen.“³⁴⁾

Auf dem IV. Weltkongreß der Komintern im Jahre 1922 wurde in Thesen über die Einheitsfronttaktik u. a. erläutert:

„Einheitsfronttaktik bedeutet, daß die kommunistische Vorhut in den täglichen Kämpfen der breiten werktätigen Massen um ihre lebenswichtigen Interessen die Führung übernehmen muß. In diesen Kämpfen sind die Kommunisten sogar bereit, mit den verräterischen sozialdemokratischen und den Amsterdamer Führern zu verhandeln. Die Versuche der II. Internationale, die Einheitsfront als die organisatorische Fusion aller ‚Arbeiterparteien‘ darzustellen, müssen natürlich entschieden zurückgewiesen werden . . . Auch darf die Agitationsfreiheit während diesen Verhandlungen mit diesen Führern auf keine Weise unterbunden werden.“

Die Einheitsfronttaktik ist das Angebot des gemeinsamen Kampfes der Kommunisten mit allen Arbeitern anderer Parteien oder Gruppen und mit allen parteilosen Arbeitern.“³⁵⁾

Im Jahre 1924 sagte Sinowjew auf dem V. Weltkongreß der Komintern über die Einheitsfronttaktik u. a.:

„Wir haben klargestellt, daß die Einheitsfronttaktik eine Vorbereitungsarbeit für die Revolution ist. Von einigen Seiten wurde sie aber fälschlich so ausgelegt, als wäre die Taktik der Revolution durch friedliche und evolutionäre Methoden ersetzt worden. Wir hatten diese Taktik als ein strategisches Manöver entworfen. Einige Genossen haben aber versucht, sie als Bündnis mit der Sozialdemokratie und als Koalition aller ‚Arbeiterparteien‘ auszulegen.“³⁶⁾

Der spätere Vorsitzende der Komintern, Dimitroff, gab auf dem VII. Weltkongreß im Jahre 1935 neue Anweisungen zur Anwendung der

Einheitsfronttaktik, die er 1938 in einem Buch „Probleme der Einheits- und Volksfront“ näher erläuterte. In dem erwähnten Buch führte Dimitroff u. a. aus:

„In den Ländern mit sozialdemokratischen Regierungen benützen die Kommunisten die entsprechenden Einzelforderungen aus den Plattformen der sozialdemokratischen Parteien und die Wahlversprechungen der sozialdemokratischen Minister als Ausgangspunkt für gemeinsame Aktionen mit den sozialdemokratischen Parteien und Organisationen. Auf diese Weise werden sie es nachher leichter haben, eine Kampagne für die Herstellung der Einheitsfront auf der Grundlage verschiedener anderer Forderungen der Massen zu entfalten.“

Die Zusammenarbeit mit den sozialdemokratischen Parteien und Organisationen schließt keinesfalls die ernste und gründliche Kritik am Reformismus, an der Sozialdemokratie als der Ideologie und Praxis der Klassenzusammenarbeit der Werktätigen und der Bourgeoisie, und die Aufklärung der sozialdemokratischen Arbeiter über die Grundsätze und das Programm des Kommunismus aus, sondern macht sie sogar noch notwendiger.

Man darf nicht aus den Augen lassen, daß die Einheitsfronttaktik die Methode ist, die sozialdemokratischen Arbeiter tatsächlich von der Richtigkeit der kommunistischen und der Unrichtigkeit der reformistischen Politik zu überzeugen, nicht aber sich mit der sozialdemokratischen Ideologie und Praxis zu versöhnen.“³⁷⁾

Die Zielsetzung dieser Taktik blieb durch alle Perioden unverändert. Auch die Methoden zeigten kaum nennenswerte Abwandlungen. Das Schwergewicht lag stets auf der „Einheitsfront von unten“; lediglich zur Unterstützung dieser unterminierenden Tätigkeit an der Basis erfolgte zeitweilig eine gleichzeitige Anwendung der „Einheitsfront von oben“ durch Aufforderungen der zentralen kommunistischen Leitungen an die Spitzen sozialdemokratischer und anderer Organisationen. Einer Veränderung waren aber die Parolen und zentralen Losungen im Rahmen dieser Taktik unterworfen. Es kann von besonderen Kampagnen bei der Anwendung dieser Taktik gesprochen werden. In den letzten Jahren vor Errichtung der Hitlerdiktatur in Deutschland propagierte die KPD eine Einheitsfront unter der Bezeichnung „Antifaschistische Aktion“. Nach 1933 stand die Forderung nach Bildung einer „Volksfront gegen Faschismus und Krieg“ im Mittelpunkt der Einheitsfront-Propaganda. Nach 1945 wurde die Bezeichnung „Einheitsfront“ durch die Parole „Aktionseinheit“ ersetzt. Der Zweck dieser Taktik blieb unverändert die Absicht, den sozialdemokratischen Einfluß zu untergraben und ausgehend von Tagesforderungen möglichst große Teile der Mitgliedschaft der sozialdemokratischen Organisationen, der Gewerkschaften sowie anderer Kreise der Bevölkerung für die kommunistischen Ziele in Bewegung zu bringen.

Kampf gegen kommunistische Infiltration

Als organisatorische Hilfsmittel für die Einheitsfronttaktik wurden von den Kommunisten unter verschiedenen Tarnbezeichnungen zu allen Zeiten besonders „überparteiliche“ Komitees, Ausschüsse und Organisationen ins Leben gerufen. Eine weitere Methode war die Bildung von Zellen und Gruppen innerhalb der bestehenden Organisationen der Arbeiterbewegung auf politischen, gewerkschaftlichen, sportlichen, kulturellen und sonstigen Gebieten.

Über diese Tätigkeit der Kommunisten in Deutschland sagte auf dem SPD-Parteitag in Kiel 1927 der Parteivorsitzende Wels u. a.:

„Die Kommunistische Partei hat in ihrer Unfähigkeit, eine stabile Parteiorganisation zu errichten, sich in viele dieser Vereine gedrängt und benutzt sie dazu, ihre politischen Geschäfte zu betreiben. Sie überträgt aus diesen Vereinen ihre Propaganda durch Mitglieder, die ihre Ziele nicht zu durchschauen vermögen, oft genug noch in unsere Organisationen.“

Dem Richtungsstreit aber wollen wir in unserer Partei keinen Platz mehr einräumen; denn nur so zerschlagen wir die Hoffnungen der Kom-

33) Manuilski, XI. Plenum des EKKI, 1931.

34) Richtlinien des EKKI, Dezember 1921.

35) IV. Weltkongreß, 1922.

36) Sinowjew, V. Weltkongreß, 1924.

37) Dimitroff, VII. Weltkongreß, 1938.

munisten auf einen Erfolg in ihrer immer wieder versuchten Zellenbildung. So nehmen wir auch endlich den verschiedenen Ausschüssen und Gesellschaften in Deutschland, die aber auch gar nichts hinter sich haben und immer wieder dieselben Personen sind, die in ihrer Firmierung und Kostümierung über die politische Bühne laufen, um so viel Volk vorzutäuschen, die Möglichkeit und die Hoffnung, daß sie auf die Haltung der Partei Einfluß ausüben können.

Unsere Genossen sollten sich dreimal überlegen, ob sie bei solchen Aktionen mitwirken, denn in Wahrheit sind diese Gruppen vollkommen einflußlos, und eben deshalb versuchen sie, politische Parteien vor ihren Wagen zu spannen. In der allgemeinen Dunkelheit, die sich über die Umrisse dieser Gesellschaften breitet, ist mustergültiger Lehrer und Förderer die Kommunistische Partei, die ja auch heute mit der Arbeiterhilfe, der Roten Hilfe, den Kolonialfreunden usw. auftritt und überall die Spuren von Moskau, wie der Fuchs mit dem Schwanz zu verwischen sucht. Wir müssen uns dafür bedanken. Was gut ist an den Bestrebungen jener Gesellschaften, das verfolgen wir ohnehin im Sinne unseres Programms und im Rahmen unserer internationalen Beziehungen. Täuschen wir uns nicht; hier handelt es sich um Fragen, die für die Partei Kardinal- und Entscheidungsfragen werden können.“³⁸⁾

Zu dieser Zeit hatte die SPD rund 824 000 Mitglieder. Die KPD gab ihre Mitgliederzahl mit 112 000 an, der tatsächliche Bestand betrug nach internen Angaben rund 88 000. In den folgenden Jahren gelang es der KPD durch ihre demagogische Agitation einen größeren Masseneinfluß zu gewinnen, was zu einer erheblichen Schwächung der Abwehrfront gegen den Faschismus führte. Auf dem XII. Plenum des EKKI in Moskau im September 1932 berichtete Ulbricht als Sprecher der KPD:

„Eine Analyse der Wahlergebnisse in den verschiedenen Gebieten, wo die antifaschistische Aktion, die Einheitsfronttaktik von unter am besten angewandt wurde, die stärksten Gewinne hatten, daß es uns gerade in diesen Gebieten gelungen ist, den sozialdemokratischen Einfluß zurückzuschlagen. Im Jugendverband sind besondere Schwächen und gewisse Unklarheiten vorhanden, die sich in Auffassungen äußern, daß die Einheitsfrontbewegung im deutschen Proletariat in der Hauptsache auf der Grundlage des Kampfes gegen den Faschismus vor sich gehe . . . in der Unterschätzung der Rolle der Sozialdemokratie als soziale Hauptstütze der Bourgeoisie usw.“

Wir müssen allerdings sagen, daß bei der Durchführung dieser Einheitsfronttaktik sich auch in den Reihen der Parteiorganisation Tendenzen eines gewissen Zurückweichens vor dem sozialdemokratischen Einfluß zeigen. Es gibt Beispiele, wo unsere Genossen zu dem Auftreten der Sozialdemokratie in den Gewerkschaftsversammlungen schwiegen. Es gibt Beispiele der nicht genügenden Entlarvung der neuen ‚linken‘ Manöver der Sozialdemokratie, wie der Losung der ‚Sozialistischen Aktion‘. Die Fragen der Schaffung der Einheitsfront als Kampfgemeinschaft um konkrete Forderungen müssen unmittelbar mit der Entlarvung der sozialdemokratischen Manöver verbunden werden.

Wir haben in Deutschland die stärkste und erfolgreichste Sozialdemokratie der II. Internationale, die durch ‚linke‘ Manöver bestrebt ist, die Arbeiterklasse für die Unterstützung der Aufrichtung der faschistischen Diktatur einzuspannen.“³⁹⁾

Die Methode der „Einheitsfront von oben“ wurde besonders in den ersten Jahren nach der Gründung der Kommunistischen Internationale angewandt. Im Jahre 1922 trat die Komintern an die II. Internationale und die internationale Vereinigung halbkommunistischer Gruppen, die Wiener Arbeitsgemeinschaft, mit der Aufforderung heran, gemeinsame Aktionen einzuleiten. Zu dieser Zeit wurde ein Brief des Komintern-Vertreters Radek an die KPD bekannt, in dem die Einheitsfronttaktik sehr offen als eine Methode zur Unterminierung der Sozialdemokratie erläutert wurde. Das KPD-ZK hatte nämlich noch kurz zuvor jede Ver-

bindung mit den „Verrätern“ der II. Internationale und der Wiener Arbeitsgemeinschaft abgelehnt. Über den weiteren Verlauf der Dinge berichtete auf dem SPD-Parteitag 1922 in Nürnberg der Parteivorsitzende Wels:

„Dieser Brief gab vor allem die Veranlassung dazu, daß von der Zweiten Internationale aus, in den Verhandlungen mit der Wiener Arbeitsgemeinschaft in Frankfurt a. M., als Vorbedingung für die Einberufung eines allgemeinen Weltkongresses mit der dritten Internationale die Bedingung gestellt wurde, daß wir zunächst die Überzeugung gewinnen müßten, daß die kommunistische Internationale die weitere Zellenbildung und Spaltung in den Gewerkschaften und in den sozialistischen Parteien unterlasse, daß die Frage Georgiens und des Selbstbestimmungsrechts der Völker sowie der gefangenen Menschewisten und und Sozialrevolutionäre in Rußland zur Sprache gebracht werden könne.“

Am 2. April traten die Exekutiven der drei Internationalen in Berlin zusammen. Unsere Bedingungen wurden von uns zur Sprache gebracht und die Einsetzung einer Neunerkommission beschlossen, die beauftragt war, die Hindernisse zu prüfen und zu beseitigen, die einer gemeinsamen Arbeit im Wege ständen. Leider hat die Einsetzung dieser Neunerkommission einen Einfluß auf die bisher von den Kommunisten befolgte Politik nicht gehabt. In einer Konferenz der Zweiten Internationale, die am 20. Mai in Köln stattfand, wurde aus allen Ländern berichtet, daß die Politik der Spaltung, des Angriffs, der Beschimpfung ihren Fortgang genommen habe. Die Verhandlungen brachten den Beweis, daß man insbesondere in Rußland nicht daran dachte, die in anderen Ländern geforderte Einheitsfront mit der Sozialdemokratie auch auf die Menschewisten und auf die Sozialrevolutionäre auszudehnen. Die gemeinsam beschlossene Demonstration am 20. April und 1. Mai beging man in Moskau unter Vorantragung von Fahnen mit der Inschrift: Tod den Sozialdemokraten!

All diese Beobachtungen wurden in der Konferenz der Neunerkommission zum Vortrag gebracht, und nun zeigte sich klar, welche außenpolitischen Gründe für Moskau die Forderung nach der beschleunigten Einberufung eines Weltkongresses der Arbeiter bestimmt hatten. Es war die zu jener Zeit tagende Genueser Konferenz, die Rußland veranlaßte, die Einberufung jenes Weltkongresses der Arbeiter mit Hochdruck zu betreiben. Es wollte durch diesen Kongreß den Eindruck hervorrufen, als ständen die sozialistischen Parteien und die Arbeiterorganisationen der ganzen Welt hinter der russischen Außenpolitik.

Die Kommunisten erklärten ihren Austritt aus der Neunerkommission, sie machten so die Fortsetzung der Beratungen unmöglich.“⁴⁰⁾

Das kommunistische Manöver wurde durch die Solidarität der II. Internationale mit den unterdrückten Menschewisten und Sozialrevolutionären in Rußland zum Scheitern gebracht. Der Versuch einer Einheitsfront von oben wurde für die Komintern damals zu einer politischen Niederlage, weil ihre ablehnende Haltung gegenüber den Forderungen nach Recht und Freiheit für die Sozialdemokraten in Rußland zu einer Demaskierung führte. Ähnliches ereignete sich bekanntlich im Jahre 1955, als der KPdSU-Chef Chruschtschow während seines Englandbesuches vor führenden Mitgliedern der Labour Party über Zusammenarbeit sprach und ihm eine Liste mit den Namen verhafteter und verschollener Sozialdemokraten Rußlands und der kommunistischen Satellitenstaaten mit der Bitte entgegeng gehalten wurde, er möge doch das Schicksal dieser Menschen aufklären. Auch dabei zeigte die brüsk-ablehnende Haltung Chruschtschows erneut, daß die Kommunisten dort, wo sie die Macht in den Händen haben, keine sozialdemokratische Betätigung und Verbreitung sozialdemokratischer Ansichten zulassen. Darauf wies auch mit besonderem Nachdruck die Sozialistische Internationale in ihrer Erklärung vom 7. April 1956 hin, mit der sie die Aufforderung zur Zusammenarbeit beantwortete, die Chruschtschow auf dem XX. Parteitag der KPdSU erhoben hatte⁴¹⁾. Bereits am 4. März 1956 hatte die Sozialistische Internationale zur gleichen Frage Stellung genommen⁴²⁾.

38) Protokoll, SPD-Parteitag, Kiel 1927.

39) Ulbricht, VII. Plenum des EKKI, Moskau 1932.

40) Protokoll, SPD-Parteitag, Nürnberg 1922.

41) Erklärung der Sozialistischen Internationale vom 7. April 1956.

42) Stellungnahme der Sozialistischen Internationale vom 4. März 1956.

IV. Unterdrückung im kommunistischen Machtbereich

Wo die Kommunisten zur Macht kamen, haben sie die sozialdemokratischen Parteien unterdrückt und verfolgt. Der Terror in Rußland — besonders in den Jahren des Bürgerkrieges von 1917 bis 1921, bis zur Niederschlagung des Kronstädter Aufstandes — richtete sich vor allem gegen die Menschewiki und Sozialrevolutionäre. Nach Abschluß der militärischen Aktionen und der Verhaftungs- und Liquidierungskampagnen der Geheimpolizei in dieser ersten Periode der kommunistischen Diktatur folgte die erste offizielle Säuberungsaktion in der KPdSU. Sie richtete sich hauptsächlich gegen die Parteimitglieder, die auf Grund ihrer Vergangenheit sozialdemokratischer Gedankengänge verdächtig waren. Lenin gab für diese Säuberungsaktion selbst die folgende Direktive:

„Als spezielle Aufgabe der Parteireinigung möchte ich die Reinigung der Partei von den früheren Menschewiki nennen. Meiner Meinung nach sollte man von den Menschewiki, die später als Anfang 1918 zur Partei gekommen sind, in der Partei etwa nicht mehr als ein Hundertstel lassen, und dies erst nach einer dreifachen und vierfachen Siebung jedes Übriggebliebenen.“

Die Menschewiki als Opportunisten passen sich sozusagen ‚aus Prinzip‘ an die unter den Arbeitern vorherrschende Richtung an und entnehmen ihr die Schutzfärbungen, die sie brauchen, etwa so wie der Hase im Winter weiß wird. Diese Eigentümlichkeit der Menschewiki muß man kennen und man muß ihr Rechnung tragen. Diese Eigentümlichkeit berücksichtigen, heißt, die Partei reinigen, sagen wir, von neunundneunzig Hundertstel aller Menschewiki, die sich der KPR nach 1918 angeschlossen haben . . .

*Es gilt, die Partei zu säubern . . . von den Menschewiki, die die ‚Fassade‘ neu aufgeputzt haben, aber im Innern Menschewiki geblieben sind.“*⁴³⁾

In den anderen Ländern, die später unter die kommunistische Gewaltherrschaft gerieten, nahm die Entwicklung grundsätzlich den gleichen Verlauf. Das vorübergehende formale Weiterbestehen der sozialdemokratischen Parteien in den sogenannten „Volksdemokratien“ und in der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland, war nur ein Übergangszustand bis zur offiziellen Liquidierung auf dem Wege einer erzwungenen Verschmelzung, die praktisch ein Aufgehen in der kommunistischen Partei bedeutete. Selbst in der kurzen Periode der Scheinlegalität gab es für Sozialdemokraten keine freie Betätigung, vielmehr waren sie vom ersten Tag der Besetzung des Landes durch Sowjettruppen bereits dem Terror der kommunistischen Geheimpolizei ausgesetzt.

1. Verbot der SPD in der Sowjetzone

In der Sowjetzone hatte die Sozialdemokratische Partei in den wenigen Monaten der Scheinlegalität einen Mitgliederstand von über 600 000 erreicht, während die KPD keinen politischen Masseneinfluß erlangen konnte. Durch Terror erzwangen die Kommunisten 1946 die zwangsweise Eingliederung der SPD-Mitglieder in die in „SED“ umgetaufte kommunistische Parteiorganisation. Zwei Jahre später setzte in dieser Organisation unter der Parole „Schaffung einer Partei neuen Typus nach dem Vorbild der KPdSU“ ein Ausrottungsfeldzug gegen die sozialdemokratischen Ansichten und ihrer Verfechter ein. Es wurde jetzt eingestanden, daß es den Kommunisten bei der „Vereinigung“ ausschließlich auf die Liquidierung der Sozialdemokratie angekommen war. Einkerkерung, Deportation in die Sowjetunion, in vielen Fällen auch der Tod in den Kerkern und Lagern, oder bei den Verhören durch die Geheimpolizei, das war das Schicksal Tausender Sozialdemokraten in diesen Jahren und in der folgenden Zeit.

Mit der Behauptung, es habe ein echter Zusammenschluß von Kommunisten und Sozialdemokraten in der Sowjetzone stattgefunden, und die Wiedezulassung einer sozialdemokratischen Partei würde eine „erneute Spaltung der Arbeiterbewegung“ bedeuten, verweigern die Kommunisten

grundsätzlich Sozialdemokraten wie allen anderen politischen Gegnern jede Möglichkeit der legalen Betätigung. Als in den letzten Jahren immer häufiger von Arbeitern in Versammlungen an die Sprecher der SED die Frage gerichtet wurde, warum die Sozialdemokratische Partei nicht zugelassen werde, wenn die SED beteuere, daß sie mit den Sozialdemokraten in Westberlin und Westdeutschland zusammenarbeiten wolle, wurde im SED-Zentralorgan vom 9. Dezember 1956 unter dem Titel „Warum lehnt die SPD die Vorschläge der SED ab?“ u. a. ausgeführt:

*„Unsere Partei machte der SPD den Vorschlag zur Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse. Wenn von seiten einiger SPD-Führer darauf mit der Forderung nach einer Zulassung der SPD in der DDR geantwortet wird, einer Forderung, die auf die Spaltung der Arbeiterklasse hinausläuft, dann antworten wir klar und deutlich: So nicht! Zerschlagung der Einheit der Arbeiterklasse in der DDR im Interesse der westdeutschen Monopolherren und Militaristen — das gibt es nicht und wird es nicht geben.“*⁴⁴⁾

In der Periode von 1945 bis 1948 vollzog sich in der Sowjetzone, zeitlich in die historisch kurze Zeitspanne von drei Jahren zusammengedrängt, die praktische Anwendung dessen, was der Leninismus an Taktik und Strategie für die Zersetzung und Unterdrückung der Sozialdemokratie überliefert hatte. Das konnte hier in wenigen Jahren geschehen, weil die Sozialdemokratie keine Möglichkeit der legalen Betätigung, der unbehinderten Verbreitung ihrer Auffassungen hatte und weil es unter der sowjetischen Besatzungsmacht für die Arbeiterschaft und für die gesamte Bevölkerung keine demokratischen Freiheiten gab. Am Anfang stand die Tarnung der eigentlichen kommunistischen Ziele.

2. Entlarvte Tarnparolen

Im ersten Aufruf, mit dem die KPD in der Sowjetzone am 11. Juni 1945 vor die Öffentlichkeit trat, gab sie die folgende Erklärung ab:

*„Wir sind der Auffassung, daß der Weg, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, falsch wäre, denn dieser Weg entspricht nicht den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen in Deutschland. Wir sind vielmehr die Auffassung, daß die entscheidenden Interessen des deutschen Volkes in der gegenwärtigen Lage für Deutschland einen anderen Weg vorschreiben, und zwar den Weg der Aufrichtung eines antifaschistischen, demokratischen Regimes, einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für unser Volk.“*⁴⁵⁾

Nachdem die Sozialdemokratie durch Aufhebung ihrer ohnehin nur formalen Legalität in die Illegalität gezwungen und die KPD in SED umbenannt worden war — um eine „Vereinigung“ vorzutäuschen — blieben die Kommunisten noch bei der Tarnung ihrer Ziele. Das geschah offensichtlich in der Absicht, den Widerstand der zwangsweise als SED-Mitglieder registrierten Sozialdemokraten durch politische Täuschung zu schwächen. Im Beschluß des „Vereinigungsparteitages“ vom 21. April 1946 über „Grundsätze und Ziele der SED“ waren u. a. folgende Sätze enthalten:

„Die SED erstrebt den demokratischen Weg zum Sozialismus . . . Die SED kämpft als unabhängige Partei in ihrem Lande für die wahren nationalen Interessen ihres Volkes.“

(Die Hervorhebungen sind im Beschluß enthalten!) *Diese Kampforganisation (gemeint ist die SED) beruht auf dem demokratischen Beschlußrecht ihrer Mitglieder, der demokratischen Wahl aller Parteileitungen und der Bindung aller Mitglieder, Abgeordneten, Beauftragten und Leitungen der Partei an die demokratisch gefaßten Beschlüsse.“*⁴⁶⁾

Der Abschnitt „Gegenwartsforderungen“ in diesem Programm enthielt u. a. die folgenden Punkte:

44) Artikel „Warum lehnt die SPD die Vorschläge der SED ab?“ „Neues Deutschland“, 9. 12. 1956.

45) Aufruf der KPD vom 11. 6. 1945.

46) Beschluß des 1. SED-Parteitages vom 21. 4. 1946.

43) Lenin: „Über die Parteisäuberung“, „Prawda“ v. 21. 9. 1921.

„Ausbau der Selbstverwaltung auf der Grundlage demokratisch durchgeführter Wahlen. Leitung aller öffentlichen Einrichtungen und der Wirtschaft durch ehrliche Demokraten und bewährte Antifaschisten.“

Sicherung der demokratischen Volksrechte. Freiheit der Meinungsäußerung in Wort, Bild und Schrift unter Wahrung der Sicherheit des demokratischen Staates gegenüber reaktionären Anschlägen. Gesinnungs- und Religionsfreiheit.

Sicherung des Koalitions-, Streik- und Tarifrechts. Anerkennung der Betriebsräte als gesetzmäßige Vertreter der Arbeiter und Angestellten im Betriebe. Gleichberechtigte Mitwirkung der Betriebsräte in allen Betriebs- und Produktionsfragen. Herstellung der Einheit Deutschlands als antifaschistische, parlamentarisch-demokratische Republik.“⁴⁷⁾

(Hervorhebungen sind im Beschluß enthalten!)

In einem „Manifest an das deutsche Volk“ waren die gleichen Tarnungssparolen wie in den „Grundsätzen und Zielen“ enthalten; dazu wurde hier noch folgendes besonders betont:

„Die Vereinigung der beiden sozialistischen Parteien bedeutet nicht den Übergang zum Ein-Parteiensystem. Neben der SED haben die demokratisch-antifaschistischen Parteien, die auf dem Boden eines anderen Programms und einer anderen Weltanschauung stehen, ihre Daseinsberechtigung.“

Sie (die SED) ist eine unabhängige Partei, die ihre Wurzeln tief im schaffenden deutschen Volk geschlagen hat, sich von allen fremden Einflüssen frei hält . . . Unser Weg und unser Programm entsprechen den Interessen des deutschen Volkes, den Besonderheiten der deutschen Wirtschaft, Politik und Kultur.“⁴⁸⁾

V. Kominform-Aktionen gegen Sozialdemokratie

In den Jahren 1948 und 1949 setzte in der Sowjetzone und in den kommunistischen Satellitenstaaten eine verschärfte Verfolgung und Unterdrückung der Sozialdemokraten ein. Das Signal gaben die Beschlüsse des Informationsbüros der Kommunistischen und Arbeiterparteien (Kominform) gegen die Sozialdemokratie und gegen die KP Jugoslawiens. Im Beschluß der Kominform vom November 1949, der auf der Tagung in Ungarn veröffentlicht wurde, wurde u. a. ausgeführt:

„Vollauf bestätigte sich die von der ersten Beratung des Informationsbüros der Kommunistischen Parteien gegebene Einschätzung der verräterischen Tätigkeit der rechtssozialistischen Führer als schlimmste Feinde der Einheit der Arbeiterklasse und als Helfer des Imperialismus.“

Die Rechtssozialisten betätigen sich gegenwärtig nicht nur als Agenten der Bourgeoisie ihrer Länder, sondern auch als Agent des amerikanischen Imperialismus, wobei sie die sozialdemokratischen Parteien der europäischen Länder zu amerikanischen Parteien, zu einem direkten Instrument der imperialistischen Aggression der USA machen.

Die klägliche Ausgeburt der bei lebendigem Leibe verfaulten 2. Internationale, das sogenannte Komitee für internationale sozialistische Konferenzen (COMISCO) verwandelte sich in ein Sammelbecken der abgefärbtesten Spalter und Desorganisatoren der Arbeiterbewegung. Diese Organisation wurde zu einer Spionagezentrale im Dienste der englischen und amerikanischen Nachrichtendienste.

Nur im entschiedenen Kampf gegen die rechtssozialistischen Spalter und Desorganisatoren der Arbeiterbewegung kann die Einheit der Arbeiterklasse errungen werden.“⁴⁹⁾

In einer Stellungnahme zu diesem Beschluß der Kominform erklärte das Politbüro der SED am 16. Dezember 1949 u. a.:

„Gegen diese Einheit richtet sich deshalb die ganze Wut der imperialistischen Kriegstreiber und ihrer verbrecherischen Agenten vom Ost-

In beiden Dokumenten, und auch noch in den 1947 veröffentlichten Stellungnahmen über die Ziele der SED war von der Sowjetunion als Vorbild, von der KPdSU als Führerin, vom Leninismus als der allein gültigen Theorie, sowie von kommunistischen Gegenwarts- und Zukunftszielen keine Silbe enthalten, auch von „demokratischem Zentralismus, Diktatur des Proletariats“ und ähnlichen Kategorien war keine Rede. Die Formulierung aus dem KPD-Aufruf von 1945: „ . . . daß der Weg, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, falsch wäre . . . daß die entscheidenden Interessen des deutschen Volkes . . . für Deutschland einen anderen Weg vorschreiben . . .“ wurde in dieser Schärfe und Eindeutigkeit nicht wiederholt; aber die Betonung lag stets bei der Sentenz, die SED sei eine „unabhängige, von fremden Einflüssen freie“ Partei, die den „Besonderheiten“ in Deutschland Rechnung trage.

Diese Formulierungen wurden dann im Jahre 1948 als falsch bezeichnet und die „Theorie über einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus“ prinzipiell verurteilt. Am 16. September 1948 erklärte der Parteivorstand der SED in einer Entschliebung:

„Der Parteivorstand stellt fest, daß auch in der SED falsche ‚Theorien‘ über einen ‚besonderen deutschen Weg‘ zum Sozialismus vorhanden sind . . .“⁴⁹⁾

Vier Monate später erklärte Grotewohl auf der I. SED-Partei-konferenz:

„Wir haben in der Parteidiskussion die Theorie des besonderen deutschen Weges zum Sozialismus zerschlagen, die nicht nur den Grundsätzen des Marxismus-Leninismus widersprach, sondern auch antisowjetischen und nationalistischen Tendenzen Vorschub leistete und manche frühere sozialdemokratische Genossen daran hinderte, den Weg zum Marxismus-Leninismus zu finden.“⁵⁰⁾

büro der SPD-Führung in Hannover, der Beauftragte der jugoslawischen faschistischen Tito-Clique und anderer Volksfeinde. Mit allen Mitteln suchten sie die Einheit der Arbeiterklasse in der Deutschen Demokratischen Republik zu untergraben, die Reihen unserer Partei zu zersetzen und die einheitliche Gewerkschaftsbewegung zu zerstören.

Die rechten sozialdemokratischen Führer der SPD und reaktionären Gewerkschaftsführer leisten den Feinden unserer nationalen Einheit treue Agentendienste durch ihre ständigen Bemühungen, die Spaltung der Arbeiterklasse in Westdeutschland und Westberlin aufrechtzuerhalten und zu vertiefen, wobei sie die übelste Hetze gegen die Sowjetunion, die volksdemokratischen Länder und die marxistisch-leninistischen Parteien betreiben und als Propagandisten der räuberischen Ideologie des amerikanischen Imperialismus auftreten.

Das Beispiel der geeinten Arbeiterklasse in der Deutschen Demokratischen Republik überzeugt immer mehr sozialdemokratische Arbeiter, Mitglieder der UGO und des DGB, daß unser Weg richtig ist, während der Weg Schuhmachers in neues Verderben führt.

Von besonderer Bedeutung für unsere Parteiorganisation in Westberlin und für die KPD in Westdeutschland ist der Hinweis des Informationsbüros, daß der konsequente und unversöhnliche Kampf gegen die Rechtssozialisten und reaktionären Gewerkschaftsführer, ihre Entlarvung und Isolierung von den Massen Hand in Hand gehen muß mit einer geduldigen und beharrlichen Aufklärung der sozialdemokratischen Arbeiter über die Notwendigkeit der Einheit der Arbeiterklasse.

Die Sache des Friedens kann jedoch nicht erfolgreich verteidigt werden, ohne unversöhnlichen Kampf gegen die rechten Führer der SPD und gegen die Beauftragten der faschistischen Spionagebande Titos, die auch in den Reihen der deutschen Arbeiterbewegung ihre schändliche Rolle von Provokateuren und Spaltern auszuüben suchen.

47) ebenda.

48) Protokoll des 1. SED-Parteitag vom 21. 4. 1946 („Manifest an das deutsche Volk“).

51) Beschluß der Kominform vom November 1949.

49) Entschliebung des SED-Parteivorstandes vom 16. 9. 1948.

50) Protokoll der I. SED-Partei-konferenz vom 25. bis 28. 1. 1949.

Die verächtlichen Kreaturen des amerikanischen Imperialismus, die Tito-Agenten, Vertreter des Ostbüros Schumachers, frühere KPO-Leute und andere Feinde der Arbeiterklasse versuchen, auch in der Deutschen Demokratischen Republik durch ihre Zersetzungsarbeit die Einheit der Arbeiterklasse und die demokratische Ordnung zu unterwühlen.“⁵²⁾

1. Säuberungsaktionen gegen die SPD

In der Sowjetzone hatte bereits nach dem ersten Beschluß des Kominform vom Juli 1948 eine Säuberungsaktion in der SED eingesetzt. Die Maßnahmen wurden in einer Reihe von Beschlüssen über die Umwandlung der SED in eine „Partei neuen Typus“ nach dem Vorbild der KPdSU festgelegt. Im Beschluß der SED vom 29. Juli 1948 wurde u. a. angeordnet:

„Ein beschleunigtes Ausschlußverfahren ist gegen folgende Kategorien von Mitgliedern durchzuführen: Mitglieder, die eine parteifeindliche Einstellung vertreten; Mitglieder, die eine sowjetfeindliche Haltung bekunden; Mitglieder, bei denen begründeter Verdacht besteht, daß sie im Interesse parteifeindlicher Kräfte (Agenten des Ostsekretariats der SPD) oder als Spione und Saboteure fremder Dienste in der Partei wirken.“⁵³⁾

Die Hetze und die Terrormaßnahmen gegen Sozialdemokraten wurden von Monat zu Monat verschärft. Am 16. September 1948 erklärte der Parteivorstand der SED:

„Um die Sauberkeit der Partei zu sichern, beschließt der Parteivorstand die Bildung einer Zentralen Parteikontrollkommission und von Parteikontrollkommissionen für jedes Land und für jeden Kreis.

Die Parteikontrollkommissionen haben die Aufgabe, den Kampf zu führen gegen die im Auftrage ausländischer Kräfte tätigen feindlichen Agenten, die besonders vom sogenannten ‚Ostbüro‘ der SPD entsandt werden.

Dem amerikanischen Imperialismus ist es durch seine Schumacher-Filiale gelungen, besonders auf Belegschaftsteile der Großbetriebe Einfluß zu gewinnen. Die chauvinistische und antisowjetische Hetze wirkt bis in die SED hinein, ohne daß diese energisch und hart genug dagegen kämpft.“⁵⁴⁾

2. Terror gegen „Schumacher-Agenten“

Am gleichen Tage veröffentlichte die Leitung der SED einen Beschluß. Er enthielt, verbunden mit einem Rückblick bis zum Jahre 1918, eine grundsätzliche Verurteilung der Theorie und Praxis der Sozialdemokratie und forderte ihre schärfste Bekämpfung. U. a. wurde folgendes ausgeführt:

„Nachdem der Versuch der rechten sozialdemokratischen Führer gescheitert war, durch Eintritt in die kaiserliche Regierung die Revolution zu verhindern, stellten sie sich an die Spitze der revolutionären Bewegung, um die Revolution mit allen Mitteln der Demagogie und des Terrors abzuwürgen. Die rechten sozialdemokratischen Führer beherrschten den Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte und veranlaßten ihn, die Herrschaft an die Nationalversammlung abzutreten, obwohl die Macht der Junker und Bourgeoisie nicht gebrochen war. Die aus rechten Sozialdemokraten und Unabhängigen bestehende Regierung der Volksbeauftragten tat alles, um die revolutionäre Bewegung zu ersticken. Sie offenbarte vom ersten Tage an eine offene Feindschaft gegen die Sowjetrepublik, während sie sich den Entente-Imperialisten anbiederte. Sie behielt die Sowjet-Ukraine besetzt und schlug die Revolution in den baltischen Ländern nieder. Die rechten sozialdemokratischen Führer schreckten sogar nicht davor zurück, ein förmliches Bündnis mit dem alten Kaiserlichen Generalstab einzugehen, um die Revolution im Blute zu ersticken. Sie versteckten diese konterrevolutionäre Politik hinter einer sozialistischen Demagogie, indem sie verkündeten: ‚Die Sozialisierung marschiert‘. Durch diese Politik haben sie die kapitalistische Herrschaft gerettet und der Reaktion den Weg geebnet, der im weiteren

Verlauf zum Faschismus und zum Sturz in die nationale Katastrophe führte.

Als 1920 im Kapp-Putsch die Gegenrevolution einen Schlag gegen die demokratische Republik führte, stand die Arbeiterklasse in einmütiger Geschlossenheit für die Verteidigung auf. Sie wurde jedoch von den rechten sozialistischen Führern im Bielefelder Abkommen gehindert, gründlich mit der Konterrevolution aufzuräumen. 1921 und 1923 führte die Vorhut der Arbeiterklasse gegen die erstarkende Reaktion revolutionäre Kämpfe, die ebenfalls mit Hilfe der rechten sozialdemokratischen Führer niedergeschlagen wurden.

In allen diesen Kämpfen standen also die rechten sozialdemokratischen Führer an der Seite der Konterrevolution. Sie organisierten militaristische Banden zur Niederschlagung der Arbeiter und bahnten damit der teilweisen und zeitweiligen Wiederholung des Kapitalismus den Weg (1924–1929), die das Wiedererstarken des deutschen Imperialismus ermöglichte.

Die Kommunisten führten den Hauptstoß gegen den bürgerlich-demokratischen Staat von Weimar und gegen die Sozialdemokratie auch noch zu einer Zeit, als bereits der Faschismus die Hauptgefahr geworden war.

Unter Führung der Schumacher und Ollenhauer hat die SPD erneut die verderbliche Politik der rechten Führer von 1918 aufgenommen. Wie diese damals, sind die rechten SPD-Führer im Westen und in Berlin von einem blindwütigen Haß gegen die Sowjetunion beseelt.

Durch die bornierte Gegnerschaft und die niedrigen Verleumdungen, mit denen die Schumacher, Ollenhauer, Neumann und Konsorten diese Volksbewegung für Einheit und gerechten Frieden verfolgen, beweisen sie, daß sie auch in dieser Hinsicht nichts aus der Novemberrevolution 1918 gelernt haben. Wie damals die rechten sozialdemokratischen Führer, so opfern heute wieder die Schumacherleute die nationalen Interessen des deutschen Volkes und leiten damit Wasser auf die Mühlen der Revanchepolitiker und chauvinistischen Kriegshetzer.“⁵⁵⁾

Diese Entschließung wurde in der SED in den Mittelpunkt der Schulungsarbeit gestellt und von den Mitgliedern eine uneingeschränkte Zustimmung gefordert. Unter der Parole „Kampf den Schumacheragenten!“ und „Macht die Agenten des SPD-Ostbüros unschädlich!“ erfolgten Ausschluß und Verhaftung widerstrebender Kräfte. Auf der I. SED-Partei-konferenz im Januar 1949 sagte Grotewohl, der über dieses Thema ein Referat hielt, u. a. folgendes:

„Wir dürfen die Tätigkeit der Agenten dieses Ostbüros der Sozialdemokratischen Partei weder unterschätzen noch durch falsche und gefährliche Weichherzigkeit unterstützen ...

Vorgänge, wie beispielsweise in Dresden, wo diese Agenten innerhalb unserer Partei eine illegale Gruppe bildeten und die Führer dieser Gruppe mit dem Berliner Ostbüro der SPD in ständiger Verbindung standen, zeigen uns, daß die Wachsamkeit der Mitglieder nicht genügend geschärft ist. Auch in anderen Orten gab es Schumacher-Agenten, die regelmäßig zusammenkamen, sowjetfeindliche Literatur verbreiteten und Spionagenachrichten zur Weiterleitung an ihre Hauptagentur sammelten ...

Wir können die Tatsache nicht in Abrede stellen, daß ganze Schumacher-Gruppen oder einzelne Schumacher-Leute innerhalb unserer Partei eine solche Zersetzungsarbeit, die allein den imperialistischen und reaktionären Kräften dient, geleistet haben.

Es wurden bisher über 400 aktive Schumacher-Leute aus der Partei entfernt, nachdem es ein anderer Teil von ihnen bereits vorgezogen hatte, durch eigene Austrittserklärungen dem zu erwartenden Parteiaus-schluß zuvorzukommen. Zweifellos befinden sich aber noch weitere getarnte Schumacher-Leute in den Reihen unserer Partei, die der Politik unserer Partei ablehnend gegenüberstehen und noch immer eine schwere Belastung für die Partei darstellen.

Dort, wo ausgesprochene Schumacher-Agenten ihr Werk treiben ... muß für die Sauberkeit der Partei gesorgt werden. Es darf niemanden

52) Stellungnahme des SED-Politbüros vom 16. 12. 1949.

53) Beschluß des SED-Parteivorstandes vom 29. 7. 1948.

54) Beschluß des SED-Parteivorstandes vom 16. 9. 1948.

55) Beschluß des SED-Parteivorstandes „Die Novemberrevolution und ihre Lehren für die deutsche Arbeiterbewegung“ vom 16. 9. 1948.

gestattet sein, die Partei als einen Unterschlupf anzusehen, um sie für die Propagierung einer verderblichen Politik zu mißbrauchen. Gegen diese Elemente muß auch in Zukunft mit aller Schärfe durchgegriffen werden. Jedes versöhnlerische Verhalten ist hier fehl am Platze.

Die Reinigung der Partei von den Schumaderelementen ist durch eine ganze Reihe von Umständen erschwert worden . . . Wir stoßen immer wieder auf die Bereitschaft zur Nachsicht gegenüber opportunistischen und sektiererischen Elementen, da sie — wie naiverweise immer wieder gesagt wird — doch auch für das sozialistische Endziel seien. Das ist ein unmöglicher Zustand.

Wir können uns auch nicht von der Schuld freisprechen, nach der Vereinigung nicht immer genügend aktiv und energisch den Prozeß der ideologischen Klärung in der Partei vorangetrieben zu haben.

Dadurch traten oft ernste Schwächen in der ideologischen Arbeit der Partei auf, die es klassenfremden und klassenfeindlichen Elementen gestatteten, sich in unserer Partei behaglich einzurichten und ihre falschen und feindlichen Auffassungen in der Partei und unter der Maske eines SED-Mitgliedes auch außerhalb der Partei zu verbreiten.“⁵⁶⁾

Diese Hetzrede enthielt zugleich ein Eingeständnis der Wirksamkeit des sozialdemokratischen Widerstandes innerhalb und außerhalb der Organisation der SED. Sie offenbarte auch das völlige Mißlingen des kommunistischen Versuchs, die zwangseingegliederten Sozialdemokraten durch Druck und „ideologische Umerziehung“ zu Kommunisten zu machen.

3. Sozialdemokratie und Juniaufstand

Die Sozialdemokratie war und blieb der Feind Nr. 1 des Kommunismus in der sowjetischen Besatzungszone. Alle erwähnten Maßnahmen gegen die Sozialdemokraten in der Zone konnten den Widerstand von dieser Seite nicht schwächen und auch nicht seine weitere Zunahme verhindern. Das wurde vom SED-ZK in der EntschlieÙung der ZK-Tagung vom 24. bis 26. Juli 1953, also einige Wochen nach dem Juni-Aufstand, mit folgenden Ausführungen bestätigt:

„Außerdem bestanden in einigen Städten (Magdeburg, Leipzig usw.) illegale Organisationen aus ehemaligen SPD-Mitgliedern, die noch immer den arbeiterfeindlichen Auffassungen des Sozialdemokratismus anhängen, und darum leicht Opfer der Agenten des Ostbüros wurden, welche unter den Arbeitern faschistische Losungen verbreiteten und Streiks organisierten. Die ehrlichen Arbeiter, die früher Mitglieder der SPD waren und den Agenten Gehör schenkten, begriffen nicht, daß sie damit gegen ihre eigenen Klassengrundsätze und gegen die alten Ideale der deutschen Arbeiterbewegung auftraten.

Es ist die Aufgabe unserer Parteiorganisation, diesen schwankenden und irregeleiteten früheren Sozialdemokraten zu helfen, den Klassencharakter des Putschversuches zu erkennen, den Sozialdemokratismus zu überwinden und den Weg in die Reihen des klassenbewußten Proletariats zurückzufinden. Dies ist mit dem systematischen Kampf gegen die noch vorhandenen Agenturen des Ostbüros zu verbinden, um ihrem schädlichen Treiben ein Ende zu machen . . . Gleichzeitig ist ein offener, unerbittlicher Kampf gegen die Anhänger des Ostbüros der SPD zu führen, die als Agenten der imperialistischen Spionageorganisation entlarvt werden müssen.“⁵⁷⁾

Im Oktober 1953 sagte SED-Sekretär Sindermann auf einer SED-Bezirkskonferenz in Halle:

„Wir sollten untersuchen, woher es kommt, daß die Agenturen des Ostbüros der SPD einen relativ größeren Einfluß bei den Arbeitermassen haben als andere Agenturen. Es handelt sich bei den Agenten des Ostbüros zumeist um langjährige Angehörige der Arbeiterbewegung, die auch politische Erfahrungen gesammelt haben, damit treten sie heute als die Verfechter der Arbeiterinteressen auf, indem sie einzelne Schwierigkeiten beim Aufbau des Sozialismus, aber auch krankhafte bürokra-

tische Erscheinungen in unserer Arbeit geschickt ausnutzen, um die Arbeiter gegen uns aufzubringen.

Wir haben sie doch in den Tagen des 17. Juni kennengelernt. Mit gerissener Demagogie verfechten sie mit großem Pathos Wohnungsangelegenheiten, soziale Härten und die sogenannten kleinen Sorgen der Arbeiter, um die wir uns in vielen Fällen sträflicherweise nicht kümmerten, um die Arbeiter ihrem Einfluß zu unterwerfen.“⁵⁸⁾

In der Direktive des SED-ZK zur Vorbereitung des IV. Parteitages, der im Frühjahr 1954 stattfand, hieß es u. a.:

„Die Einflüsse des Ostbüros und rechter Sozialdemokraten müssen überwunden und die faschistische Untergrundbewegung und die direkten Agenturen des Ostbüros zerschlagen werden.“⁵⁹⁾

4. SPD-Ostbüro — „Zentrum des Widerstandes“

In der Öffentlichkeit forderte die SED immer wieder die Auflösung des Ostbüros der SPD. Mit dieser Abteilung beim Parteivorstand der SPD, die im Jahre 1946 geschaffen wurde, um die Verbindung zu den in die Illegalität gezwungenen Sozialdemokraten im sowjetisch besetzten Mitteldeutschland aufrecht zu erhalten, nahmen immer mehr Menschen aus der Zone Kontakt auf, berichteten über ihre Widerstandstätigkeit und verlangten Unterstützung durch Belieferung mit Schriften und Flugblättern. Ende 1956 bestätigte SSD-Chef Wollweber im SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ den wachsenden Einfluß und den Erfolg der Unterstützung, die das SPD-Ostbüro leistete⁶⁰⁾. Er betonte selbst, wie wirksam sich der Widerstand mit politischen Mitteln erwies und wie die Ideen des demokratischen Sozialismus sich stärker erweisen als der Terror. Wollweber schrieb:

„Bei aller Wadisankeit und Bereitschaft, Unruhestifter und Provokateure sofort mit dem Gegenschlag zu antworten, darf natürlich die Gefährlichkeit der Absichten der sogenannten Aufweichtaktiker nicht unterschätzt werden.

Sie wollen den Boden für Provokationen ideologisch vorbereiten und untermauern und nichts überstürzen. Sie empfehlen nach dem Muster der Horthyfaschisten als Aufweichmethoden die Berufung auf den ‚wahren‘ Marxismus-Leninismus und Sozialismus.

Ihre Zersetzungsarbeit wird oft dadurch begünstigt, daß es in den Kreisen der studierenden Jugend, der technisch-wissenschaftlichen Intelligenz, unter Künstlern und Studenten einige Personen gibt, die die offene und parteimäßige Diskussion über Fehler, Schwächen und Mängel nicht von einer solchen Verbreitung feindlicher Ideologien unterscheiden können, deren Hauptziel darauf gerichtet ist, die Partei der Arbeiterklasse durch künstliche Teilung in ‚Stalinisten‘ und Anhänger der sogenannten Demokratisierung zu spalten.

Zwar ist die Zahl und die Bedeutung der vom Westen her gesteuerten Verfechter des sogenannten ‚wahren Sozialismus in der DDR‘ äußerst minimal, aber das Echo ihrer Propaganda ist relativ groß.

Die sogenannten Aufweichtaktiker versuchen vor allem unter der Flagge der sogenannten ‚Demokratisierung‘, die Staatsautorität zu untergraben und die Staatsmacht der DDR zu schwächen.

Trotz aller Anstrengungen des Ostbüros der SPD zeigt sich immer deutlicher, daß ehemalige Sozialdemokraten in der DDR absolut nichts mit Agententätigkeit zu tun haben wollen. Das heißt aber nicht, daß die Zersetzungsarbeit des Ostbüros der SPD unterschätzt werden darf, weil gerade das Ostbüro der SPD eines der aktivsten Zentren zur Organisation der Zersetzungsarbeit unter der Flagge der sogenannten Freiheit und des sogenannten ‚wahren‘ Sozialismus ist.“⁶¹⁾

An solchen Bekundungen hat es auch in der folgenden Zeit nicht gemangelt. Noch im Oktober/November 1957 mußte das ZK eine Instrukteurbrigade in den sächsischen Bezirk Dresden schicken, weil dort

58) „Freiheit“, Halle vom 13. 10. 1953.

59) Direktive des SED-ZK zur Vorbereitung des IV. Parteitages der SED.

60) „Neues Deutschland“ vom 21. 12. 1956.

61) ebenda.

56) Protokoll der I. SED-Parteikonferenz 25. bis 28. 1. 1949.

57) EntschlieÙung des SED-ZK, angenommen auf der ZK-Tagung vom 24. bis 26. 7. 1953.

der Widerstand besonders deutlich bemerkbar wurde. In ihrem Bericht, den das „Neue Deutschland“ am 12. November 1957 unter dem Titel „In Parteisachen hört die Gemütlichkeit auf“ auszugsweise veröffentlichte, wird über die Rolle des Ostbüros gesagt:

„Es steht fest, daß in der Bezirksparteiorganisation auch lange Zeit keine Klarheit über die Rolle des Ostbüros der SPD herrschte. Das Ostbüro versucht bekanntlich mit allen Mitteln, die Einheit der Partei und der Arbeiterklasse zu unterminieren und die Massen von der Partei zu trennen. Die Bezirksleitung hat diese Tätigkeit unterschätzt. Sie entwickelte lange Zeit keine prinzipielle Konzeption, um die Rolle des Ostbüros in der gesamten Parteiorganisation zu entlarven und den Kampf gegen seine Einflüsse in den Betrieben zu führen. Dadurch sehen viele

Genossen das Ostbüro nur als eine Spionageorganisation an und überlassen den Kampf gegen diese Agentur des Feindes den Staatsorganen. Sie erkennen nicht, welche verderbliche Rolle das Ostbüro mit seiner Zersetzungsarbeit gegen die Partei spielt und wie man dieser entgegenzutreten muß^{61a)}.

So und ähnlich fordert die SED immer wieder zur Bekämpfung des Ostbüros, d. h. der sozialdemokratischen Widerstandsarbeit in der Zone auf. Die Tatsache, daß sich daran in den Jahren der SED-Herrschaft nichts geändert hat, sondern im Gegenteil solche Appelle häufiger und im Tonfall immer dringender werden, beweist den totalen Mißerfolg der kommunistischen Bemühungen, den sozialdemokratischen Einfluß einzudämmen oder zurückzudrängen.

VI. Gegenoffensive unter Führung Dr. Kurt Schumachers

Auch in Westdeutschland und Westberlin nahm die Sozialdemokratie nach 1945 die gleiche grundsätzlich ablehnende Haltung gegenüber dem Kommunismus ein wie in der Sowjetzone. Unter der Führung von Dr. Kurt Schumacher wurden alle kommunistischen Unterwanderungsversuche, die als Bestrebungen zur „Vereinigung“ getarnt waren, entschieden zurückgewiesen. Die SPD in Westberlin und Westdeutschland unterstützte von Anfang an durch ihre politische Haltung den sozialdemokratischen Widerstandskampf in der Sowjetzone und verurteilte prinzipiell die Theorie und Praxis des Kommunismus. Auf der Konferenz der SPD der britischen Besatzungszone, die vom 3. bis 4. Januar 1946 in Hannover stattfand, erklärte Dr. Kurt Schumacher:

„Wenn das, was wir im Osten erleben, tatsächlich Sozialismus wäre, dann wäre damit von der europäischen Menschheit das Todesurteil über den Sozialismus ausgesprochen. Außerdem ergibt sich das grundsätzliche Gesamtbild, daß die Vernichtung der Bourgeoisie oder Teile dieser Klasse den Zustand des Sozialismus nicht schafft ...

Es ist die Antidemokratie im Prinzip, die hier vorherrscht.“⁶²⁾

Auf dem 1. Parteitag der SPD in Hannover am 9. Mai 1946, also wenige Wochen nach dem „Vereinigungsparteitag“ der Kommunisten in der Sowjetzone, sagte Dr. Kurt Schumacher u. a.:

„Ich erinnere Sie daran, daß wir im Oktober gegenüber dem Führungsanspruch des sogenannten Berliner Zentralaussschusses eindeutig, sowohl hier wie nachher auch in der amerikanischen und französischen Zone, nein gesagt haben. Ich glaube, wir können es für uns beanspruchen, daß dieses Nein eine der wichtigsten politischen Taten in Deutschland gewesen ist.

Eine Demokratie mit Einheitspartei oder Einheitslisten ist keine Demokratie, sondern ist das Gegenteil: Diktatur.

Diese Leute sind dressiert auf Eroberung der Macht, gleichgültig, welche politischen und sozialen Konsequenzen dabei herauskommen.

Ich sage nicht zuviel, wenn ich behaupte, das deutsche Volk als Volk ist mit der Kommunistischen Partei absolut fertig. Und es ist kein Zufall, daß sie jetzt auf der Suche nach den Blutspendern so energisch und rücksichtslos gewesen ist. Es gibt für uns Deutsche und für uns Europäer keinen Sozialismus ohne Demokratie, aber die Idee und der Geist der Demokratie schließt von vornherein die Geistesarbeit und die Freiheit der Kritik ein. Ein Sozialismus ohne solche Eigenschaften wäre kein Sozialismus, sondern eine sozialistisch figurierende Attrappe.

Es ist nicht wahr, wie wohlmeinende Optimisten behaupten, daß zwischen uns und den vereinigten Kommunisten nur ein Unterschied des Weges bestände und das gleiche Ziel da wäre. Ein gleiches Ziel gibt es nicht. Dort drüben haben wir eine Form, die sich Sozialismus nennt, die aber nichts weiter ist als Verdummung der Untertanen. Für uns aber ist Sozialismus die ökonomische Befreiung der moralischen und politischen Persönlichkeit. Ich für meine Person bin Anhänger dieser Auf-

fassung. Aber glaubt ihr, daß ein Sozialismus es wert wäre, ihn zu erleben, wenn er keinen sittlichen Inhalt und kein sittliches Ziel hätte?“⁶³⁾

Im August 1946 erklärte Schumacher:

„Für uns ist Sozialismus kein stupider Kollektivismus und keine dumpfe Vermassung, sondern die ökonomische Befreiung der menschlichen Persönlichkeit, damit sie politisch und moralisch frei werde.“⁶⁴⁾

Im Juni 1947 sagte Dr. Schumacher auf dem 2. Parteitag der SPD in Nürnberg über den Kommunismus u. a. folgendes:

„Die Mittel sind die gleichen wie in jedem Diktaturstaat. Man spekuliert auf die Angst der Massen vor der Gewalt.

Wenn der kommunistische Totalitarismus jede Kritik als entmutigend und demoralisierend, als schwächend und lähmend unterdrückt, hört der Rechtsstaat auf zu existieren.

Wir sollten den ganzen Wust kommunistischer Fragestellung und Zweckpropaganda mit einer Handbewegung beiseite schieben und unsere eigene Fragestellung, unsere eigene Zielsetzung mit unseren eigenen Mitteln betreiben.

Daß man die Sozialdemokratie in der Ostzone verbietet, unterdrückt und verfolgt, ist nicht in erster Linie eine Frage der Sozialdemokratischen Partei. Es ist die Frage der Rechtsgleichheit, nach der staatsbürgerlichen Gleichheit aller Deutschen. Es ist die Frage der Weltdemokratie.“⁶⁵⁾

Die prinzipielle Ablehnung des Kommunismus durch die Sozialdemokraten betonte Dr. Schumacher erneut unter Hinweis auf die politische und soziale Entwicklung in den kommunistisch beherrschten Ländern, als er auf dem 3. SPD-Parteitag am 12. September 1948 in Düsseldorf u. a. erklärte:

„Den Verlust der Freiheit und die Senkung des Lebensstandard hat man in allen Ländern Europas, in denen die Volksdemokratie gesiegt hat, erst feststellen können, als es keine politischen Mittel mehr gab, die Zustände zu korrigieren.

Es gibt gar nicht die Chance der Wahl zwischen einem Sozialismus des Ostens und einem Kapitalismus des Westens. Die Zustände, die vom Bolschewismus geschaffen worden sind, können von der Sozialdemokratie nicht als Sozialismus angesehen werden.

Selbst in den Ländern Osteuropas ist die erzwungene Vereinigung zwischen Kommunisten und Sozialisten nicht so reibungslos vor sich gegangen, wie es den Anschein hatte. Fast überall haben sich die Sozialisten unter großen Opfern und Leiden gewehrt; fast in allen Fällen ist die Existenz von Renegaten, die den Zersetzungsprozeß in ihren eigenen Reihen förderten, das Ergebnis der Besatzung oder der nachbarlichen Nähe des riesigen bolschewistischen Reiches.

Dreißig Jahre Bolschewismus haben bewiesen, daß er den europäischen Völkern fremd ist und das es einen aufgeklärten Absolutismus

61a) Hervorhebungen übernommen aus „ND“ vom 12. November 1957

63) Dr. Schumacher, Protokoll SPD-Parteitag, Hannover 1946.

64) Dr. Schumacher, August 1946.

65) Dr. Schumacher, Protokoll SPD-Parteitag, Nürnberg 1947.

62) Protokoll der SPD-Konferenz der britischen Besatzungszone vom 3./4. 1. 1946.

in proletarischer Abwandlung nicht gibt. Immer verliert sich dann im Verlauf der jahrelangen Praxis die Aufklärung, und der Absolutismus bleibt übrig. Niemand wird härter vom ihm belastet als die arbeitenden Massen, zu deren Gunsten der ganze große soziale und politische Prozeß eingeleitet worden ist. Die proletarische Terminologie in der Agitation hilft nicht darüber hinweg, daß ein extremer Obrigkeitsstaat übrig ist, der auf den Grundlagen der Unfreiheit, der Ungleichheit und der Unbrüderlichkeit errichtet ist.

Demokratie aber ist in jedem Fall die tatsächliche Selbstverantwortung, Selbstführung und Selbstverwaltung des Volkes.“⁶⁶⁾

Den ausbeuterischen Charakter des kommunistischen Systems kennzeichnete Dr. Schumacher in einer Rede am 17. August 1951 vor Jugendlichen aus der Sowjetzone, die anlässlich der kommunistischen Weltfestspiele, die damals in Ostberlin stattfanden, nach Westberlin gekommen waren, mit folgenden Worten:

„Der Arbeitnehmer der Sowjetzone steht seinem Direktor gegenüber als einer dreifachen Konzentration der Ausbeutung: des Kapitalisten, des Staatsgewaltigen und des Polizeichefs. So sind die Menschen einem Grad der Ausbeutung unterworfen wie in keinem anderen Land der Welt. In den demokratischen Ländern, die kapitalistisch sind, kann selbst die extremste Form der Klassenherrschaft, des Kapitalismus, es

nicht riskieren, gegenüber den arbeitenden Massen diese intensive und enorme Ausbeutung anzuwenden wie in diesem Vaterland der Werktätigen und den ihm nachgemachten Satellitenstaaten und der Sowjetzone.“⁶⁷⁾

In einer anderen Rede wendete sich Schumacher dagegen, daß Sozialismus und Staatskapitalismus gleichgestellt werden:

„Wir wollen keine neuen Schichten der Herrschenden, seien es Politiker, Bürokraten oder Techniker; wir wünschen nicht die Herausbildung einer neuen Klasse als Nutznießer dieses Staatskapitalismus zu sehen, wie sie in der östlichen Besatzungszone bereits sichtbar geworden ist.“⁶⁸⁾

Alle Anbiederungsversuche der Kommunisten wurden entschieden zurückgewiesen und leidenschaftlich wandte sich Schumacher gegen Gespräche mit Führern der SED. U. a. sagte er am 9. März 1951 in einer Rede im Bundestag:

„Den Wohlmeinenden, den Redewütigen und Repräsentationshungrigen hier in diesem Lande möchte ich sagen: Man kann nicht mit den Peinigern verhandeln und die Gepeinigten ignorieren. Die Opfer der Freiheit, die Eingekerkerten, die Verschleppten, die gesamte Bevölkerung der Ostzone, die Kriegsgefangenen, sie alle haben Anspruch auf unsere menschliche und nationale Solidarität.“⁶⁹⁾

VII. Geistige Freiheit — Gegen Dogmatismus

Gegenüber dem Unfehlbarkeitsanspruch, den der Kommunismus für seine Theorien, für den Leninismus, erhebt, betont die Sozialdemokratie die unabdingbare Notwendigkeit geistiger Freiheit, auch innerhalb der Partei. Dr. Kurt Schumacher sagte dazu am 18. Oktober 1946 auf einer Tagung von Geistesarbeitern in Westberlin:

„... die ökonomische Geschichtsauffassung, wie auch der ganze Marxismus sind ja keine Dogmen, sind kein Gebäude von Lehrsätzen, sondern sind Methoden der ökonomischen und politischen Analyse, ... Aber eine Methode ist kein Glaubenssatz. Wir müssen erkennen, daß man Sozialist und Demokrat sein kann, sowohl aus diesen Methoden der ökonomischen Analyse als auch aus den Erkenntnissen etwa einer rationalen Philosophie oder aus moralischen oder ethischen Gründen oder aus dem Geist der Bergpredigt heraus: Jeder muß das Recht haben, seinen Willen und seine Motivierung des Sozialismus und der Demokratie innerhalb und ausserhalb seiner Partei zu verkünden.“⁷⁰⁾

Auf dem 3. Parteitag der SPD in Düsseldorf am 12. September 1948 wandte sich Dr. Schumacher entschieden gegen die kommunistische Dogmatik, gegen jedes Monopol einer Parteitheorie und gegen eine starre Theorie innerhalb der Partei. Er sagte u. a.:

„Daß eine solche Art von Parteitheorie schlimmste Schäden anrichten kann, sehen wir bei den Kommunisten. Jede moderne demokratische Partei muß in ihrer geistigen Ahnenreihe und in ihrer Waffensammlung verschiedene Theorien haben. Eine einheitliche Parteitheorie wäre der Tod der Freiheit. Eine in ihrem Wesen nichtdemokratische Partei aber kann nicht in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft die Freiheit verwirklichen.“⁷¹⁾

In der Erklärung der Sozialistischen Internationale vom Juli 1951 über

die „Ziele und Aufgaben des demokratischen Sozialismus“ wurde zum gleichen Thema ausgeführt:

„Die Kommunisten berufen sich zu Unrecht auf sozialistische Traditionen. In Wirklichkeit haben sie diese Traditionen bis zur Unkenntlichkeit verzerrt. Der Kommunismus ist zu einem Dogmatismus erstarrt, der in unvereinbarem Gegensatz zum kritischen Geist des Marxismus steht.“

Der demokratische Sozialismus ist eine internationale Bewegung, die keineswegs eine starre Gleichförmigkeit der Auffassung verlangt. Gleichviel, ob Sozialisten ihre Überzeugung aus den Ergebnissen marxistischer oder anders begründeter Analyse oder aus religiösen oder humanistischen Grundsätzen ableiten, alle erstrebten ein gemeinsames Ziel: eine Gesellschaftsordnung der sozialen Gerechtigkeit, der höheren Wohlfahrt, der Freiheit und des Weltfriedens.“⁷²⁾

Im Aktionsprogramm der SPD, beschlossen auf dem Berliner Parteitag im Juli 1954, heißt es, in Übereinstimmung mit der oben zitierten Erklärung der Sozialistischen Internationale:

Die sozialistischen Ideen sind keine Ersatzreligion ... In Europa sind Christentum, Humanismus und klassische Philosophie geistige und sittliche Wurzeln des sozialistischen Gedankengutes ... Die SPD weiß sich einig mit den Sozialisten aller Länder: Gleichviel, woher Sozialisten ihre Überzeugung ableiten, alle erstreben ein gemeinsames Ziel ... Die Sozialisten kämpfen für die Gleichberechtigung aller Menschen und für ihre geistige, politische und wirtschaftliche Freiheit ...“⁷³⁾

Also auch in dieser Frage besteht zwischen den Auffassungen der Sozialdemokraten und Kommunisten ein unüberbrückbarer prinzipieller Gegensatz.

VIII. Die Haltung der Sozialistischen Internationale

Die gleiche konsequente Haltung gegenüber dem Kommunismus wie die deutsche Sozialdemokratie nahm auch die im Juli 1951 in Frankfurt am Main neugegründete Sozialistische Internationale ein. Die damals unter maßgeblicher Mitwirkung von Dr. Schumacher und dem heutigen Vorsitzenden der SPD, Ollenhauer, beschlossene Erklärung über die „Ziele und Aufgaben des demokratischen Sozialismus“ enthielt eine theoretisch völlig eindeutige Ablehnung der Theorie und Praxis des Kommunismus. Die Erklärung, die eines der wichtigsten Dokumente der

prinzipiellen Auseinandersetzung zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus in der Gegenwart ist, stützte sich insbesondere auf die mit den Kommunisten seit der Errichtung der Sowjetdiktatur in Rußland gemachten Erfahrungen. Dazu wurde u. a. ausgeführt:

„Seit der bolschewistischen Revolution in Rußland hat der Kommunismus die internationale Arbeiterbewegung gespalten und dadurch die

67) Dr. Schumacher, Rede in Berlin, August 1951.

68) Dr. Schumacher, Biographie, Fried Wesemann, S. 109.

69) Dr. Schumacher, Rede im Bundestag, März 1951.

72) Protokoll der Sozialistischen Internationale, Juli 1951.

73) Protokoll SPD-Parteitag, Berlin 1954.

66) Dr. Schumacher, Protokoll SPD-Parteitag, Düsseldorf 1948.

70) Dr. Schumacher, Rede in Berlin, Oktober 1946.

71) Dr. Schumacher, Protokoll SPD-Parteitag, Düsseldorf 1948.

Verwirklichung des Sozialismus in vielen Ländern um Jahrzehnte zurückgeworfen.

Während die Sozialisten durch die Überwindung der kapitalistischen Klassengesellschaft Freiheit und soziale Gerechtigkeit zu verwirklichen trachten, bemühen sich die Kommunisten, die Klassenzerrissenheit der Gesellschaft zu verschärfen, aber nur, um die Diktatur einer einzelnen Partei zu errichten.

Der internationale Kommunismus ist das Instrument eines neuen Imperialismus. Wo immer er zur Macht gekommen ist, hat er die Freiheit ausgerottet oder die Möglichkeit, sie zu erringen, vernichtet. Er stützt sich auf seine militärische Bürokratie und eine terroristische Polizei. Er hat eine neue Klassengesellschaft mit aufstrebenden Gegensätzen in Besitz und Vorrecht erzeugt. Zwangsarbeit ist ein wichtiger Faktor in seiner Wirtschaft.“⁷⁴⁾

Das totalitäre kommunistische Herrschaftssystem wurde in der Erklärung der Sozialistischen Internationale grundsätzlich abgelehnt und die Demokratie als Voraussetzung wirklichen sozialen Fortschritts und der Sozialismus als eine vollendete Form der Demokratie bezeichnet:

„Im Gegensatz zu totalitären Systemen, die dem Volk eine passive Rolle auferlegen, erheischt der Sozialismus die aktive Teilnahme des Volkes zu seiner Verwirklichung. Er wird damit zur höchsten Form der Demokratie.“

Es gibt keinen Sozialismus ohne Freiheit. Der Sozialismus kann nur durch die Demokratie verwirklicht, die Demokratie nur durch den Sozialismus vollendet werden.

Die Demokratie erfordert die Daseinsberechtigung von mehr als einer Partei und das Recht auf Opposition.“⁷⁵⁾

Dem kommunistischen Wirtschaftssystem, das ebenfalls prinzipiell abgelehnt wurde, stellte die Sozialistische Internationale in ihrer Erklärung vom Juli 1951 die sozialdemokratischen Wirtschaftsprinzipien entgegen. Über die von der Sozialdemokratie angestrebte Planung und Demokratisierung der Wirtschaft, wurde u. a. ausgeführt:

„Solche Planwirtschaft ist unvereinbar mit der Konzentration wirtschaftlicher Macht in den Händen weniger; sie erfordert eine wirksame demokratische Kontrolle der Wirtschaft.“

Der demokratische Sozialismus steht daher im scharfen Gegensatz zum Monopolkapitalismus wie zu jeder Form der totalitären Wirtschaftsplanung, denn diese Formen der Wirtschaftsorganisation schließen die öffentliche Kontrolle des Produktionsprozesses aus und sichern nicht eine gerechte Verteilung der Arbeitsprodukte.

Sozialistische Planung erfordert nicht die Kollektivierung aller Produktionsmittel; sie ist vereinbar mit der Existenz von Privateigentum auf wichtigen Gebieten, so zum Beispiel in der Landwirtschaft, im Handwerk, im Kleinhandel und in der Klein- und Mittelindustrie. Der Staat muß privat-kapitalistische Eigentümer hindern, ihre Macht zu mißbrauchen. Er kann und soll ihnen helfen zur Steigerung der Produktion und zur Vermehrung des Volkswohls im Rahmen der Gesamtplanung beizutragen.

Die Gewerkschaften und die Verbände der Produzenten und Konsumenten sind unerläßliche Faktoren einer demokratischen Gesellschaft; sie dürfen weder zu Werkzeugen einer Zentralbürokratie noch zu einem Ständesystem entarten. Diese Wirtschaftsverbände sollen, bei voller Wahrung der konstitutionellen Rechte des Parlaments, an der Gestaltung der Wirtschaftspolitik mitwirken.

Der demokratische Sozialismus erstrebt weit mehr als eine neue wirtschaftliche und soziale Ordnung. Wirtschaftliche und soziale Fortschritte finden ihre moralische Rechtfertigung in dem Maße, in dem sie der Befreiung und Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit dienen.“⁷⁶⁾

Wie die deutsche Sozialdemokratie, so erklärte sich auch die Sozialistische Internationale solidarisch mit den Sozialdemokraten und allen

nach demokratischen Freiheiten strebenden Menschen in den Ländern unter kommunistischer Diktatur. Die Sozialistische Internationale erklärte in ihrem Beschluß vom Juli 1951 ausdrücklich:

„Die Sozialisten erklären sich solidarisch mit den Völkern unter faschistischer oder kommunistischer Diktatur, die um ihre Freiheit ringen.“⁷⁷⁾

1. Nach dem XX. Parteitag der KPdSU

Nach dem XX. Parteitag der KPdSU, auf dem Chruschtschow an die Sozialdemokraten in den nichtkommunistischen Ländern die Aufforderung zur Zusammenarbeit mit den Kommunisten gerichtet hatte, wies die Sozialistische Internationale dieses Ansinnen sofort entschieden zurück und erklärte sich erneut solidarisch mit den Sozialdemokraten, die in den kommunistischen Staaten unterdrückt werden. Sie beantwortete die Äußerungen Chruschtschows mit der Forderung nach Herstellung demokratischer Freiheiten und damit nach freien Entfaltungsmöglichkeiten für sozialdemokratische Parteien, unabhängige Gewerkschaften und überhaupt alle demokratischen Kräfte und Organisationen. In einer ersten Stellungnahme auf der Tagung in Zürich am 4. März 1956 wurde erklärt:

„Die auf dem jüngsten Parteitag der KPdSU zutage getretenen Änderungen der kommunistischen Politik sind kein ausreichender Beweis einer echten Wandlung in den Prinzipien oder der Politik der kommunistischen Diktatur — und daher kein Grund, von der Haltung des demokratischen Sozialismus abzugehen, die in der strikten Ablehnung jeder Einheitsfront oder überhaupt jeder politischen Zusammenarbeit mit den Parteien der Diktatur besteht.“

Als Mindestmaß der Vorbedingung, die für die Möglichkeit auch nur einer Besprechung auf internationaler Ebene geschaffen werden müsse, erachtet der Generalrat der Sozialistischen Internationale die Wiederherstellung wirklich freier demokratischer Arbeiterbewegungen in allen jenen Ländern, in denen sie bestanden haben und durch die kommunistische Diktatur unterdrückt oder ausgetilgt wurden.“⁷⁸⁾

Am 7. April 1956 faßte das Büro der Sozialistischen Internationale zur gleichen Frage auf der Tagung in London einen Beschluß der u. a. folgendes sagte:

„Sozialismus und Kommunismus haben nichts miteinander gemein. Die Kommunisten haben die wahre Idee des Sozialismus verzerrt. Wo immer sie an der Macht sind, haben sie jede Freiheit, jedes Recht der Arbeiter, jeden politischen Fortschritt und jeden menschlichen Wert entstellt, die die Sozialisten in einem generationslangen Kampf errungen haben.“

Wir glauben an die Demokratie, sie verwerfen sie. Wir glauben an die Menschenrechte; sie spotten ihrer.

Stalins abermaliger Tod hat daran nichts geändert. Seine Verdammung durch jene, die — ob aus feiger Furcht oder aus wirklicher Mitschuld — ihm früher bei seinen Verbrechen beigestanden und seine Missetaten gepriesen haben, hat den Charakter des kommunistischen Regimes nicht wesentlich geändert.

Auch unter einer kollektiven Führung bleibt es eine Diktatur; und was jetzt ‚Leninismus‘ genannt wird, ist nichts als eine frühere Ausgabe der Fehlauffassungen und Freveltaten des Stalinismus.

Wir nehmen den angeblichen Wunsch der Kommunistischen Partei der Sowjetunion nach gewissen Formen der Zusammenarbeit mit sozialistischen Parteien zur Kenntnis.

Aber wo immer sozialistische Parteien in den von den Russen beherrschten Teilen der Welt mit ihnen zusammen gearbeitet haben, wurden sie vernichtet, zur Verschmelzung gezwungen oder sonst ausgemerzt. Durch die rücksichtslosen Methoden einer Diktatur, die sich wie zum Hohn ‚Volksdemokratie‘ nennt.

Wir können auch nicht vergessen, daß den Sozialisten in den Ländern des Sowjetblocks jedes politische Recht verweigert wird und daß dort

74) Protokoll der Sozialistischen Internationale, Juli 1951.

75) Protokoll der Sozialistischen Internationale, Juli 1951.

76) Protokoll der Sozialistischen Internationale, Juli 1951.

77) Protokoll der Sozialistischen Internationale, Juli 1951.

78) Tagung der Sozialistischen Internationale, Zürich, März 1956.

noch viele im Kerker schmachten, deren einziges Verbrechen es war, „an mehr als einen Weg zum Sozialismus zu glauben“.

Der Generalrat der Sozialistischen Internationale hat daher bereits erklärt, daß die jüngste Wandlung der kommunistischen Taktik, keinen Anlaß zur Änderung der Stellungnahme des demokratischen Sozialismus bietet, daß er jede Einheitsfront oder andere Form politischer Zusammenarbeit mit den Parteien der Diktatur ablehnt.

Während die Sozialistische Internationale somit jede Form der Zusammenarbeit mit den kommunistischen Parteien ablehnt, begrüßt sie jede Zusammenarbeit der Regierungen, die die friedliche Lösung strittiger Probleme erleichtert.

Wir erklären von neuem, daß es ohne Freiheit keinen Sozialismus gibt. Der Sozialismus kann nur durch die Demokratie verwirklicht werden, die Demokratie kann nur durch den Sozialismus vollendet werden.

Nur der demokratische Sozialismus eröffnet den Arbeitern der ganzen Welt den sicheren Weg zu ihrer Emanzipation und den Völkern der Welt den Weg zu einer vollkommenen Lebensform.“⁷⁹⁾

2. Erich Ollenhauer gegen Aktionseinheit und „Volksdemokratie“

In voller Übereinstimmung mit diesen Beschlüssen der Sozialistischen Internationale erklärte der SPD-Vorsitzende Ollenhauer auf dem SPD-Parteitag in München im Juli 1956 zum gleichen Thema folgendes:

„Die Radikalität in der Abwendung vom Stalinkurs und die geradezu dramatische Unerwartung dieser Abwendung durch die Geheimrede von Chruschtschow auf dem Parteikongreß (der KPdSU) machen deutlich, daß es sich hier um mehr handelt, als um eine neue Taktik oder um eines der üblichen Manöver. Allerdings sollte sich niemand der Illusion hingeben, daß es sich bei der neuen Haltung der Machthaber in der Sowjetunion um eine grundsätzliche Änderung des Wesens der Kommunistischen Partei Rußlands oder des bolschewistischen Systems in der Sowjetunion handelt. Wir haben es weiterhin in der Sowjetunion mit einem bolschewistischen Staatswesen zu tun. Ob sich aus den gegenwärtigen Veränderungen in der Politik dieser Partei und im Staatssystem der Sowjetunion selbst später Entwicklungen in der Richtung einer grundsätzlichen Wandlung des Systems ergeben, ist eine offene Frage ...

Ich möchte hier noch einmal unterstreichen ... daß wir es auch nach der Wandlung der russischen Politik und nach der Verkündung des Antistalinkurses bei den Kommunisten nach wie vor mit Kommunisten zu tun haben. Wir haben es auch nach wie vor bei den von ihnen beherrschten Ländern mit kommunistischen Diktaturstaaten zu tun, die nach wie vor die elementaren Freiheitsrechte der Völker, und vor allem auch die Grundrechte der arbeitenden Menschen und ihr Verlangen nach menschenwürdigen und freiheitlichen Lebensbedingungen, unterdrücken.

Wie unverändert groß die Spannungen zwischen Freiheit und Recht auf der einen und Gewaltherrschaft und Terror auf der anderen Seite immer noch sind, hat der Arbeiteraufstand in Posen in beispielhafter Weise noch einmal deutlich gemacht. Wir deutschen Sozialdemokraten stehen mit unserer vollen Sympathie und Solidarität auf der Seite der aufständischen Arbeiter in Posen.

Der Aufstand der Arbeiter in Posen war der zweite 17. Juni 1953 des Freiheitskampfes der arbeitenden Menschen in Mittel- und Osteuropa. Wir haben schon davon gesprochen, daß auf diesem Parteitag in unserer Mitte einige der Genossen weilten, die als sozialdemokratische Kämpfer für Freiheit und Recht viele Jahre in den Gefängnissen und Zuchthäusern der Zone oder in den Arbeitslagern Sibiriens gelebt und gelitten haben ... Sie sind als Sozialdemokraten zu uns zurückgekommen, aufrecht und ungebrochen, und ihnen gegenüber und allen denen, die immer noch auf ihre Freiheit warten, haben wir die Verpflichtung, der Sache des freiheitlichen Sozialismus treu zu bleiben und an dem Grundsatz festzuhalten, daß es zwischen freiheitlichem Sozialis-

mus und kommunistischer Diktatur keine Gemeinschaft gibt und es auch in Zukunft nicht geben wird.

Die SPD steht uneingeschränkt hinter dem Beschluß der Sozialistischen Internationale vom März dieses Jahres, in dem jede Zusammenarbeit zwischen sozialistischen Parteien abgelehnt wird.

Ich möchte diese Feststellung mit dieser Eindeutigkeit nicht nur deshalb treffen, damit in der deutschen Öffentlichkeit keine Zweifel über unsere Haltung aufkommen, sondern ich möchte auch die deutschen Kommunisten vor der Illusion bewahren, daß sie ihr Sektendasein durch eine neue Periode der Aktionsgemeinschaft von unten oder der Volksfrontvorstellungen überwinden könnten. Ich möchte auch, daß die Regierung der Sowjetunion ... davon Kenntnis nimmt, daß die Sozialdemokratische Partei, ihre Mitglieder und ihre Anhänger – trotz aller ihrer scharfen Gegnerschaft zu der gegenwärtigen deutschen Bundesregierung – auf dem Boden der parlamentarischen Demokratie stehen, wie sie in dem mit unseren Stimmen verabschiedeten Grundgesetz niedergelegt ist, und daß sie niemals auf eine freiheitliche, demokratische Ordnung in diesem Staat verzichten werden. Es gibt keine mildere oder retuschierte Form der Volksdemokratie, basiert auf der Ein-Parteien-Herrschaft der Kommunisten, die für die deutschen Sozialdemokraten annehmbar wäre.“⁸⁰⁾

3. Zur Entwicklung in Polen und Ungarn

Wie richtig die Einschätzung der Lage in den kommunistischen Staaten war, zeigte die Entwicklung in den folgenden Monaten, die politische Umwälzung in Polen und der Volksaufstand in Ungarn. Während und nach diesen Ereignissen brachte die Sozialistische Internationale ihre Solidarität mit der Opposition in Polen und den Aufständischen in Ungarn zum Ausdruck und erhob erneut ihre Forderung nach demokratischen Freiheiten in allen vom Kommunismus unterdrückten Ländern. Der Generalrat der Sozialistischen Internationale nahm auf der Tagung in Kopenhagen (30. November bis 2. Dezember 1956) die folgende Entschliebung an:

„Im Namen des freiheitlichen Sozialismus erheben wir feierlichen Protest gegen Rußlands Krieg gegen das ungarische Volk. Das Vorgehen der Sowjetregierung ist die brutale Verneinung der humanitären und freiheitlichen Grundsätze des Sozialismus.

Die Sozialistische Internationale fordert im Namen des demokratischen Sozialismus das Recht auf Selbstbestimmung für jede Nation, ein Recht, das einst auch in der Sowjetunion proklamiert wurde. Sie fordert das Recht auf Bildung freiheitlicher und demokratischer Parteien in allen heute noch halb oder ganz kolonialen Ländern Osteuropas.

Vor allem fordert die Sozialistische Internationale für Ungarn die sofortige Durchführung des Beschlusses der Vereinten Nationen auf Abzug der russischen Truppen und Zulassung von Beobachtern der Vereinten Nationen. Darüber hinaus fordert sie die Zurückziehung der russischen Truppen aus allen von ihnen besetzten Ländern Osteuropas. Der Freiheitwille dieser Völker, denen der offenkundige moralische und politische Zusammenbruch des Kommunismus neue Kraft verleiht, darf nicht durch die russischen Panzer in einem Blutbad erstickt werden.

Die Sozialistische Internationale fordert die Erfüllung zumindest der grundlegenden Voraussetzung, die die Internationale in der Tagung ihres Generalrats in Zürich aufgestellt hat: die volle Wiederherstellung einer freien demokratischen Arbeiterbewegung in allen Ländern in denen sie vor der Unterwerfung durch den russischen Imperialismus bestanden hat. Sie erhebt darüber hinaus die Forderung nach sofortiger Zulassung dreier ihrer Vertreter nach Ungarn, damit diese an Ort und Stelle die Lage feststellen und als Abgesandte von 12 Millionen demokratischer Sozialisten der ganzen Welt mit den ungarischen Arbeitern sprechen können.“⁸¹⁾

80) Protokoll SPD-Parteitag, München 1956.

81) Sozialistische Internationale, Kopenhagen, Nov./Dez. 1956.

79) Sozialistische Internationale, London, April 1956.

IX. Aspekte

Im gesamten sowjetischen Machtbereich, besonders jedoch an der Peripherie, in Ungarn und Polen, kommt immer stärker das Verlangen der Volksmassen nach einer Vermenschlichung der staatlichen und gesellschaftlichen Formen zum Ausdruck. Es zeigt sich in einer wachsenden Opposition der Jugend und in der Auflehnung von Mitgliedern und Funktionären gegen den Diktaturapparat der kommunistischen Staatsparteien.

Die Tendenz dieser Entwicklung kennzeichnete die junge polnische Kommunistin Edda Werfel in den Tagen des „polnischen Oktober“ in folgender Weise:

„Ein Gespenst geht um in Osteuropa — das Gespenst des menschlichen Sozialismus; und es schreckt nicht nur die Kapitalisten, sondern auch die Stalinisten.“ ⁸²⁾

An einer anderen Stelle heißt es:

„Die stalinistische Arbeiterbewegung endet und muß enden! Jedoch sind wir der Meinung, daß neben Stalinismus und Kapitalismus noch ein dritter Ausweg — nämlich der Sozialismus existiert.“ ⁸³⁾

Was unter den kommunistischen Kadern vor sich geht, wurde von Jadwiga Siekierska, einer Veteranin der Kommunistischen Partei Polens, mit folgenden Worten geschildert:

„Fast jeder Kommunist erlebt entweder eine Art Tragödie oder eine Krise. Darüber diskutiert man in den Versammlungen, darüber spricht man in den kommunistischen Familien, und auch die dramatischen, stürmischen Diskussionen der Parteimitglieder untereinander kommen nicht zur Ruhe ... Im Zusammenhang mit der ungarischen Tragödie taucht erneut in ihrer ganzen Schärfe die Frage auf: Heiligt der Zweck die Mittel? Konkret ausgedrückt: Kann der Kommunismus im Rahmen seines entpersonalisierten abstrakten Ziels oder im Rahmen eines Nahziels, die Erhaltung der Macht um jeden Preis, die Vergewaltigung der nationalen Souveränität, die Aggression und den Terror rechtfertigen? ... ‚Ein Ziel, das ungerechte Mittel verlangt, ist kein gerechtes Ziel‘, schrieb einmal Karl Marx. Wir sollten uns an diese Worte erinnern, wenn wir heute die Weltsituation beurteilen. Dieses Problem quält das Gewissen vieler Parteifunktionäre, kommunistischer Schriftsteller und Publizisten.“ ⁸⁴⁾

An einer anderen Stelle sagt die Verfasserin:

„Der Kommunismus wird zum leeren Geschwätz und der Marxismus zur toten Lehre, wenn man aus unserer Bewegung die moralischen Instinkte eliminiert und unserer Lehre den humanistischen Sinn nimmt.“ ⁸⁵⁾

Diese und viele andere Äußerungen von Mitgliedern und Funktionären der kommunistischen Parteien und auch der überall in den kommunistischen Staaten von oben eingeleitete Feldzug gegen „Sozialdemokratismus“ und „Revisionismus“, die Forderungen aus den Reihen der Parteintelligenz nach Abbau des diktatorischen Zentralismus in Staat, Wirtschaft und auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens, zeigen deutlich das Ausmaß des Transformationsprozesses im sowjetischen Machtbereich und gleichzeitig, trotz aller Unterdrückung, die Wirksamkeit der Ideen der Sozialdemokratie. Von hier aus erwächst der kommunistischen Diktatur die stärkste Bedrohung.

Kommunistische Diktatur und Sozialdemokratie stehen sich unverändert mit der gleichen Unversöhnlichkeit gegenüber wie seit Beginn der politischen Tätigkeit Lenins an der Jahrhundertwende und vor allem seit der Errichtung der kommunistischen Diktatur in Rußland im Jahre 1917.

Die Entwicklung hat bestätigt, daß die prinzipiellen Gegensätze unüberbrückbar sind und sich wie Freiheit und Unterdrückung gegenseitig ausschließen. Wir können diese Darlegung des Kampfes zwischen

Sozialdemokratie und Kommunismus, wie er seit der schicksalhaften Spaltung der russischen Sozialdemokratie vor über 50 Jahren durch Lenin unversöhnlich und kompromißlos geführt wird, abschließen mit einem zuversichtlichen Ausblick:

Der Veränderungsprozeß innerhalb der sowjetischen Gesellschaftsordnung, wie er gerade jetzt in unserer Zeit überall im sowjetischen Orbit spürbar wird, hat den Bankrott des Leninismus-Stalinismus offenbar werden lassen. Im Schoß der sowjetischen Gesellschaftsordnung selbst sind im Laufe der 40 Jahre ihrer Existenz die Kräfte gewachsen, die jetzt die Überwindung der kommunistischen Diktatur anstreben.

Die Veränderungen in der sowjetischen Basis bedingen die Veränderungen des gesellschaftlichen Überbaus, führen zu der Verschärfung der Widersprüche zwischen Sein und Bewußtsein und bestimmen den sozialen und politischen Spannungszustand der sowjetischen Gesellschaftsordnung.

Keine Kraft des um seine Machtbehauptung kämpfenden reaktionären kommunistischen Apparates kann den Durchbruch der neuen gesellschaftlichen Kräfte auf die Dauer verhindern. Die Kampferfahrung der vergangenen Jahrzehnte sowie die im Zeitalter der zweiten industriellen Revolution entstehenden neuen Ideen und Perspektiven tragen entscheidend dazu bei, den Bankrott des Kommunismus evident zu machen. Das offensive Ideengut der Sozialdemokratie fördert diesen Entwicklungsprozeß.

Ein guter Kenner der sowjetischen Entwicklung, R. H. Bruce-Lockhart, schließt sein letztes Buch über die Sowjetunion mit der Erkenntnis:

„Es wäre unklug anzunehmen, daß Rußland ewig zum Extremismus verdammt sein muß.“ ⁸⁶⁾

Das ist eine Folgerung, die auch wir aus unserer Darstellung des Entwicklungsprozesses des Kommunismus ableiten können, unter einer Bedingung:

Dazu kann es nur kommen, wenn die permanente Wachsamkeit und die unabdingbare, offensive, ideologisch-politische Auseinandersetzung mit den reaktionären Ideen des Kommunismus so lange wirksam bleiben, bis die sowjetische Führung den illusionären Gehalt ihrer Eroberungspläne erkannt hat.

Eine Verkennung der kommunistischen Pläne führt zwangsläufig zu einer Stärkung des sowjetischen Wunschdenkens, der kommunistischen Aggressivität. Darum gilt es, weiterhin kompromißlos und entschlossen den Kampf gegen den Kommunismus zu führen.

Die deutsche Sozialdemokratie leistet im Kampf um den menschlichen Sozialismus, d. h. um soziale Gerechtigkeit, menschliche Freiheit, fortschrittliche Demokratie und das echte Selbstbestimmungsrecht der Völker einen entscheidenden Beitrag. Für den Kampf der deutschen Sozialdemokratie gegen den sowjetischen Herrschaftsanspruch sind die Worte verbindlich, die Kurt Schumacher uns als Vermächtnis überließ:

„... kämpferisch und aktiv zu sein und unsere Macht zu suchen im Erkennen und Verstehen des Gegners, in der Klugheit der Aufstellung unserer Ziele und in der Energie und Zähigkeit, von diesen Zielen nicht abzulassen.“ ⁸⁷⁾

Erich Ollenauer hat in einer grundsätzlichen Stellungnahme vom März 1957 „Warum nie Aktionseinheit mit den Kommunisten“ die gegenwärtige Aufgabe der Sozialdemokratie im Kampf gegen den Kommunismus wie folgt umrissen:

„Unter Dr. Kurt Schumacher erteilte die SPD 1945 auf die kommunistische Einheitsfront- und Verschmelzungsangebote eine entschiedene prinzipielle Absage. Das war eine Entscheidung von historischer Bedeutung für Deutschland und wahrscheinlich für die Entwicklung in Mittel- und Westeuropa. Miß Recht sagte Dr. Kurt Schumacher: ‚Wir haben nein gesagt zum Verlangen der Sowjets zur Zwangsvereinigung mit den Kommunisten. Wir haben damit ja gesagt zur Unverzichtbarkeit der

82) „Przeglad kulturalny“, Warschau, Nr. 44, 1956.

83) ebenda.

84) „Eine optimistische Tragödie?“ „Po prostu“, Warschau, Nr. 49, 1956.

85) ebenda.

86) „The two revolutions“ by R. H. Bruce-Lockhart, London 1957.

87) Dr. Kurt Schumacher: Reden und Schriften.

persönlichen und staatsbürgerlichen Freiheit. Was wäre aus Deutschland geworden, wenn wir ja gesagt hätten?“

Dieses prinzipielle Nein setzt die Sozialdemokratische Partei auch heute den kommunistischen Aufforderungen zur „Aktionseinheit“ entgegen. Sie richtet gleichzeitig an die Sowjetregierung die Aufforderung, gegenüber dem deutschen Volk und der deutschen Arbeiterbewegung endlich die jetzt besonders nachdrücklich herausgestellten Prinzipien der friedlichen Koexistenz, nämlich der Nichteinmischung, der Gleichberechtigung, und der nationalen Selbstbestimmung, praktisch anzuwenden und den Deutschen selbst die Gestaltung ihrer inneren Ordnung nach eigenen Vorstellungen zu überlassen. Dies geschieht in der Überzeugung, daß diese klare Haltung der Sozialdemokratischen Partei

Deutschlands dazu beitragen kann, eine positive Wandlung der sowjetischen Deutschlandpolitik herbeizuführen und auch die nach dem XX. Parteitag der KPdSU in den kommunistischen Staaten, besonders aber nach der polnischen Oktoberrevolution und dem heroischen Aufstand des ungarischen Volkes, in Fluß gekommene Entwicklung in freiheitlichem Sinne zu beeinflussen. In den inneren Auseinandersetzungen im kommunistischen Lager wird immer stärker eine wachsende Opposition gegen das grundlegende totalitäre Machtprinzip des Kommunismus wirksam, gegen die Diktatur der Parteiführung, die in der leninistischen Theorie als „demokratischer Zentralismus“ umschrieben wird. In dieser Situation wird die Herausstellung des demokratischen Sozialismus als Alternative zum totalitären Kommunismus den Klärungsprozeß unter den kommunistischen Kadern wesentlich fördern.

JOHANNES GAITANIDES

Volkskapitalismus – Romantik oder Realität?

Ein Gespenst geht um im Westen — das Gespenst des Volkskapitalismus. Ein Jahrhundert nach dem Kommunistischen Manifest — dessen Gespenst sich nur dort verleibt hat, wo ihm der Kapitalismus nicht entgegenstand. Im Westen aber ging Marxens Rechnung nicht auf:

Das Kapital hat sich nicht des Staates bemächtigt. Es hat die Reichen nicht reicher, die Armen nicht ärmer gemacht. Statt in die Verelendung hat der Kapitalismus die Arbeiter zu einem ungeahnt hohen Lebensstandard geführt, in die Vollbeschäftigung statt in die „industrielle Reservearmee“ der Arbeitslosigkeit. Der Mittelstand wurde nicht zwischen Kapitalisten und Proletariat zerrieben, er hat sich nach beiden Seiten hin mächtig verbreitert. Die Konzentration endete nicht im Monopolkapitalismus, und die Anhäufung des Kapitals kam nicht den wenigen Kapitalisten zugute, sondern den Unternehmen, die sich vom Kapital emanzipierten und ihr Eigentum weit streuten. Nicht mehr taumelt der Kapitalismus von Krise zu Krise; seit dem Tief von 1930 hat er sich gefestigt und ist zu neuen Entwicklungen ausgelaufen.

Kein Mythos hat die Neuzeit so bewegt wie der Marxismus — keiner hat so geirrt wie er. Dieser Irrtum war verständlich. Zur Zeit Marxens stand der Kapitalismus in seiner Pubertät, heute befindet er sich im Mannesalter. Damals gebärdete er sich als wildes Raubtier, heute ist er zum Haustier gezähmt.

An seiner Domestizierung waren viele Bändiger beteiligt: der Staat und der demokratische Wähler, die Gewerkschaften und die kommunistische Drohung, die Technik und nicht zuletzt die kapitalistische Wirtschaftsweise selber. Keine dieser Kräfte hatte Marx in seine Rechnung eingesetzt (und das ist weniger verständlich).

Die Freiheit hört auf und die Ausbeutung beginnt, wo die wirtschaftliche und die politische Macht in einer Hand liegen. Solche Konzentration der Macht hat der Kapitalismus nicht zu erringen vermocht; daran hinderte ihn das freie, allgemeine und geheime Wahlrecht des demokratischen Staates, in dem das natürliche Übergewicht der nichtkapitalistischen Stimmen zum Zuge kam. Gewiß hat der Kapitalismus immer wieder versucht, sich in der Politik Geltung zu verschaffen — nicht aber mit dauerndem und nie mit ausschließlichem Erfolg: einmal weil die Interessen von Industriekapital, Handel und Grundbesitz zu weit auseinanderlaufen, um sich zu einer ständigen Aktionsgemeinschaft ver-

bünden zu können. Und seit sich andere Gruppeninteressen, allen voran die Gewerkschaften, politisch organisierten, sind die Kapitalisten von der Offensive in die Defensive abgedrängt, Glied nur noch einer pluralistischen Gesellschaft, in deren Chor sie nur eine von vielen Stimmen haben. Dabei ist die politische Neutralisierung des Kapitalismus weniger fortgeschritten in den Demokratien, die ihnen im Vielparteiensystem die Gelegenheit zu einer eigenständigen Interessenvertretung geben; sie ist weiter fortgeschritten in den Zweiparteienstaaten der angelsächsischen Länder, wo jede Partei das gesamte Volk repräsentieren und dessen Gruppeneigenschaften schon in sich ausgleichen muß, will sie im Rennen bleiben.

Der Staat hat aber auch das wirtschaftliche Aktionsfeld des Kapitalismus eingeengt, indem er selber Unternehmer wurde — und nicht nur im Verkehrs- und Energiewesen. In Großbritannien ist mehr als ein Drittel des Industriepotentials in der öffentlichen Hand, in Frankreich kaum weniger, in den USA beschäftigt der Staat 12 Prozent aller Arbeitskräfte. Bei uns schließlich untersteht ein Drittel aller Aktienkapitalien dem Gemeinbesitz, und das Produktionsmittelvermögen von Bund, Ländern und Gemeinden beläuft sich — ohne Grundbesitz und Verwaltungsgebäude — auf rund 100 Milliarden D-Mark! Von einem reinen Kapitalismus kann daher auch im Westen nicht mehr die Rede sein. Öffentliche und private Wirtschaft begegnen sich in einem System der wechselseitigen Durchdringung, der Ergänzung und Konkurrenz.

Doch die staatliche Intervention schnürt die kapitalistische Willkür auch nach innen zu ein, auf ihrem eigenen Arbeitsfeld: durch Arbeitsrecht und Arbeitsschutz. Die steile Progressivbesteuerung verengt die Profitgrenze. So kommen die Aktionäre der bayerischen Energieunternehmen auf eine Dividende von einem Prozent des Umsatzes — der Staat heimst das Elffache davon an Steuern ein. Zehn Maschinenbauanstalten, mit zusammen 300 Millionen D-Mark Grundkapital, erwirtschafteten einen nur zum Teil ausgeschütteten Reingewinn von 79,6 Millionen D-Mark — ihr Steueraufwand betrug 473,6 Millionen D-Mark, das Sechseinhalbfache des Gewinns. Von 1929 bis 1955 stiegen in den USA die Umsätze der Industrie um das Dreieinhalbfache, die Dividendensumme um das 1,7fache — die Steuerleistungen aber vermehrten sich im gleichen Zeitraum um das Sechzehnfache! So wurde der Staat zum Hauptnutznießer des kapitalistischen Profits, und er verwendet seine

Gewinnbeteiligung zu einem unaufhörlichen Lastenausgleich zwischen arm und reich.

Die Eingriffe des Staates in die kapitalistische Wirtschaft gehen noch tiefer: durch Zölle, Subventionen, Kontingentierungen beeinflußt er den Absatz und die Preise, durch seine Zins-, Kredit- und Steuerpolitik beeinflußt er die Investitionen, die Produktivität und das Produktionsvolumen. Mit diesen indirekten Lenkungsmitteln, ergänzt noch durch das öffentliche Auftragswesen, bekam der Staat ein ausreichendes Instrumentarium in die Hand, um mittels Krisenbekämpfung und Konjunkturförderung die Gesamtwirtschaft zu stabilisieren. So hat im Zeitalter der „gemischten Wirtschaft“ der Staat als konkurrierender Unternehmer dem Kapitalismus räumlich Grenzen gezogen, er übt eine indirekte Kontrolle über seine Aktivität aus und schöpft seinen Hauptprofit ab.

Damit sind dem Kapitalismus die Giftzähne gezogen — die in seinem Naturzustand von Marx richtig diagnostizierten Giftzähne. Daß man ihm diese ziehen könne und nicht gleich das ganze Tier umbringen müsse, auf diesen Gedanken freilich wollte Marx nicht kommen. Das wilde Raubtier von damals und das gezähmte Haustier heute immer noch in den Stall eines Begriffes — „des“ Kapitalismus — zu stecken, solche terminologische Schlamperei geht auf das Konto unsrer Wortträgheit, wenn nicht des demagogischen Zwecks.

An der Extraktion der kapitalistischen Giftzähne waren nicht minder beteiligt: die Gewerkschaften, die Arbeiter selber also. Auch ihre Macht in der privaten Wirtschaft hatte Marx völlig verkannt. Diese Macht verdanken sie der Koalitionsfreiheit, und dem demokratischen Staat, der dafür sorgte, daß Löhne, Arbeitszeit, Urlaub und sonstige Arbeitsbedingungen den beiden Sozialpartnern zum freien Aushandeln überwiesen wurden. Damit war auch die Entscheidung über die materielle Existenz des Arbeiters der kapitalistischen Willkür entzogen. Der Unternehmer kann also nicht mehr die Löhne, und das heißt den Profit und die Höhe des Mehrwertes nach Gutdünken festsetzen — dem hat die Streikwaffe ein Ende gemacht. Und über die Löhne gewannen die Gewerkschaften auch Einfluß auf die Preise; durch die überbetriebliche Mitbestimmung haben sie sich in der Montanindustrie sogar schon einen Platz in den kapitalistischen Direktionszimmern erkämpft. Ihren Forderungen geben die sozialdemokratischen Parteien politischen Ausdruck. Schließlich hat der Kommunismus das Seine getan, den Kapitalismus zu zähmen; er macht es der Unternehmerschaft zum Lebensgebot, einer Radikalisierung der Wählermassen vorzubeugen. So haben die Gewerkschaften entscheidend mitgewirkt, den Kommandokapitalismus in einen

Verhandlungskapitalismus zu überführen, und die Ausbeutung in den Ausgleich der Interessen; sie haben den kapitalistischen Profitmotor durch ein sozialwirksames Bremssystem gedrosselt.

Diese Entwicklung bezeugt sich in Amerika in den folgenden Verschiebungen: Von 1929 bis 1955 stiegen die Umsätze der Industrie um das Dreieinhalbfache, die Löhne und Gehälter um das Vierfache, die Dividenden aber nur um das 1,7fache. Und in der gleichen Zeit erhöhte sich der Anteil der Löhne und Gehälter von 57 auf 69 Prozent des Nationaleinkommens, der Anteil der Dividendenerträge fiel jedoch von 6,6 auf 3,3 Prozent. Verhielten sich 1929 die Unternehmergewinne zu den Lohnsummen wie 1 zu 9,3, so 1956 nur noch wie 1 zu 16. Das heißt: die Dividendengewinne haben sich während der letzten 25 Jahre im Vergleich zu den Löhnen und Gehältern auf die Hälfte reduziert; ihre reale Kaufkraft hat, unter Berücksichtigung der Dollarentwertung, trotz der gewaltigen Produktionsausweitung den Stand von 1929 nicht einmal gehalten. Der kapitalistische Profit ist also ganz erheblich zusammengeschrumpft — und dazu teilen sich nun in ihm noch sehr viel mehr „Kapitalisten“. Der kapitalistische Kuchen ist kleiner geworden, und mehr Leute essen davon.

Dafür sorgt auch die technische Entwicklung. Marx hatte die Zusammenballung der Industrieproduktion in immer größeren Werks- und Kapitaleinheiten richtig vorausgesehen — wengleich sie sich längst nicht über alle Produktionszweige erstreckt hat. Auch seine Folgerung von der konsequenten Weiterentwicklung dieses Prozesses zum Monopolkapitalismus hätte sich wohl verwirklicht, hätte ihm der demokratische Staat nicht rechtzeitig einen festen Damm entgegengestellt: mit seiner Antikartell- und Antimonopolgesetzgebung, die — hier mit mehr, dort mit weniger Erfolg — die Monopol tendenz auf der vorletzten Stufe auffing und beim Oligopol zum Halten brachte. Beim Oligopol, in dem sich ein Produktionszweig nicht in einer, sondern in einigen wenigen Riesengesellschaften konzentriert, wie überall im Bergbau, in der Stahl-, Auto-, Erdöl- und chemischen Industrie. Im Oligopol ist nun das technische Leistungsoptimum erreicht, ohne daß ihm — wie beim Monopol — der Wettbewerb geopfert wird, dieses Lebenselixier der freien Wirtschaft. Aber die Technik selber sorgt meist von sich aus schon für die Erhaltung des Wettbewerbs: so etwa durch die Konkurrenz des Aluminiums zum rostfreien Stahl, durch die Entwicklung neuer Kunststoffe im Auto karosseriebau, durch die Konkurrenz der Ölheizung zur Kohlenfeuerung, oder durch den Wettbewerb des Flugzeugs mit Schiff und Eisenbahn, des Lkw. zur Güterachse.

Neues Eigentum und neue Kleinunternehmer

Die Gesellschaftskonzentration schluckt aber nicht nur das kleine Eigentum, sie produziert aus sich heraus auch neues Eigentum und neue Kleinunternehmer. Man denke nur an die zahlreichen Zubringerbetriebe, die sich am Rande der großen Industrie ansiedeln. An die unzähligen selbständigen Existenzen im Strahlungsfeld der Autoerzeuger: die Autohändler erster und zweiter Hand, die Garagen, Tankstellen, Reparaturwerkstätten, die Autoverleiher und Fahrlehrer, die Taxibesitzer und Transportunternehmer, die verschiedenen Spielarten des Drive in, die Verkaufsstellen von Reifen und Batterien. Nicht minder fruchtbar sind die Elektro-, Photo-, Radio-, Fernseh- und Filmindustrien in der Erzeugung von autonomen Hilfsbetrieben für Vertrieb und Instandhaltung; sie fordern ein hohes Maß von Geschick und Fachkönnen, das dem der alten Handwerksmeister kaum nachsteht. Die Konzentration hat also eine Gegenbewegung ausgelöst, deren dezentralisierende Tendenz den selbständigen Eigentümer erhält. Die Konzentration erdrückt den Kleinbetrieb nicht — sie braucht ihn: rund 80 Prozent der westdeutschen Arbeitnehmer sind in Betrieben unter 500, rund 55 Prozent in Betrieben unter 20 Belegschaftsangehörigen tätig. Und auf einen Selbständigen kommen in Frankreich zwei, in Deutschland fünf und in den USA zwölf Arbeitnehmer. Das Verhältnis von Selbständigen zu Arbeitnehmern ist also selbst im amerikanischen Fall noch keineswegs beunruhigend. Auch mit dieser zwangsläufigen Selbstkorrektur des Kapitalismus hat die marxistische Prophetie nicht gerechnet; wider ihre Voraussage verrin-

gerte sich der Arbeiteranteil an den Gesamtbeschäftigten Westdeutschlands von 47,4 Prozent im Jahre 1882 auf 43,2 Prozent im Jahre 1950.

Die industrielle Konzentration betätigt sich als Eigentumsproduzentin aber auch im eigenen Haus. Das industrielle Wachstum verlangt ja immer größere Kapitaleinsätze, die das Einzelvermögen schon längst nicht mehr aufbringen kann. An seine Stelle tritt daher die Kapitalgesellschaft, die sich aus einer Vielzahl von Aktienbesitzern von kleinen Aktionären rekrutiert. Bei der größten amerikanischen Gesellschaft, der America Telephone and Telegraph Company, verteilten sich schon 1952 deren 33,2 Millionen Anteile auf 1,1 Million Aktionäre — und keiner von ihnen besaß mehr als ein Zwanzigstel Prozent des Gesamtkapitals. General Motors zählt 477 000, Ford 358 000, General Electric 253 000, Du Pont 138 000 Eigentümer. Sie zählen meist mehr Aktionäre als Arbeiter.

Mehr und mehr verdrängen Mr. Smith und Mr. Miller die Herren Ford und Rockefeller aus dem Eigentum; die New Yorker Wallstreet, einst Herrin über die amerikanische Industrie, hat ihre Macht abtreten müssen an die Mainstreet — an die Bewohner der kleinstädtischen Hauptstraße. Damit ist in Amerika schon der Tatbestand des Volkskapitalismus gegeben: das Eigentum an den Produktionsmitteln ist in die Hände der mittleren und kleineren Einkommensgruppen übergegangen.

Unter den 124 Millionen Steuerzahlern der Vereinigten Staaten sind 8,6 Millionen Besitzer von Aktien — 80 Prozent von ihnen wohnen in der Mainstreet und haben ein Jahreseinkommen unter 15 000 Dollar. Weit größer noch ist der indirekte Anteil des kleinen Mannes am Industriebesitz. Von 1951 bis 1956 verdoppelten die amerikanischen Pensionsfonds ihre Vermögen von 12,8 auf 24,3 Milliarden Dollar, die zu einem Drittel in Aktien angelegt sind. In der Hauptsache aber sammeln sich die Sparreserven des Volkes in den Lebensversicherungen: 90 Prozent der männlichen und 70 Prozent der weiblichen Bevölkerung Amerikas sind lebensversichert — insgesamt besitzen 103 Millionen Amerikaner Lebensversicherungspolice. Allein von 1940 bis 1955 stieg der Aktienbesitz der Lebensversicherungen von 600 Millionen auf 3,6 Milliarden Dollar. Noch schneller entwickelte sich das Wachstum der Investmenttrusts, jener Kapitalgenossenschaften, die sehr niedrig dotierte Anteile zum Erwerb breitgestreuter Wertpapiervermögen ausgeben; ihre Anlagen erhöhten sich im Zeitraum 1940 bis 1955 von einer auf neun Milliarden Dollar. Lebensversicherungen und Investmentfonds verwalten heute schon zusammen über ein Viertel des gesamten amerikanischen Aktienbesitzes. Hinzu kommen die Vermögen der Stiftungen mit 4,5 Milliar-

den und die Dotationsfonds der Hochschulen mit über 3 Milliarden Dollars, sie sind gleichfalls vorwiegend in Aktien angelegt.

Parallel zu dieser Entwicklung nimmt der industrielle Familienbesitz rapide ab. Er vermag das schnelle Wachstum der Produktion nicht mehr zu finanzieren; die hohen Einkommen- und Erbschaftsteuern verhindern die Ansammlung von neuen Großvermögen, ja, sie zwingen beim Generationenwechsel die Familien, ihre Mittel für die Vermögensübertragung durch Aktienverkauf rechtzeitig flüssig zu machen. Charakteristisch ist das Schicksal des Hauses Ford, das beim Tode seines Gründers in eine Stiftung verwandelt wurde. Sie gab im Frühjahr 1956 Aktien für 600 Millionen Dollar aus — so kam das größte Familienunternehmen Amerikas über Nacht in die Hände von einigen hunderttausend Einzelaktionären.

Dieser Prozeß hat die gesamte Groß- und Schlüsselindustrie ergriffen — der Einzelbesitz ist auf die kleinen Betriebe und auf die Sekundärindustrien zurückgedrängt. Das veranschaulicht die amerikanische Einkommensumschichtung. Von 1929 bis 1946 sank der Einkommensanteil des einen Prozents der Bevölkerung mit den höchsten Einnahmen von 19,1 auf 7,7 Prozent des Nationaleinkommens — inzwischen ist er noch weiter gefallen.

Eigentum an Produktionsmitteln demokratisiert

Die Konzentration der Produktion hat also nicht — wie Marx meinte — zur Konzentration des Kapitals geführt, sie hat im Gegenteil das Eigentum zersplittert und über weite Bevölkerungskreise verstreut. Die Aktie und die hohen Löhne haben es Herrn Jedermann ermöglicht, das klassische Monopol der professionellen Kapitalisten zu brechen und das Eigentum an den Produktionsmitteln zu demokratisieren. Und je weiter dieser Prozeß fortschreitet, um so tiefer sickert das industrielle Eigentum nach unten, in die Hände der kleinen Sparer.

Die großen Unternehmen selber sind die eifrigsten Förderer dieser Entwicklung. Sie zielen, in ihrem wohlverstandenen Interesse, auf die Umwandlung des Arbeitnehmers in einen Arbeitermitunternehmer. Wenn sie ihm aber Unternehmerfunktionen aufladen, dann müssen sie ihn auch am Unternehmergewinn beteiligen. Sie sind vor dieser Konsequenz nicht zurückgeschreckt: in unzähligen Formen beziehen sie ihre Belegschaftsmitglieder in den gemeinsam erarbeiteten Ertrag ein: durch Barausschüttungen, durch Pensionsfonds, durch die Ausgabe von Aktien, gratis oder zu besonders günstigen Bedingungen, welche die Arbeitnehmer zu Miteigentümern des eigenen Betriebes machen. Über 15 000 amerikanische Unternehmungen betreiben diese Praxis — in Deutschland an die 400, in England bereits ein Viertel aller Gesellschaften. Das ausschweifendste Exempel dieser Art ist wohl die Lincoln Electric Company in Cleveland, USA, die an ihre 1 228 Betriebsangehörigen allein 1953 5,1 Millionen Dollar, also 22 Millionen Mark Gewinnbeteiligung ausgab; in den zwanzig Jahren ihres Bestehens hat sie an die Arbeitnehmer, die bei ihr seit der Gründung tätig sind, im Durchschnitt je 230 000 D-Mark Gewinnbeteiligung ausgeschüttet. Das ist in dieser Höhe freilich ein Ausnahmefall. Aber es fehlt nicht an anderen erstaunlichen Beispielen. Unter den 1,1 Million Aktionären der Telephone and Telegraph Company befinden sich 250 000 Angestellte. Sears Robuck, eines der größten Einzelhandelsunternehmen, ist praktisch im Besitz seiner Angestellten. Bei uns gehen Mannesmann, Siemens, Demag und die IG. Nachfolge-Gesellschaften ähnliche Wege. Nordhoff pflegt den Gewinn des Volkswagenwerkes zu gleichen Hälften zwischen Kapital und Belegschaft zu teilen, nachdem diese schon vorher in den freiwilligen Sozialaufwendungen den Haupttrahm abgeschöpft hat.

Ein namhafter Wortführer dieser Entwicklung ist der deutsche Emigrant Robert Hartmann, Professor an der Columbus-Universität Ohio und Gründer einer Gesellschaft von 600 Gewinnbeteiligungsfirmen. Wir zitieren:

„Wir betrachten Erfolgsbeteiligung als eine Methode, welche die Vorteile und Verantwortlichkeiten des freien Unternehmertums auf jeden Teilnehmer im Produktionsprozeß ausdehnt — bei ‚jeden‘ meine ich jeden, vom Generaldirektor bis zum Laufburschen —, und die deshalb

aus dem sogenannten Kapitalismus der wenigen einen echten Kapitalismus macht, nämlich den für alle. Wir sagen immer: es ist nicht nur nicht wahr, daß der Kapitalismus im Absterben ist, er hat im Gegenteil — sozialpolitisch gesehen — noch gar nicht angefangen. Ein System kann erst dann kapitalistisch genannt werden, wenn alle Produktionsteilnehmer Kapitalisten sind.“

Die Aktie hat den Kapitalismus domestiziert — und damit gab sie der freien Wirtschaft die entscheidende Wendung. Auch bei uns, auch wenn wir der amerikanischen Entwicklung nur in weitem Abstand folgen: wenn wir dort von Hunderttausenden sprachen, so sind es bei uns Zehntausende. Mannesmann zählt bei 75 000 Belegschaftsmitgliedern 55 000 Aktionäre; bei Siemens und den Nachfolgegesellschaften verhält es sich ähnlich. Unsere Investmentgesellschaften haben in den zwei Jahren ihres Bestehens 200 Millionen D-Mark aufgebracht.

Die Aktie hat den Kapitalismus domestiziert, denn sie beherrscht die Großindustrie und die Schlüsselproduktionen. Sie ist der Pionier des technischen Fortschritts, sie bestimmt den Stil des Wirtschaftens, dem sich die anderen Unternehmungsformen notgedrungen angleichen müssen — kurz: sie bestimmt den Kurs der gesamten Wirtschaft. Mehr als die Hälfte der gesamten Industrieproduktion des Westens entfällt auf 1 500 Großunternehmungen — sie sind Aktiengesellschaften, abgesehen von den wenigen regelbestätigenden Ausnahmen. In Westdeutschland gab es 1950 2 560 Aktiengesellschaften, die mit zwei Millionen ein Drittel aller industriellen Arbeitnehmer beschäftigten; mit 25 Milliarden beanspruchten sie 30,6 Prozent unseres gesamten Industriekapitals, 38,5 Prozent aber trugen sie zum industriellen Umsatz bei. Wenn auf ihrem Feld der Großkapitalist in der Gestalt des Großaktionärs auch noch nicht ausstarb, so ist er als Eigentümer doch nicht mehr Alleinherrscher, sondern allenfalls primus inter pares — der erste unter gleichen.

Denn der Großkapitalist sieht sich nicht allein an der Eigentumsbasis, er ist auch von der Führungsspitze zurückgedrängt. Der unersättliche Investitionshunger der großen Produktion, die von ihm erzwungene Umwandlung des Personalunternehmens in die Kapitalgesellschaft — sie sprengen schließlich die alte Identität von Eigentum und Geschäftsleitung. Diese Trennung des Eigentums vom Eigentümer — das ist die Geburtsstunde des Managers, der das Vakuum ausfüllt, das durch den Rückzug des Eigentümers aus dem Eigentum entsteht.

Der Manager übt die Funktionen des Unternehmers aus, ohne Unternehmer zu sein — weder das Kapitalrisiko noch die Profitchance fällt ihm zu. Er ist also ein angestellter Unternehmer — kein geborener, sondern ein gewordener Unternehmer; er verdankt seine Laufbahn nicht dem Reichtum, nicht der Familienzugehörigkeit, sondern seinem Charakter,

seiner Fähigkeit und Ausbildung. Das macht ihn unabhängig — auch gegenüber den Eigentümern, deren Vielzahl seiner Selbständigkeit zugutekommt. Wohl hat er von ihnen sein Mandat, aber er versteht sich mehr noch als Treuhänder des Eigentums gegenüber dem Eigentümer. Ja, in seiner Person verselbständigt sich das Eigentum vom Eigentümer, verselbständigt sich der Betrieb vom Kapital. Natürlich sucht er den Interessen der Aktionäre möglichst gerecht zu werden, schon weil er sie vielleicht bei nächster Gelegenheit wieder anzapfen muß — aber er sieht die Dinge doch nicht mit den Augen des Eigentümers. In seinen Augen ist der Betrieb nicht für den Eigentümer da, sondern das Kapital für den Betrieb. Das Kapital ist für ihn nicht „Kapital“, sondern Produktionsmittel, die abstrakte Vorform der Maschine oder eine Art Tankstelle, bei der er sich von Zeit zu Zeit den Brennstoff für seinen Motor holt. Die Produktion aber ist ihm Selbstzweck, es geht ihm um die technische Perfektion, um das vollkommene Funktionieren, um das Gedeihen „seines“ Betriebes, dem er alles unterordnet — auch das Kapital. Im Manager erringt das Unternehmen den Primat vor dem Kapital, im Manager überwindet der Unternehmer den Kapitalisten. So demonstriert er, daß in der modernen Privatwirtschaft das Profitmotiv nicht die einzige und nicht die stärkste Triebfeder der unternehmerischen Aktivität ist.

Von dieser Unabhängigkeit des Managements, von dieser Unterord-

nung des Kapitals geben die Bilanzen der Gesellschaften deutlich Zeugnis; dort, wo die Rede ist von der Verteilung des erarbeiteten Gewinns. Der größte Brocken fällt zunächst wieder in den Betrieb zurück, zum weiteren Ausbau seines Produktionsapparates; der zweitgrößte Anteil geht in Form von freiwilligen Sozialaufwendungen, Prämien, Gratifikationen an die Belegschaft, und dann erst — mit erheblichem Abstand — kommen die Eigentümer an die Reihe.

Und das ist keine Ausnahme, das ist die Regel, auch bei uns. Im allgemeinen gibt die große Industrie 15 bis 20 Prozent der gesamten Lohnsumme freiwillig für soziale Zwecke aus. 104 bayerische Aktiengesellschaften leisteten auf je 100 D-Mark Dividende 211 D-Mark für freiwillige Sozialaufwendungen. 20 Unternehmungen zweigten an sie im Geschäftsjahr 1955/56 138 Millionen ab, an ihre Aktionäre 57 Millionen D-Mark. Darunter waren drei Gesellschaften, die keinen Pfennig Dividende ausschütteten, für die betriebliche Sozialpolitik aber 7 Millionen D-Mark aufgewendet hatten. In Amerika wird der freiwillige Sozialaufwand der gesamten Industrie derzeit auf 12 Milliarden Dollar jährlich veranschlagt. Der kapitalistische „Mehrwert“ also, dem Marxismus der Hauptstein des Anstoßes, hat sich eine exzessive Abmagerungskur gefallen lassen müssen — der Arbeitnehmer wurde, nach dem Staat, sein Hauptteilhaber.

Technisierung hebt Arbeits- und Lohnniveau

Die Hauptvoraussetzung aber für die Entwicklung zum Volkskapitalismus war die unaufhörliche Erhöhung der Löhne. Ihr ständiges Steigen wird nicht allein von den Gewerkschaften erzwungen, sondern mehr noch vom technischen Fortschritt, vom steten Wachstum der Produktion.

Marx hatte geglaubt, die Maschine werde den hochqualifizierten Facharbeiter mehr und mehr verdrängen und auf die Stufe des ungelerten Hilfsarbeiters zurückstoßen. Die Industrialisierung hat den entgegengesetzten Kurs eingeschlagen. Sie hat den Bedarf an Fachpersonal und vor allem an Angestellten gewaltig vermehrt. Trotz der erheblichen Zunahme der Arbeiterheere ist deren relativer Anteil an den Gesamtbeschäftigten in den letzten sieben Jahren von 47,4 Prozent auf 43,2 Prozent gesunken; die Angestellten und Beamten aber erhöhten ihren Anteil von sieben auf 17,8 Prozent. Und kam 1900 ein Ingenieur auf 250 Arbeiter und Angestellte, so heute schon auf 50, ja oft auf 15. Die Technisierung hebt also das Arbeitsniveau, und damit auch das Lohnniveau. Das aber heißt: die kapitalistische Industrialisierung bewirkt nicht — wie Marx gemeint hatte — die vermehrte Proletarisierung, sondern die schnelle Überführung des Arbeiterproletariats in die mittelständischen Schichten.

Die Erhöhung der Löhne war jedoch nicht allein ein technisches, sie war mehr noch ein wirtschaftliches Gebot der Selbstbehauptung des Kapitalismus. Die Technisierung steigert die Produktivität. Mußten beispielsweise 1950 bei uns für je 100 D-Mark des industriellen Umsatzes elfeinhalb Stunden aufgebracht werden, so sechs Jahre später nur noch sechseinhalb Stunden. Und auf Jahrzehnte gerechnet, multipliziert sich dieser Wachstumskoeffizient noch um ein Vielfaches. Nun ist aber die Produktion nicht Selbstzweck — man kann nur so viel produzieren, wie konsumiert werden kann. Zur Herstellung des unerläßlichen Gleichgewichts zwischen Erzeugung und Verbrauch müssen daher entweder die Arbeitsstunden verringert oder die Löhne erhöht oder die Preise herabgesetzt werden.

Die kapitalistische Wirtschaft hat aus ihren früheren Fehlern gelernt und geht nun alle drei Wege gleichzeitig. Die 48stündige Arbeitswoche — einst das Fernziel der Arbeiterbewegung — ist heute von der 45stündigen Arbeitswoche bereits unterboten; die amerikanische Arbeitswoche liegt sogar schon unter 40 Stunden. Nicht minder eindrucksvoll ist die Steigerung des Arbeitnehmerinkommens, das in Amerika seinen Anteil am Nationaleinkommen zwischen 1929 und 1956 von 57 auf 70 Prozent erhöht hat; nicht nur nominell, sondern auch real, da die Löhne schneller stiegen als die Preise.

Und zwar zwangsläufig. Die Massenproduktion, dieses Charakteristikum der modernen Industrie, setzt ja notwendig den Massenkonsum

voraus. Mit der Produktion möglichst vieler Güter ist es also nicht getan, der kapitalistische Unternehmer muß im Maße ihres Wachstums neue, zusätzliche Kaufkraft produzieren, muß neue Konsumenten erzeugen, wenn nicht er auf seinen Erzeugnissen sitzen bleiben und seine Maschinen verrostet lassen will. Verbraucher zu züchten, ihre Kaufkraft zu pflegen und zu erhöhen, das ist nun ein primäres unternehmerisches Interesse. Und mit nichts schadet sich der Unternehmer mehr als durch ausbeuterischen Profit. 1929, in der großen Krise, hat der amerikanische Kapitalist entdeckt, daß Ausbeutung dumm ist und selbstmörderisch. Damals entdeckte er: die alte Lehre stimmt nicht, daß Gewinn nur auf Kosten anderer, Reichtum nur auf dem Rücken der Arbeiter und Verbraucher zu haben sei. Vielmehr schätzt der moderne — und der erfolgreiche! — Unternehmer allein als „gutes“ Geschäft, das a l l e n Beteiligten Gewinn bringt. Und nicht angezweifelt wird das Gesetz, daß nichts so sehr Wohlstand erzeugt und erhält als der Wohlstand der anderen, und das heißt a l l e r anderen. Den Gewinn sucht daher der moderne Kapitalist nicht mehr in der hohen Gewinnspanne und nicht im hohen Mehrwert, sondern im hohen Umsatz, dem die niedrige Gewinnspanne vorausgesetzt ist.

So ist im modernen Kapitalismus der Demokratisierung des Eigentums die Demokratisierung des Konsums gefolgt. Jedes neue Industrieerzeugnis, das zunächst seine Käufer nur bei den obersten Schichten findet, jeder Luxusartikel verwandelt sich in der Hand des kapitalistischen Produzenten alsbald zum Massenartikel — wir erleben es bei uns gerade beim Auto und beim Fernsehapparat.

Diese Entwicklung hat der Kapitalismus genau zu dem Zeitpunkt in Gang gesetzt, da Marx ihm die Verelendung der Massen unterstellte. War der Lebensstandard der Völker vom alten Athen bis zur Hälfte des vorigen Jahrhunderts fast unverändert auf ein und derselben Stufe stehen geblieben, so hob er sich seither mit bestürzender Geschwindigkeit; ja der Wohlstand der Massen hat den der früheren Eliten schon teilweise überholt. Um es mit Karl Bednarik zu sagen: „Von der einfachsten Wurzelbehandlung bis zur kompliziertesten Herzoperation stehen heute für jeden Hilfsarbeiter medizinische Hilfen bereit . . . Nicht für Kaiser, König, Edelmann wurde jemals besser gesorgt. Du bist reicher als der Sonnenkönig.“

Und beim Konsumwohlstand bleibt es nicht. Die Lebens- und Verbrauchergewohnheiten bewegen sich auf einer bestimmten Stufenleiter. Zuerst werden die primären Bedürfnisse gestillt — Essen und Trinken. Auf der zweiten Stufe wendet sich das Verbraucherinteresse der Kleidung und Wohnung zu. Danach richtet sich der Konsumwille auf ein drittes Feld: auf Kino, Konzert, Theater und anderes Amüsement der „Freizeit-

industrie“, auf Reisen und „Bildung“, auf medizinische und juristische Hilfen, auf all die Dinge, die man auf den gemeinsamen Nenner der „Dienstleistungen“ zu bringen pflegt. Der Wohlstand eines Volkes läßt sich nun an der Verteilung seiner Ausgaben auf diese drei Verbrauchsfelder messen.

Um 1800 entfielen in Amerika 80 Prozent der Ausgaben auf die primären Produkte, und je zehn Prozent auf die sekundären und tertiären Konsumbereiche, auf die Industriegüter und die Dienstleistungen — in den kommunistischen Ländern dürfte diese Verbrauchsstaffelung noch heute gelten. In Amerika aber hat sich seither der Konsum mehr und mehr auf das tertiäre Feld der Dienstleistungen verlagert: 1936 beanspruchten sie 34,5 Prozent aller Ausgaben, und rund die Hälfte aller Berufstätigen in Amerika sind heute in der Sparte der „Dienstleistungen“ beschäftigt.

In Europa bahnt sich die gleiche Entwicklung an — wenn auch mit einiger Verspätung: kommt in den USA ein Auto auf 2,6 Personen, so im

westeuropäischen Durchschnitt auf 20. Indessen hat sich Amerika schon auf die vierte Stufe zubewegt, auf den Erwerb von Eigentum — von Eigentum nicht nur an den Wohnungen und Häusern (die derzeit schon zu 80 Prozent ihren Bewohnern gehören), sondern auch an den Produktionsmitteln: wie wir sahen, durch den Kauf von Aktien und indirekt durch den Erwerb von Investmentanteilen oder durch den Abschluß von Lebensversicherungen.

So ist in Amerika sowohl der Konsum wie die Produktion demokratisiert. Der Durchschnittsamerikaner von heute ist in einer Person Arbeitnehmer, Verbraucher und „Kapitalist“; da er alles drei in einem ist, muß er deren ursprüngliche Gegensätze in sich und außer sich überwinden, ausgleichen und versöhnen, denn anders zöge er sowohl als Kapitalist wie als Arbeitnehmer und als Verbraucher den Kürzeren. Diese Personalunion hat Amerika zur Heimat einer „klassenlosen Gesellschaft“ gemacht, die sich nicht mehr vertikal nach Eigentum und Besitz differenziert, sondern horizontal nach anderen Kriterien — nach Interessen, Leistung, Bildung und Berufen.

Rückführung des Arbeiters ins Eigentum

Volkskapitalismus — Romantik oder Realität? Auf diese Frage hat Amerika mit „ja“ geantwortet. Nicht mit der Theorie, sondern mit der Tat des „Volkskapitalismus“. Seine Gültigkeit macht aber an den Grenzen der Vereinigten Staaten nicht halt. Wir predigen daher auch keinen „Amerikanismus“, wenn wir für den „Volkskapitalismus“ eine Lanze brechen. Er bezeichnet vielmehr eine Stufe, auf die sich der Kapitalismus zwangsläufig hinentwickelt, nachdem er einen bestimmten Grad der Technisierung und der industriellen Konzentration überschritten hat. Amerika erscheint nur deshalb als seine zeitliche Heimat, weil es der Ort der fortgeschrittenen Konzentration und Technisierung ist. Weil es der Ort ist, an dem der Kapitalismus erstmals in seine volle Reife eintritt, indem er alle zu „Kapitalisten“ macht. Was Marx als die Todeskrämpfe des Kapitalismus ansah, das waren seine Geburtswehen.

Mag sich Marx im Grabe umdrehen: der Volkskapitalismus erfüllt in letzter Konsequenz die sozialistische Grundforderung — die „Reprivatisierung der Entprivatisierten“, die Rückkehr der „Enteigneten“ ins Eigentum. In der Richtung nach oben, während der Kommunismus — wie das bolschewistische Exempel lehrt — das Problem nach unten drückt und es unten festhält: im anonymen „Volkseigentum“, das für den Einzelnen nicht Eigentum ist, noch Eigentum sein kann, da es die Enteigneten in der individuellen Eigentumslosigkeit festhält. Marx hatte die Ursache der Proletarisierung in der Enteignung des Arbeiters erkannt, in der Trennung der Arbeit vom Eigentum. Nachdem sein Heilsrezept — die Überführung des Privateigentums in das Gemeineigentum — sich als Irrweg herausgestellt hat, wie anders kann da noch die Aufhebung der Vermassung und Ausbeutung vorgestellt werden als durch die individuelle Wiedereineignung, als durch die Rückführung des Arbeiters ins Eigentum?

Der zeitbedingte Grundfehler von Marx war wohl seine ausschließlich negative Einstellung zum individuellen Eigentum, das er als die Erbsünde schlechthin ansah, als den Keim aller Übel. Seine Verurteilung des Eigentums besteht zu recht, wo es monopolisiert ist — und zwar gleichgültig, ob es von Einzelpersonen und einer Klasse oder ob es vom Staat und einer Partei monopolisiert ist. Das Eigentum aber verwandelt sich aus einem Fluch zu einem Segen, wo es gleichmäßig und gerecht verteilt, wo die unheilvolle Trennung von Kapital und Arbeit aufgehoben wird. Die radikale Abschaffung des Eigentums ist nicht das Heil, sondern eine Lüge. Was da ist, gehört wem. Es kann nur den Eigentümer wechseln. Wird es der Person genommen, dann geht es an den Staat über, richtiger an dessen Funktionäre. Die bestmögliche, und das kann nur heißen: die am wenigsten üble aller Welten ist vielmehr die, in der das Eigentum an den Produktionsmitteln unter möglichst vielen, unter möglichst allen möglichst gleichmäßig verteilt ist — und zwar in der Identität von Arbeit und Kapital. Das Übel des Kapitalismus ist nicht das Eigentum, sondern das ungleiche Eigentum und seine Abspaltung von der Arbeit. Dieses sein Übel überwindet der Volkskapitalismus — der Staatssozialismus aber steigert es zum schlimmsten Exzeß.

Alle unsere Erfahrung — die des Kommunismus nicht anders wie die des Feudalismus und des Frühkapitalismus — bezeugt: Eigentumslosigkeit bedingt Unfreiheit. Eigentum aber ist ein anderes Wort für Unabhängigkeit. So gewiß die Freiheit etwas anderes und mehr ist als das Eigentum, so ist doch das Eigentum die materielle Basis der Freiheit. Oder um es noch genauer einzugrenzen: ohne Eigentum ist die Freiheit nicht zu haben. Eine Welt aber, die das Recht auf das private Eigentum als ein Unterpand der Freiheit verteidigt, widerlegt sich selbst und unterhöhlt ihre Grundlagen, wenn sie breite Schichten vom Besitz ausschließt.

Volkskapitalismus ist wirtschaftlich notwendig

Die Eigentumsfrage brennt uns heute mehr denn je auf den Nägeln, weil unseren Industrien die Umstellung auf Automation und Atomenergie bevorsteht, die riesiger Milliarden Kapitalien bedarf und das Eigentumsvolumen ungeheuer aufblähen wird — die Investitionskosten pro Arbeitsplatz in der vollautomatisierten Fabrik werden auf 600 000 D-Mark veranschlagt. Woher die Mittel? Aus ihren eigenen Taschen können sie die Unternehmer gewiß nicht aufbringen. Bleibt es in Europa bei den bisherigen Finanzierungsmethoden, bei der Kreditfinanzierung durch Banken und Staat, das heißt durch Sparer und Steuerzahler, dann werden zwar wir die neue Entwicklung bezahlen, der gewaltige neue Vermögenszuwachs aber wird dann entweder einen neuen Monopolkapitalismus züchten oder dem Staat in den Schoß fallen. Das eine können wir so wenig wünschen wie das andere. Wenn wir schon,

das Volk, die neue Runde der Industrialisierung bezahlen müssen, dann besser direkt als Eigentümer denn als Steuerzahler oder Sparer, als die wir nur neue Mächte schaffen würden, von denen wir nichts als die Verringerung unserer Unabhängigkeit und die Einengung unserer Freiheit zu erwarten hätten. Das Interesse der Gesamtwirtschaft selber aber erfordert die Lösung des Volkskapitalismus, da er allein die Kaufkraft des Verbrauchers so steigern kann, daß dieser die bevorstehende Produktionsvermehrung aufnehmen kann. Der Volkskapitalismus ist also nicht nur sozial wünschenswert, er ist auch wirtschaftlich notwendig.

Er ist nicht minder eine politische Notwendigkeit. Es ist eine unwiderlegbare Lehre der gesamten Menschheitsgeschichte: Freiheit und Demokratie hören auf, wo wirtschaftliche und politische Macht in eine Hand fallen. Die Sozialisierung nun ist nichts anderes als die Usurpierung der

wirtschaftlichen von der politischen Macht. Die Demokratie lebt aber von der Gewaltentrennung auch und in erster Linie von der Trennung der wirtschaftlichen von der politischen Macht. Die Konzentration der Produktion, die nicht von der Dezentralisation des Eigentums neutralisiert wird, neigt jedoch zur Konzentration von wirtschaftlicher und politischer Macht. Von dieser Tendenz bezieht der Kommunismus seine Chance in vielen Teilen der Erde. Die Alternative, vor die uns die Technik stellt, heißt also Sozialisierung oder Demokratisierung der Wirtschaft.

Sozialisierung der Wirtschaft — das wäre das Ende der politischen Demokratie. Demokratisierung der Wirtschaft aber durch Volkskapitalismus macht erst aus der politischen Demokratie die volle, die ganze Demokratie.

Ist aber diese Auslegung nicht materialistischer Geschichtsdeterminismus á la Marx, der bekanntlich die Geschichte auf die Entwicklung der Produktionsmittel zurückführt? Darauf müßten wir mit einem Ja und mit einem Nein antworten. Mit Ja: weil die materiellen Daseinsfaktoren tatsächlich Geschichte machen, weil ihre Eigengesetzlichkeit dem menschlichen Willen feste Grenzen setzt. Mit Nein: weil die materiellen Fak-

toren das geschichtliche Geschehen nicht — wie der Marxismus meint — in eine Einbahnstraße stoßen, sondern sich ihm in Gestalt einer Alternative stellen. Die Alternative selbst — Sozialisierung oder Demokratisierung der Wirtschaft — diese Alternative ist unser „materielles“ Schicksal, dem wir nicht davonlaufen können. Die Weichenstellung aber liegt in der Hand unseres Willens. Wir selbst haben zu entscheiden zwischen Volkskapitalismus und Kommunismus — und wir haben zu entscheiden von einem Punkt aus, der außerhalb unserer materiellen Bestimmtheit liegt.

Anmerkung:

Stephan Thomas (geboren 29. 8. 1910 in Berlin) Absolvent der Karl-Marx-Schule in Berlin-Neukölln; studierte Rechts- und Staatswissenschaften sowie Slawistik; Mitglied der SPD und des Reichsbanners seit 1928; Widerstandskampf gegen das Naziregime; seit 1948 Leiter der Ostabteilung beim Parteivorstand der SPD.

Dr. Johannes Gaitanides, geb. 10. Juli 1909 in Dresden, ist Deutsch-Griecher, studierte in München Germanistik, Geschichte und Geographie. Seit 1948 arbeitet er als freier Schriftsteller für Presse und Rundfunk (vor allem auch als Kommentator für den Bayrischen Rundfunk). Im Paul List-Verlag, München, erschien „Griechenland ohne Säulen“, im Friedrich Vorwerk-Verlag, Stuttgart, „Passion Europa“ (1956).

POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

AUS DEM INHALT UNSERER NÄCHSTEN BEILAGEN:

- Iring Fetscher: „Die Freiheit im Lichte des
Marxismus-Leninismus“
- Karl Ernst Jeismann: „Zum Problem des Friedens
im 20. Jahrhundert“
- Hans Koch: „Die Zusammenarbeit Moskaus und
Pekings während der europäischen
Satellitenkrise“
- Helmut Schäfer: „Entstehung der subarktischen Großstadt
Workuta“
- Georg Stadtmüller: „Geschichte Europas als Problem“
- Markus Timmler: „Der wirtschaftliche Wettstreit um
Asien und Afrika“
- Bernhard Wegmann: „Die Weltindustrieproduktion“
- Heinrich Weinstock: „Die politische Verantwortung der
Erziehung in der demokratischen
Massengesellschaft des technischen
Zeitalters“
- Karl A. Wittfogel: „Die chinesische Gesellschaft“
- Henri M. Wriston: „Erziehung und das Nationalinteresse“
- . . . „Das Reich der Mitte unter
Mao Tse Tung“
-
-

POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

VERLAG DER BUNDESZENTRALE FÜR HEIMATDIENST

Die Freiheit im Lichte des
Nationalsozialismus

Das Werden des Nationalsozialismus
im NS-Diktator

Die Zusammenhänge zwischen
Nationalsozialismus und
Nationalsozialismus

Die Bedeutung des Nationalsozialismus
für die deutsche Geschichte

Die deutsche Bewegung im Nationalsozialismus

Die deutsche Bewegung im Nationalsozialismus
und die deutsche Bewegung

Die deutsche Bewegung im Nationalsozialismus

Die deutsche Bewegung im Nationalsozialismus
und die deutsche Bewegung

Die deutsche Bewegung im Nationalsozialismus

Die deutsche Bewegung im Nationalsozialismus

Nachforderungen der Beilagen „Aus Politik und Zeitgeschichte“ sind an die Bundeszentrale für Heimatdienst zu richten. — Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung „Das Parlament“ zum Preise von DM 1.19 monatlich bei Postzustellung einschl. Beilage sowie Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preise von DM 5.— pro Stück einschließlich Verpackung zuzüglich Portokosten, nur an die Vertriebsabteilung, Hamburg 36 Gänsemarkt 21/23.

HERAUSGEBER: BUNDESZENTRALE FÜR HEIMATDIENST BONN RHEIN KÖNIGSTRASSE 85